

Referat für Finanzen, Personal und IT

Haushaltsplan der Stadt Nürnberg 2026



Eckdaten und Vorbericht

Eckdaten des städtischen Haushaltsplans 2026

Haushaltszahlen	Plan 2026	Plan Vorjahr¹	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
Ordentliche Erträge	2.729,3 Mio. €	2.629,7 Mio. €	+ 3,8 %
Ordentliche Aufwendungen	2.762,0 Mio. €	2.657,2 Mio. €	+ 3,9 %
Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	- 68,7 Mio. €	- 53,4 Mio. €	+ 28,7 %
Steuererträge	1.387,7 Mio. €	1.364,4 Mio. €	+ 1,7 %
Nettoneuverschuldung (Finanzhaushalt)	67,9 Mio. €	99,8 Mio. €	- 32,2 %
Investitionen brutto (MIP, investive Mittel)	533,7 Mio. €	572,4 Mio. €	- 6,8 %
davon städtische Mittel	222,1 Mio. €	327,7 Mio. €	- 32,2 %
Investitionen brutto 4-Jahreszeitraum (Planjahr + 3 Folgejahre; MIP, investive Mittel)	2.337,2 Mio. €	2.438,5 Mio. €	- 4,2 %
davon städtische Mittel	1.135,1 Mio. €	1.319,4 Mio. €	- 14,0 %
Cash Flow lfd. Verwaltungstätigkeit	89,2 Mio. €	76,1 Mio. €	+ 17,2 %
Kennzahlen			
Aufwandsdeckungsgrad (ordentliche Erträge/ordentliche Aufwendungen)	98,8 %	99,0 %	- 0,2 %-Punkte
Steuerquote (Steuererträge/ordentliche Erträge)	50,8 %	51,9 %	- 1,1 %-Punkte
Personalintensität (Personal- und Versorgungsaufwendungen/ ordentliche Aufwendungen)	33,0 %	33,3 %	- 0,3 %-Punkte
Zinslastquote (Zinsaufwendungen/ordentliche Aufwendungen)	1,7 %	1,5 %	+ 0,2 %-Punkte

Impressum

Herausgeberin:
Stadt Nürnberg
Stadtkämmerei
Theresienstr. 7
90403 Nürnberg

Fotos: Stadt Nürnberg

¹ Inklusive Nachtragshaushalte

Haushaltsplan der Stadt Nürnberg 2026

SPAREN UND INVESTIEREN FÜR NÜRNBERGS ZUKUNFT

Liebe Leserinnen und Leser,

die kommunalen Finanzen in Deutschland stehen derzeit unter erheblichem Druck. Zwar entwickeln sich die Einnahmen positiv, doch die Ausgaben steigen deutlich schneller. Die Folge sind wachsende Defizite, verschlechterte Jahresergebnisse und ein kommunaler Investitionsrückstand, der sich laut KfW-Kommunalpanel 2025 des Deutschen Instituts für Urbanistik inzwischen rund 215,7 Mrd. Euro beträgt.

Auch Nürnberg bildet hier keine Ausnahme. Ohne ein konsequentes Gegensteuern bei den konsumtiven Ausgaben droht auch bei uns der Verlust der Genehmigungsfähigkeit des Haushalts. Aus diesem Grund hat der Stadtrat in seinen Etatberatungen zum vorliegenden Haushaltsplan die Einsparung von knapp 30 Millionen Euro in 2026 sowie die Verschiebung diverser Investitionsprojekte beschlossen. Dies war ein notwendiger, erster Schritt zur Entlastung des Stadthaushalts.

Dennoch bietet auch dieser Haushaltsplan die Chance, mit klaren Prioritäten die Zukunft unserer Stadt aktiv zu gestalten. Mit einem Volumen von rund 2,3 Milliarden Euro bildet zum Beispiel der Entwurf des Mittelfristigen Investitionsplans (MIP) in den nächsten vier Jahren die Grundlage für wichtige Investitionen in die Stadtentwicklung, soziale Infrastruktur und moderne Verwaltung. Damit stellen wir sicher, dass Nürnberg handlungsfähig bleibt und die Menschen hier weiterhin gute Lebensbedingungen vorfinden.

Zusätzliche Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes sind für den Haushalt hilfreich und ausdrücklich zu begrüßen, können die eingangs erwähnten strukturellen Probleme jedoch nicht vollends und schon gar nicht dauerhaft beheben. Erfreulich ist die Entwicklung der Gewerbesteuer: Seit Jahren verzeichnet Nürnberg Rekordwerte – ein deutliches Zeichen für die Stärke unserer lokalen Wirtschaft, die



Oberbürgermeister
Marcus König



Referent für Finanzen,
Personal und IT
Thorsten Brehm

sich aktuell den Problemen der wirtschaftlichen Gesamtlage noch erwehren kann. Auf der Ausgabenseite dominieren vor allem steigende Personalkosten und sozialstaatliche Leistungen.

Auch die Klinikumsfinanzierung bleibt ein Dauerbrenner. Sie ist schlicht nicht auskömmlich. Die Unterstützung aus dem Stadthaushalt muss hierbei deshalb perspektivisch weiter steigen. Wir stehen zu diesem Thema im engen Austausch mit dem Freistaat Bayern und adressieren unsere Forderungen auch konsequent nach Berlin. Daneben investieren die Städtischen Werke mit ihren Tochterunternehmen VAG und N-ERGIE stark in Mobilitäts-, Strom- und Wärmewende. Diese Zukunftsaufgaben sind unverzichtbar, werden aber ohne ergänzende städtische Mittel nicht zu bewältigen sein – Geld, das der Nürnberger Stadthaushalt auf lange Sicht zusätzlich aufbringen muss.

Verwaltung und Politik haben im engen Austausch die Schwerpunkte dieses Haushaltsplans sowie erste Konsolidierungsfelder aufgezeigt, erarbeitet und beschlossen. Ein gemeinsamer Kraftakt, der aber dem gemeinsamen Ziel Rechnung trägt: Ein Haushalt, der finanzielle Verantwortung wahrt und wichtige Zukunftsinvestitionen ermöglicht.

Nürnberg, im November 2025

Marcus König
Oberbürgermeister

Thorsten Brehm
Referent für Finanzen,
Personal und IT

B. Allgemeine Daten zu Nürnberg¹⁾

<u>Geographie</u>	Einheit	Werte
Fläche	km ²	186,4
Lage	Grad, Minuten, Sekunden	49°27'20" nördliche Breite 11°04'43" östliche Länge
Höhenlage (über NN, Hauptbahnhof)	m über NN	309
<u>Bevölkerung</u>		
Einwohner	Anzahl	544.414 ²⁾
Bevölkerungsdichte	Einwohner je km ²	2.921
Haushalte	Anzahl	289.994
Einwohner mit Migrationshintergrund	%	51,0
<u>Arbeitsmarkt</u>		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Anzahl	319.977
Arbeitslose im Stadtgebiet	Anzahl	17.790
Arbeitslosenquote	%	5,9 ³⁾
<u>Steuer-Hebesätze</u>		
Gewerbesteuer-Hebesatz	%	467
Grundsteuer A-Hebesatz (für land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz)	%	332
Grundsteuer-B-Hebesatz (für andere Grundstücke)	%	750 ⁴⁾
<u>Sonstiges</u>		
Zugelassene Kraftfahrzeuge (darunter Pkw und Kombi)	Anzahl	300.467 (249.281)

¹⁾ Quellen: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Nürnberg in Zahlen 2024, Stand April 2025 und Statistiken Nürnberg" (siehe: www.statistik.nuernberg.de).

²⁾ Einwohnermelderegister (am Hauptwohnsitz).

³⁾ Im Jahresdurchschnitt 2023.

⁴⁾ Der Grundsteuer-B-Hebesatz wurde im Rahmen der Grundsteuerreform zum 01.01.2025 von 555 auf 780 angepasst und in der Satzung vom 31.10.2025 auf 750 festgesetzt.

Haushaltsplan der Stadt Nürnberg 2026



Ansprechpartner:

Referat für Finanzen, Personal und IT:

Stadtkämmerer Herr Brehm

Tel.: +49 (0) 911 / 2 31-23 52

ref.i-ii@stadt.nuernberg.de

www.stadtfinanzen-verwaltung.nuernberg.de

Stadtkämmerei:

Tel.: +49 (0) 911 / 2 31-25 48

stk@stadt.nuernberg.de

Inhalt

Eckdaten zum Haushalt

A.	Vorwort	3
B.	Allgemeine Daten zu Nürnberg	4
C.	Ziele und Schwerpunkte der Stadtpolitik	6
D.	Kurzer Rückblick 2024 und aktueller Stand 2025	7
E.	Ergebnishaushalt 2026	11
	E.1 Rücklagen	13
	E.2. Ertragslage	16
F.	Finanzhaushalt 2026	32
G.	Liquidität	34
H.	Anlagevermögen und Investitionen	35
I.	Verbindlichkeiten und Schulden	39
J.	Wirtschaftliche Lage ausgewählter Beteiligungen	45

c. Ziele und Schwerpunkte der Stadtpolitik

„Nürnberg ist eine großartige Metropole mit einer hohen Lebensqualität. Auch in Zeiten des Wandels wollen wir Weichen für die Zukunft Nürnbergs stellen.“

Unter dem Titel „Gemeinsam neu starten – weil wir alle Nürnberg sind“ wurden als Ergebnis der Kommunalwahl im März 2020 von den beiden größten Stadtratsfraktionen folgende Grundsatzthemen für die Stadtratsperiode 2020 bis 2026 benannt:

- Haushalt, Finanzen und Investitionen
- Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit
- Stadtentwicklung, Wohnungsbau, Wohn- und Flächenpolitik
- Mobilität
- Sicherheit, Sauberkeit und Bürgerservice
- Bildung, Betreuung, Jugend und Sport
- Soziale Gerechtigkeit, Senioren, Inklusion, Gesundheit und Pflege
- Klima- und Umweltschutz, Stadtökologie und Grünflächen
- Kultur, Vielfalt, Diversität und Integration

Für das Einzelthema „Haushalt, Finanzen und Investitionen“ wurden im Rahmen der Vereinbarung folgende Punkte festgelegt:

- Die Kooperationspartner bekennen sich zum Investitionskurs der letzten Jahre und werden diesen auf hohem Niveau fortsetzen.
- Das Finanzreferat legt vor der Sommerpause 2020 eine aktualisierte Einnahmen- und Ausgabenprognose vor. Auf dieser Basis beraten die Fraktionen über die Projekte des Mittelfristigen Investitionsplans für 2021 ff.
- Die Vertragspartner bekennen sich zur Umsetzung der im „Szenario 2030“ enthaltenen Projekte.
- Den Verkauf bzw. einen Teilverkauf von städtischen Tochterunternehmen an externe Dritte schließen wir aus.
- Die Kooperationspartner verständigen sich auf eine solide Haushaltspolitik mit der grundsätzlichen Zielsetzung eines ausgeglichenen Haushalts und der Begrenzung von Neuverschuldung.

Hervorzuheben ist, dass der Kooperationsvertrag unter Einfluss der Corona-Pandemie, mit nicht vorhersehbaren Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Nürnberg, geschlossen wurde. Daher bleibt es den Kooperationspartnern vorbehalten im einvernehmlichen Handeln von den benannten Grundsatzthemen abzuweichen, um alle durch die Corona-Krise betroffenen Bereiche im Stadtgebiet bestmöglich unterstützen zu können. Einzelne Maßnahmen stehen folglich unter Finanzierungsvorbehalt, da sowohl einnahme- als auch ausgabenseitig ungeplante Handlungsweisen zwingend erforderlich werden können.

(aus: „Gemeinsam neu starten – weil wir alle Nürnberg sind“ Kooperationsvereinbarung CSU und SPD für die Stadtratsperiode 2020 - 2026, Mai 2020).

D. Rückblick auf das Jahr 2024 und aktueller Stand 2025

Rückblick auf das Jahr 2024

Ergebnisrechnung im Rückblick (in T€)	Ist 2024	Plan 2024	Ist 2023	Δ Ist 2024 zu 2023
1 Steuern und ähnliche Abgaben	-1.265.591	-1.262.298	-1.232.160	-33.431
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-625.070	-596.571	-566.050	-59.020
3 + Sonstige Transfererträge	-7.567	-6.678	-6.659	-908
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-104.745	-94.692	-95.657	-9.088
5 + Auflösung von Sonderposten	-56.504	-55.285	-54.146	-2.358
6 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	-47.912	-45.269	-48.199	288
7 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-417.493	-354.654	-362.456	-55.037
8 + Sonstige ordentliche Erträge	-71.081	-53.539	-119.407	48.327
9 + Aktivierte Eigenleistungen	-7.828	-6.643	-5.081	-2.747
10 +/- Bestandsveränderungen	-181	0	-99	-82
S1 = Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	-2.603.971	-2.475.627	-2.489.914	-114.057
11 - Personalaufwendungen	718.447	701.141	644.560	73.886
12 - Versorgungsaufwendungen	107.451	139.297	123.112	-15.661
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	409.923	319.156	335.656	74.267
14 - Planmäßige Abschreibungen	126.118	113.854	148.206	-22.088
15 - Transferaufwendungen	1.067.703	1.071.012	979.187	88.516
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	158.027	142.880	143.169	14.858
S2 = Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	2.587.668	2.487.339	2.373.890	213.778
S3 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (=Saldo S1 und S2)	-16.303	11.712	-116.024	99.722
17 + Finanzerträge	-15.079	-12.926	-10.349	-4.730
18 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	49.562	50.877	41.169	8.393
S4 = Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	34.483	37.951	30.819	3.664
S5 = Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	18.180	49.663	-85.205	103.385
19 + Außerordentliche Erträge	-3.387	-305	-47.915	44.528
20 - Außerordentliche Aufwendungen	7.579	254	10.088	-2.508
S6 = Außerordentliches Ergebnis (=Saldo Zeilen 19 und 20)	4.192	-51	-37.828	42.020
S7 = Jahresergebnis (= S5 und S6)	22.372	49.612	-123.033	145.405

Hinweis: Der SAP-Logik folgend, haben Erträge ein negatives, Aufwendungen ein positives Vorzeichen. Daher sind auch Defizite mit Pluszeichen und Überschüsse mit einem Minuszeichen versehen.

Der Jahresabschluss der Stadt Nürnberg für das Haushaltsjahr 2024 wurde gemäß Art. 102 GO im Anschluss an die Aufstellung dem Stadtrat in der Sitzung am 24.09.2025 zur Kenntnis vorgelegt.

Zusammengefasst lässt sich das Jahresergebnis 2024 wie folgt beschreiben:

Das Jahr 2024 hat wie erwartet mit einem Fehlbetrag in Höhe von 22,4 Mio. € abgeschlossen, jedoch 27,2 Mio. € weniger als geplant. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis ist dies eine Verschlechterung um 145,4 Mio. €.

In 2024 sind die ordentlichen Erträge gegenüber dem Vorjahr um 4,6 % oder 114,1 Mio. € gestiegen. Die ordentlichen Aufwendungen nahmen um 213,8 Mio. € (entsprechend 9,0 %) zu. Es ergibt sich dadurch ein rechnerischer Aufwandsdeckungsgrad (ordentliche Erträge/ordentliche Aufwendungen) in Höhe von 100,6 %. Da diese Kennzahl über 100 % liegt, konnten die ordentlichen Aufwendungen vollständig durch ordentliche Erträge gedeckt werden. Allerdings ist der gesamte De-

ckungsgrad inklusive Finanz- und außerordentlichem Ergebnis entsprechend des Fehlbetrags mit 99,2 % unter 100 %.

Die folgende Tabelle gibt einen kurzen Überblick zu den wesentlichen Einflussfaktoren auf das Jahresergebnis 2024:

(in Mio. €)	Ist 2024	Plan 2024	Ist 2023	Δ Ist 2024 zu 2023
Gewerbesteuer	-677	-672	-670	-6
Gewerbesteuerumlage	49	50	50	-1
Einkommensteueranteil	-373	-374	-350	-23
Zuweisungen gesamt	-625	-597	-566	-59
davon:				
Schlüsselzuweisungen	-271	-255	-230	-41
Zuweisungen Grunderwerbsteuer	-31	-38	-26	-6
Familienleistungsausgleich	-29	-29	-26	-2
Kostenerstattungen	-418	-355	-363	-55
davon:				
Erstattung vom Land	-77	-11	-40	-37
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-105	-95	-96	-9
Bezüge und Vergütungen	525	518	499	26
Pensions-/Beihilferückstellungen (Saldo Zuführung/Auflösung)	197	228	172	25
Transferaufwendungen	1.080	1.071	979	101
davon:				
Lfd. Leistungen für Unterkunft/Heizung (KdU) (§ 22 I SGB II)	140	149	127	13
Jugend- und Familienhilfe	123	106	100	24
Verlustrückstellungen, Rückstellungen	67	81	22	46
Auflösung zu Sonstigen Rückstellungen	-1	0	-42	42
Zuführung zu Sonstigen Rückstellungen	9	0	10	-2
Abschreibungen	126	114	148	-22
Erstattungsinsen Gewerbesteuer	9	11	4	4
Kreditzinsen	41	40	37	4
Außerordentliche (periodenfremde) Erträge :	-3	0	-48	44

Die sehr deutliche Abweichung zum Jahresüberschuss 2023 (123,0 Mio. €) kam zustande einerseits durch den Wegfall von Einmaleffekten (Nachzahlungen für Vorjahre z.B. für Impf- und Testzentren, unter anderem 45,0 Mio. € periodenfremder Ertrag in 2023, Auflösung sonstiger Rückstellungen 42 Mio. €).

Andererseits sind insbesondere die Transferaufwendungen stark gestiegen (+100 Mio. €) – zum einen aufgrund von Kostensteigerungen bei Sozialtransferaufwendungen, insbesondere der Familien- und Jugendhilfe

(24 Mio. €), zum anderen aufgrund der Verlustrückstellungen für die StWN (25 Mio. €) und Rückstellungen für Verluste des Klinikums (18 Mio. €). Auch die Personal-/Versorgungsaufwendungen haben sich massiv erhöht (58 Mio. €).

Die Mehrerträge sind wesentlich durch die Gewerbesteuer als wichtigste Ertragsquelle der Stadt Nürnberg begründet: Dem Planwert von 672,0 Mio. € stehen tatsächliche Erträge in Höhe von 676,5 Mio. € in 2024 ge-

genüber. Das bedeutet ein Plus von 4,5 Mio. €. Im Vergleich zu 2023 haben sich die Gewerbesteuererträge um 6,0 Mio. € erhöht.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert und überschreitet mit 372,6 Mio. € den im letzten Jahr erzielten Wert von 349,8 Mio. € um 22,8 Mio. €, respektive 6,5 %.

Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wurden 2,8 Mio. € mehr als im Vorjahr eingenommen, dies entspricht der bayernweiten Entwicklung.

Die Erträge aus der Grundsteuer B fielen um 1,8 Mio. € höher aus als im Vorjahr. Grundsteuer A, Hunde- und Zweitwohnungssteuer weichen nur geringfügig von den Plan- und Vorjahreswerten ab.

Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen haben sich sowohl gegenüber dem Vorjahr, als auch gegenüber dem Plan erhöht. Sie legen um 59,0 Mio. € (10,4 %) gegenüber dem Rechnungsergebnis des Jahres 2023 zu und 28,5 Mio. € gegenüber dem Planwert. Die Schlüsselzuweisungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 41,4 Mio. €. Der Grundbetrag stieg um 4,2 %. Zusätzlich erhöhte sich der Anteil Nürnbergs an der Gesamtmasse. Dieser resultiert aus Nürnbergs unterdurchschnittlicher Steuerentwicklung des Vorvorjahres (2022) verglichen mit den restlichen Zuweisungsempfängern.

Die Leistungsentgelte waren um 8,8 Mio. € höher als 2023, die Planung überschritten sie um 12,7 Mio. €.

Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen stiegen im Berichtsjahr um 55,0 Mio. € (15,2 %) gegenüber dem Vorjahr an. Der Planwert wurde um 62,8 Mio. € überschritten.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen sind insgesamt um 58,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gestiegen, gegenüber der Planung 2024 wurden hingegen 14,5 Mio. € weniger aufgewendet. Bei den Personalaufwendungen für aktive Mitarbeitende liegt der Wert um 73,9 Mio. € über dem Vorjahreswert und um 17,3 Mio. € über dem Planwert 2024. Bei den Versorgungsaufwendungen fielen gegenüber dem Plan 2024 31,8 Mio. € weniger, gegenüber dem Vorjahr 15,7 Mio. € weniger an.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen stiegen insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 74,3 Mio. €. Der Planwert wurde sogar um 90,8 Mio. € überschritten.

Die Transferaufwendungen liegen 3,3 Mio. € unter dem Planansatz, jedoch um 88,5 Mio. € über dem Vorjahreswert.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 14,9 Mio. € an, dies entspricht einer Zunahme von 10,4 %. Aufgrund der mangelnden Planbarkeit bestimmter Sachverhalte, insbesondere beim Abgang von Anlagevermögen und der Bildung von Rückstellungen, ergaben sich hohe Ist-Planabweichungen bei den sonstigen ordentlichen Erträgen und Aufwendungen.

Aktueller Stand 2025

Über den aktuellen Stand des Haushaltsjahres wurde im Jahr 2025 im Ältestenrat und Finanzausschuss in der Sitzung am 23.07.2025 berichtet. Dabei wurde folgendes Fazit gezogen:

Nach dem jetzigen Kenntnisstand können zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage die folgenden Aussagen getroffen werden:

Die Vermögens- und Finanzlage kann derzeit nach den vorliegenden Zahlen als geordnet bezeichnet werden.

Die Finanzsituation kann aktuell als gesichert angesehen werden. Die Stadt Nürnberg verfügt über eine hinreichend hohe Ergebnissrücklage sowie Liquiditätsbestände und unausgeschöpfte Kreditermächtigungen.

Zur Entwicklung der Ertragslage lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt für das gesamte Jahr 2025 noch keine aussagefähigen und belastungsfähigen Prognosen treffen. Aufgrund wesentlicher noch ausstehender Veränderungen bis zum Jahresende kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine seriöse Abschätzung abgegeben werden, wie das Jahresergebnis letztendlich ausfallen wird.

Für den Berichtszeitraum kann jedoch festgestellt werden, dass:

sich die Gewerbesteuer wie im Vorjahr unerwartet auf einem sehr hohen Niveau bewegt und aktuell weiterhin für eine stabile, positive Ertragslage sorgt und

wichtige zentrale Ansätze planmäßig verlaufen.

Trotz dieser positiven Entwicklungen muss ins Bewusstsein gerufen werden, dass das ordentliche Ergebnis in der Planung 2025 einen Fehlbetrag in Höhe von

72,8 Mio. € ausweist. Es gelten deshalb weiterhin die bereits im letzten Jahr in der Finanzberichterstattung getroffenen Aussagen:

Die Haushaltslage der Stadt wird auf mittelfristige Sicht hin angespannt bleiben. Die Fortschreibung des städtischen Haushalts ist weiterhin mit Risiken behaftet, die wie folgt umschrieben werden können:

Das hohe und steigende Investitionsvolumen würde nur mit einer deutlichen Erhöhung der Verschuldung realisierbar sein. Deren Eingrenzung wird aber nur möglich sein, wenn aus dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit ein möglicher hoher Überschuss erwirtschaftet und andererseits das Investitionsvolumen zurückgefahren wird.

Inwieweit die Gewerbesteuer auf dem hohen Niveau bleiben wird, hängt von unterschiedlichsten Faktoren ab, die größtenteils nicht von der Stadt beeinflusst werden können.

Weil sich die Gewerbesteuerträge in Nürnberg im Vergleich zur Region überproportional stark entwickelt haben, erhöhen sich unsere Umlagebeiträge und reduzieren sich unsere Zuweisungen relativ gesehen.

In Kombination mit der vom Bezirk Mittelfranken beabsichtigten Steigerung des Umlagesatzes würde dies für die Stadt Nürnberg zu einer deutlich höheren Bezirksumlage führen.

Der Kapitalbedarf einiger städtische Töchter (unter anderem Städtische Werke Nürnberg (StWN) und Klinikum Nürnberg) wird weiter zunehmen.

Diese Risiken vor Augen ist es deshalb unerlässlich, dass die Stadt Nürnberg sowohl bei den Investitionen als auch im konsumtiven Bereich Zurückhaltung üben muss. Damit die Stadt Nürnberg weiterhin handlungsfähig bleibt, hat das Erreichen eines genehmigungsfähigen Haushalts weiterhin oberste Priorität.

Ergänzend zu den im Juli 2025 getroffenen Aussagen zeichnet sich aktuell folgende negative Entwicklung ab: Im Jugendamtsbereich (J) werden nach einer aktualisierten Hochrechnung die Planwerte bei den Transferleistungen, insbesondere im Bereich der Hilfen zur Erziehung (HzE) aufgrund von Fallzahlsteigerungen und deutlich gestiegenen Tages- und Stundensätzen, um ca. 30 Mio. € überschritten werden.

E. Vorbemerkungen Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt bildet auf der Grundlage der doppelten Buchführung das Ressourcenaufkommen und den Ressourcenverzehr über Erträge und Aufwendungen vollständig ab. Demgegenüber stellt der Finanzhaushalt auf Zahlungsströme ab, indem er die geplanten Einzahlungen und Auszahlungen eines Haushaltsjahres gegenüberstellt (siehe Kapitel E „Finanzhaushalt“).

Der Ergebnishaushalt hat die folgende Grundstruktur:

Grundstruktur Ergebnishaushalt
Ordentliches Erträge <i>Steuern, Gebühren, ...</i>
Ordentliche Aufwendungen <i>Personal, Abschreibungen, ...</i>
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit
Finanzerträge <i>Zinserträge, ...</i>
Finanzaufwendungen <i>Zinsaufwendungen, ...</i>
Finanzergebnis
Ordentliches Ergebnis
Außerordentliche Erträge
Außerordentliche Aufwendungen
Außerordentliches Ergebnis
Gesamtergebnis

Der Ergebnishaushalt enthält in den einzelnen Spalten

- die Ansätze für das aktuell geplante Haushaltsjahr (Plan 2026),
- die Planansätze des Vorjahres (Plan 2025),
- die Ist-(Rechnungs-)Ergebnisse des Vorjahres (RE - oder Ist - 2024) und
- zur Darstellung der mittelfristigen Haushaltsentwicklung die Planansätze der folgenden drei Haushaltsjahre (Plan 2027, Plan 2028 und Plan 2029).

Ausführliche Erläuterungen zum Ergebnishaushalt finden sich in dem Gliederungspunkt „F.5 Ertragslage“.

Wichtiger Hinweis:

Der SAP-Logik folgend, haben Erträge ein negatives, Aufwendungen ein positives Vorzeichen. Daher sind auch Defizite mit Pluszeichen und Überschüsse mit einem Minuszeichen versehen.

E. Ergebnishaushalt

Ertrags- und Aufwandsarten	Plan 2026	Plan 2025	RE 2024	Mittelfristige Ergebnisplanung		
				Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
	€	€	€	€	€	€
1 Steuern und ähnliche Abgaben	-1.387.665.000	-1.364.379.000	-1.265.591.216,76	-1.445.969.602	-1.489.251.077	-1.532.233.949
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-638.073.932	-618.424.265	-625.069.785,86	-663.221.880	-684.035.651	-698.156.684
3 + Sonstige Transfererträge	-6.415.150	-6.620.593	-7.567.155,51	-6.639.681	-6.838.872	-7.038.061
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-101.241.526	-101.084.133	-104.744.821,17	-103.266.356	-105.331.683	-107.397.010
5 + Auflösung von Sonderposten	-59.415.056	-55.622.865	-56.504.290,34	-63.395.865	-66.755.846	-68.892.033
6 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	-49.565.889	-47.176.972	-47.911.730,59	-50.557.206	-51.568.350	-52.579.495
7 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-425.281.934	-370.354.435	-417.492.729,14	-437.930.700	-449.478.252	-461.025.805
8 + Sonstige ordentliche Erträge	-53.360.771	-53.274.801	-71.080.531,85	-54.425.199	-55.290.782	-56.241.368
9 + Aktivierte Eigenleistungen	-8.323.051	-12.727.051	-7.827.965,49	-8.489.512	-8.659.302	-8.829.092
10 +/- Bestandsveränderungen	0	0	-180.812,27	0	0	0
S1 = Ordentliche Erträge (= 1 bis 10)	-2.729.342.309	-2.629.664.116	-2.603.971.038,98	-2.833.896.001	-2.917.209.816	-2.992.393.497
11 - Personalaufwendungen	766.478.185	705.188.431	718.446.650,53	765.827.885	781.144.443	796.461.006
12 - Versorgungsaufwendungen	145.593.100	179.067.000	107.451.119,88	133.448.470	136.117.440	139.453.652
13 - Aufwend. für Sach- u. Dienstleistungen	371.973.124	336.211.673	409.922.687,76	380.577.656	399.727.988	426.233.327
14 - Planmäßige Abschreibungen	127.660.856	128.781.053	126.118.050,08	135.639.258	142.415.108	146.631.980
15 - Transferaufwendungen	1.169.655.480	1.140.447.491	1.067.703.217,15	1.212.508.730	1.246.214.290	1.282.459.847
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	180.612.367	167.499.860	158.026.519,42	187.865.762	196.026.452	201.149.980
S2 = Ordentliche Aufwendungen (= 11 bis 16)	2.761.973.112	2.657.195.508	2.587.668.244,82	2.815.867.760	2.901.645.721	2.992.389.792
S3 = Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (= S1,S2)	32.630.802	27.531.392	-16.302.794,16	-18.028.240	-15.564.095	-3.705
17 + Finanzerträge	-11.898.512	-15.289.883	-15.079.005,97	-11.978.187	-12.067.353	-12.157.818
18 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	47.777.440	40.877.790	49.561.902,95	54.563.900	62.685.631	70.643.824
S4 = Finanzergebnis (= 17 und 18)	35.878.928	25.587.907	34.482.896,98	42.585.713	50.618.279	58.486.006
S5 = Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	68.509.730	53.119.299	18.180.102,82	24.557.473	35.054.183	58.482.301
19 + Außerordentliche Erträge	-49.700	-49.700	-3.386.908,53	-50.695	-51.709	-52.723
20 - Außerordentliche Aufwendungen	220.771	304.071	7.579.268,22	225.187	229.691	234.195
S6 = Außerordentliches Ergebnis (=19 und 20)	171.071	254.371	4.192.359,69	174.492	177.982	181.472
S7 = Jahresergebnis (= S5 und S6)	68.680.801	53.373.670	22.372.462,51	24.731.965	35.232.165	58.663.773

E.1 Rücklagen und Rückstellungen

Rücklagen

Nach § 23 KommHV-Doppik bestehen die Rücklagen aus

- der Allgemeinen Rücklage (Nettoposition),
- nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen und
- aus Überschüssen des Ergebnishaushaltes (Ergebnisrücklage).

Die Rücklagen werden auf der Passivseite der Bilanz unter dem Posten „Eigenkapital“ gesondert ausgewiesen.

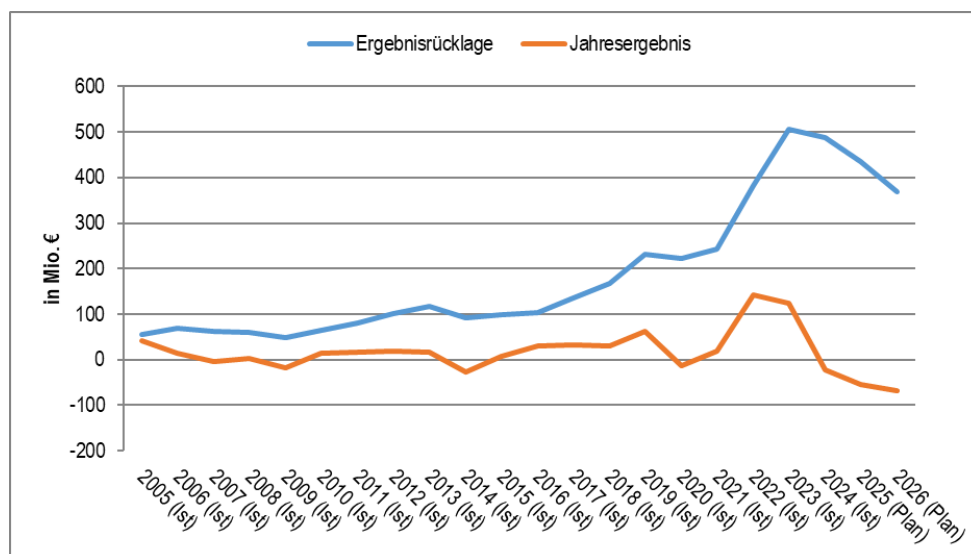
Der Begriff der Rücklagen im Bereich der kommunalen Doppik ist vom früheren kameralen Rücklagenbegriff zu unterscheiden. Unter kameralen Rücklagen versteht man Geldbestände, die zur künftigen Verwendung zurückgelegt und verwaltet werden. Im Sinne der kommunalen Doppik sind Geldbestände aber Vermögen, das auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen wird.

Gemäß § 24 KommHV Doppik soll der Ergebnishaushalt ausgeglichen sein. Ein etwaiger Jahresfehlbetrag soll durch die Verrechnung mit der Ergebnisrücklage unverzüglich ausgeglichen werden.

Der Ergebnisrücklage kommt daher eine besondere Bedeutung zu, da der Haushalt weiterhin als ausgeglichen gilt, wenn Rücklagen aus den Vorjahren zur Deckung des Defizits herangezogen werden können.

Die Ergebnisrücklage (nach Ergebnisverwendung) zum 31.12.2024 sinkt wegen des Fehlbetrages 2024 von 506 Mio. € auf 487 Mio. €. Unter Zugrundelegung der geplanten Jahresfehlbeträge 2025 und 2026 wird die Ergebnisrücklage (nach Ergebnisverwendung) zum 31.12.2026 voraussichtlich bei 369 Mio. € liegen.

In der nachfolgenden Grafik sind die Ergebnisrücklagen den Jahresergebnissen gegenübergestellt:



Rückstellungen

Im Gegensatz zur Kameralistik werden in der kommunalen Doppik dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip folgend für ungewisse Verbindlichkeiten und bestimmte Aufwendungen Rückstellungen gebildet. Rückstellungen haben die Aufgabe, die am Bilanzstichtag bestehenden Zahlungsverpflichtungen vollständig zu erfassen.

In der folgenden Übersicht wird der voraussichtliche Stand der Rücklagen und Rückstellungen zum 31.12.2026 ausführlich dargestellt.

**Rücklagen- und Rückstellungsübersicht der Haushaltsplanung -
voraussichtlicher Stand der Rücklagen und Rückstellungen**

Arten der Rücklagen	Stand zum 31.12.2024	Stand zum 31.12.2025	Veränderungen im Haushaltsjahr +/-	Stand zum 31.12.2026
	€	€	€	€
1. Basiskapital (Allgemeine Rücklage)	665.278.406	665.278.406	0	665.278.406
2. Kapitalzuschuss zur Versorgungsrücklage	993.351	961.817	-36.151	925.666
3. Grundstockvermögen der nichtrechtsfähigen Stiftungen	23.693.754	23.693.754	0	23.693.754
4. Weitere Positionen des Basiskapitals der nichtrechtsfähigen Stiftungen	10.177.806	10.378.020	193.263	10.571.283
5. Ergebnismrücklage	487.002.807	434.728.412	-66.187.862	368.540.549
6. Kapitalerhaltungsrücklage nrf. Stiftungen/Rücklage Kostendecker/Sonderrücklage Energiesparfonds	6.692.579	6.692.579	0	6.692.579
7. Ergebnisvortrag (bilanzierende Einheiten)	-19.958.948	-21.258.436	-2.686.201	-23.944.638
Summe = Eigenkapital	1.173.879.756	1.120.474.552	-68.716.952	1.051.757.600

Arten der Rückstellungen	Stand zum 31.12.2024	Stand zum 31.12.2025 ¹⁾	Veränderungen im Haushaltsjahr +/- ²⁾	Stand zum 31.12.2026
	€	€	€	€
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.771.933.684	1.865.321.684	84.476.100	1.949.797.784
1.1. für Pensionsverpflichtungen	1.480.448.599	1.559.210.099	60.741.100	1.619.951.199
Pensionsrückstellung Anwartschaften aktive Beamte	254.203.128	266.453.128	25.000.000	291.453.128
Pensionsrückstellung Anwartschaften aktive Beamte Lehrkräfte	209.543.764	210.393.764	11.000.000	221.393.764
Rückstellung Anwartschaften städt. Versorgung Arbeitnehmer	0	0	0	0
Rückstellung Versorgungsempfänger Beamte	478.084.143	510.798.043	12.045.000	522.843.043
Rückstellung Erstattungen Beamte BayBeamVG	32.123.747	30.635.747	-1.385.000	29.250.747
Rückstellung Versorgungsempfänger Beamte Lehrkräfte	466.602.383	505.187.883	18.231.100	523.418.983
Rückstellung Versorgungsempfänger ehem. Arbeitnehmer	34.941.434	30.941.534	-4.000.000	26.941.534
Pensionsrückst. für Erstattungen wegen ehem. Arbeitnehmer	4.950.000	4.800.000	-150.000	4.650.000
1.2. für Verpflichtungen aus Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen, Beihilfen	291.485.085	306.111.585	23.735.000	329.846.585
Rückstellung für Altersteilzeit Beamte	2.175.614	2.255.614	-20.000	2.235.614
Rückstellung für Altersteilzeit Beamte Lehrkräfte	1.440.810	1.710.810	100.000	1.810.810
Rückstellung für Altersteilzeit Arbeitnehmer	4.499.006	2.213.006	-1.600.000	613.006
Rückstellung für Beihilfen Beamte	52.279.060	53.059.060	6.090.000	59.149.060
Rückstellung für Beihilfen Beamte Lehrkräfte	40.532.553	40.350.053	3.587.500	43.937.553

Arten der Rückstellungen (Fortsetzung)	Stand zum 31.12.2024	Stand zum 31.12.2025 ¹⁾	Veränderungen im Haushaltsjahr +/- ²⁾	Stand zum 31.12.2026
	€	€	€	€
Rückstellungen Beihilfen Versorgungsempfänger Beamte	98.025.368	106.380.868	8.320.000	114.700.868
Rückstellungen Beihilfen Versorgungsempfänger Lehrer	89.983.616	97.826.116	7.422.500	105.248.616
Rückstellungen für Beihilfen Arbeitnehmer	0	0	0	0
Rückstellungen für Beihilfen Versorgungsempfänger Arbeitnehmer	2.232.758	1.999.758	-165.000	1.834.758
Rückstellungen für Beihilfen Erstattungen Rentner	316.300	316.300	0	316.300
2. Rückstellungen für Altlasten	5.638.000	5.638.000	0	5.638.000
3. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	22.797.000	22.797.000	0	22.797.000
4. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	16.360.257	497.757 ³⁾	37.500	535.257
5. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährverträgen und anhängigen Verfahren	4.159.918	4.159.918	0	4.159.918
6. Sonstige Rückstellungen	178.109.963	207.743.411	217.659	207.961.070
Urlaubsrückstellungen	12.270.877	12.270.877	0	12.270.877
Rückstellungen für Verlustausgleiche von verbundenen Unternehmen	21.837.500	51.431.500	74.359	51.505.859
Rückstellungen für Zweckausrichtungsverpflichtungen	492.611	492.611	0	492.611
Rückstellungen für nicht ausgereichte Leistungsentgelte/-bezüge	115.852	0 ⁴⁾	0	0
Sonstige Rückstellungen nach § 74 Abs. 1 Satz 2 KommHV-Doppik	143.393.123	143.548.423	143.300 ⁵⁾	143.691.723
Summe aller Rückstellungen	1.998.998.822	2.106.157.770	84.731.259	2.190.889.029

¹⁾ Die Bestände ergeben sich aus der Fortschreibung des Endstands 31.12.2024 mit den Planzahlen des Haushaltsjahres 2025. Sofern der Endbestand 2025 nicht vom Endbestand 2024 abweicht, ist keine ergebniswirksame Veränderung in 2025 eingeplant worden. In der Fortschreibung der Bestände der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen wurden auch voraussichtliche Ruhestandsversetzungen (Umschichtung zwischen den Beständen der aktiven Beschäftigten und der Versorgungsempfänger) berücksichtigt.

²⁾ Es handelt sich um die im Haushalt 2026 geplanten, ergebniswirksamen Veränderungen. Zudem sind auch die Verschiebungen bei den Pensions- und Beihilfeverpflichtungen auf Grund der voraussichtlichen Ruhestandsversetzungen im Jahr 2026 enthalten.

³⁾ Rückstellungsbildung für eventuell anfallende Betriebssteuern bei den Betrieben gewerblicher Art der Friedhofsverwaltung (37.500 €) sowie Auflösung der Bezirksumlagerückstellung aus 2023 in Höhe von 15,9 Mio. €.

⁴⁾ Die in 2024 nicht ausgeschütteten Leistungsentgelte/-bezüge sind im Folgejahr (2025) an die Beschäftigten auszuschütten.

⁵⁾ Es handelt sich hierbei um den Unterschiedsbetrag 2026 bei Endfälligkeit von Wertpapieren der nichtrechtsfähigen Stiftungen sowie um die jährliche Zuführung zur Prüfungskostenrückstellung der überörtlichen Rechnungsprüfung.

E.2 Ertragslage

Zur Beurteilung der Ertragslage wird auf das **ordentliche Ergebnis** abgestellt. Dieses errechnet sich aus

den **ordentlichen Erträgen**:

- Steuererträge,
- Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen und sonstige Transfererträge,
- Erträge aus Leistungsentgelten,
- Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen,
- Erträge aus der Auflösung Sonderposten, sonstige ordentliche Erträge, Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen

den **ordentlichen Aufwendungen**:

- Personal- und Versorgungsaufwendungen,
- Sachaufwendungen und Abschreibungen,
- Transferaufwendungen,

- Sonstige ordentliche Aufwendungen

und den **Finanzerträgen und -aufwendungen** (= **Finanzergebnis**).

Die genannten Erträge und Aufwendungen fallen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäfts- beziehungsweise Verwaltungstätigkeit an. Sie sind planbar und meist regelmäßig wiederkehrend. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen, die unregelmäßig anfallen und/oder periodenfremd sind, bleiben außer Betracht. Einer Analyse insbesondere der ordentlichen Erträge und Aufwendungen kommt besondere Bedeutung zu, da bei einer Gegenüberstellung beider Zahlen die Leistungsfähigkeit einer Kommune in Bezug auf die Deckungsfähigkeit ihrer Aufwendungen aus den Erträgen beurteilt werden kann.

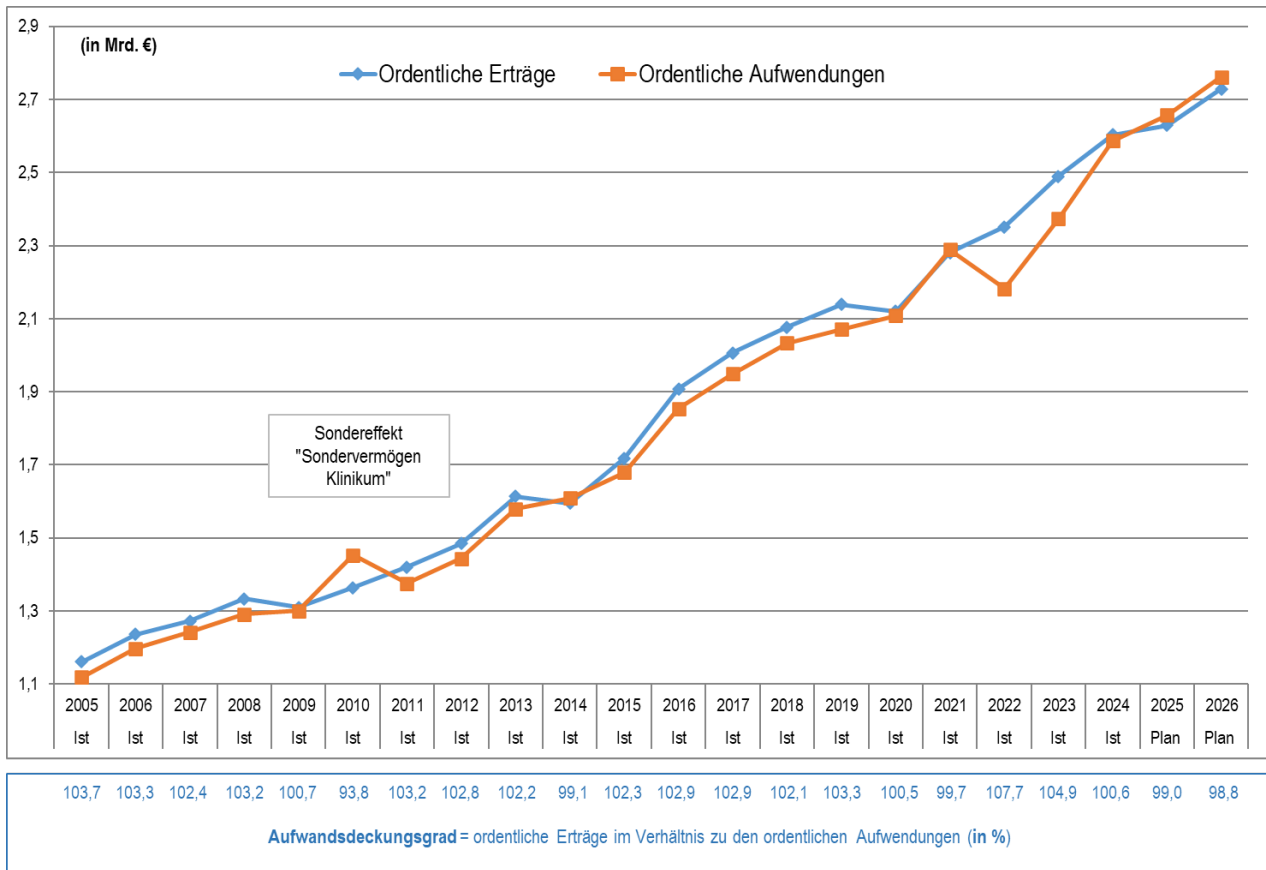
Für das Haushaltsjahr 2026 wird das folgende ordentliche Ergebnis geplant (*Anmerkung: Aufgrund der hohen Aggregationsebene der Zahlen entstehen Rundungsdifferenzen, die nicht korrigiert werden*):

(in T€)	Plan 2026	Plan 2025	Ist 2024
Ordentliche Erträge	-2.729.341	-2.629.663	-2.603.960
+ Ordentliche Aufwendungen	2.761.971	2.657.197	2.587.665
= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	32.630	27.534	-16.295
+ Finanzergebnis	35.880	25.588	34.483
= ordentliches Ergebnis	68.510	53.122	18.188

Das ordentliche Ergebnis des Haushaltsplans 2026 schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 68,5 Mio. ab.

Im Vergleich zur Vorjahresplanung steigen die ordentlichen Erträge um 99,7 Mio. € oder 3,8 %. Die ordentlichen Aufwendungen nehmen dagegen um 104,8 Mio. € oder 3,9 % zu. Als Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit errechnet sich somit ein Fehlbetrag in Höhe von 32,6 Mio. €. Vergleicht man die Planzahlen 2026 mit dem Jahresergebnis 2024, so ist festzustellen, dass die ordentlichen Aufwendungen um 6,7 % steigen, während die Erträge nur um 4,8 % zunehmen.

In der nachfolgenden Grafik wird die Entwicklung der ordentlichen Erträge und Aufwendungen seit der Einführung der Doppik im Jahr 2005 dargestellt:



Über den Zeitraum 2005 bis 2026 hinweg lagen bzw. liegen - mit Ausnahme der Jahre 2010, 2014, 2021, 2025 und 2026 - die ordentlichen Erträge über den ordentlichen Aufwendungen, mit der Folge, dass sich jeweils ein positiver Aufwandsdeckungsgrad über 100 % errechnet. Aus der Grafik wird ersichtlich, dass bis zum Jahr 2019 die Erträge gleichlaufend leicht über den Aufwendungen gelegen sind. Seit dem Jahr 2020, dem Jahr der Corona-Pandemie, stellt sich der Kurvenverlauf eher unregelmäßig dar. Die Jahre 2022, 2023 und 2024 haben insbesondere wegen der nicht vorhersehbaren positiven Entwicklung bei der Gewerbesteuer mit einem unerwartet hohen Überschuss abgeschlossen. Die Planungen für die Jahre 2025 und 2026 gehen dagegen von einer Verschlechterung des Jahresergebnisses aus.

Die Grafik zeigt im Jahr 2010 den Sondereffekt „Sondervermögen Klinikum“. Das Verhältnis zwischen ordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergibt dadurch einen rechnerischen Aufwandsdeckungsgrad von 93,8 %. Da in dieser Betrachtung jedoch nur die ordentlichen Erträge und Aufwendungen betrachtet werden, bei der Auflösung des Sondervermögens jedoch ordentliche und außerordentliche Positionen betroffen waren, ist an dieser Stelle ein direkter Vergleich mit den Werten der anderen Jahre nicht möglich.

In den folgenden Ausführungen werden zur Beurteilung der Ertragslage die Ertrags- und Aufwandsposten aus dem ordentlichen Ergebnis einer näheren Betrachtung unterzogen.

E.2.1 Steuererträge

(in T€)	Plan 2026	Plan 2025	Ist 2024
Grundsteuer A	-90	-300	-298
Grundsteuer B	-127.500	-134.800	-125.343
Gewerbesteuer	-745.200	-749.000	-676.470
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	-405.097	-386.779	-372.573
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-106.428	-90.200	-87.514
Hundesteuer	-2.250	-2.200	-2.271
Zweitwohnungssteuer	-1.100	-1.100	-1.121
insgesamt	-1.387.665	-1.364.379	-1.265.590

Die Ansätze der Steuererträge basieren im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Steuerschätzungen vom Oktober 2025 und der aktuellen immer noch positiven Entwicklung der Steuern in Nürnberg. Das Risiko bei allen Steuerertragsarten ist und bleibt die konjunkturelle Entwicklung in der Eurozone und Deutschland, die maßgeblich durch das Weltgeschehen beeinflusst wird.

Die Steuererträge nehmen gegenüber der Vorjahresplanung um 1,7 % oder 23,3 Mio. € zu.

Die Gewerbesteuer ist mit geplanten 745 Mio. € oder einem Anteil von 53,7 % an den Steuererträgen mit Abstand die wichtigste Steuerertragsquelle. Der Ansatz für 2026 wurde aufgrund der Oktober-Steuerschätzung, und insbesondere des Jahresergebnisses 2024 und der aktuellen Entwicklungen der Gewerbesteuer in Nürnberg gegenüber dem Vorjahresplanwert, der durch einen Nachtragshaushalt erhöht wurde, um 3,8 Mio. € reduziert. Der Gewerbesteueransatz ist trotz sorgfältiger Planung dennoch immer mit besonderen Risiken im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung behaftet.

Der „Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer“ wurde auf der Grundlage der Oktober-Steuerschätzung mit 405,1 Mio. € angesetzt. Dieser nimmt gegenüber der Vorjahresplanung um 18,3 Mio. € oder 4,7 % zu.

Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer steigt in 2026 im Vergleich zum Vorjahr um 16,2 Mio. € auf 106,4 Mio. €. Der relativ hohe Anstieg beinhaltet einen

Ausgleich durch den Bund für Steuerentlastungen bei Unternehmen (sog. Investitionsbooster).

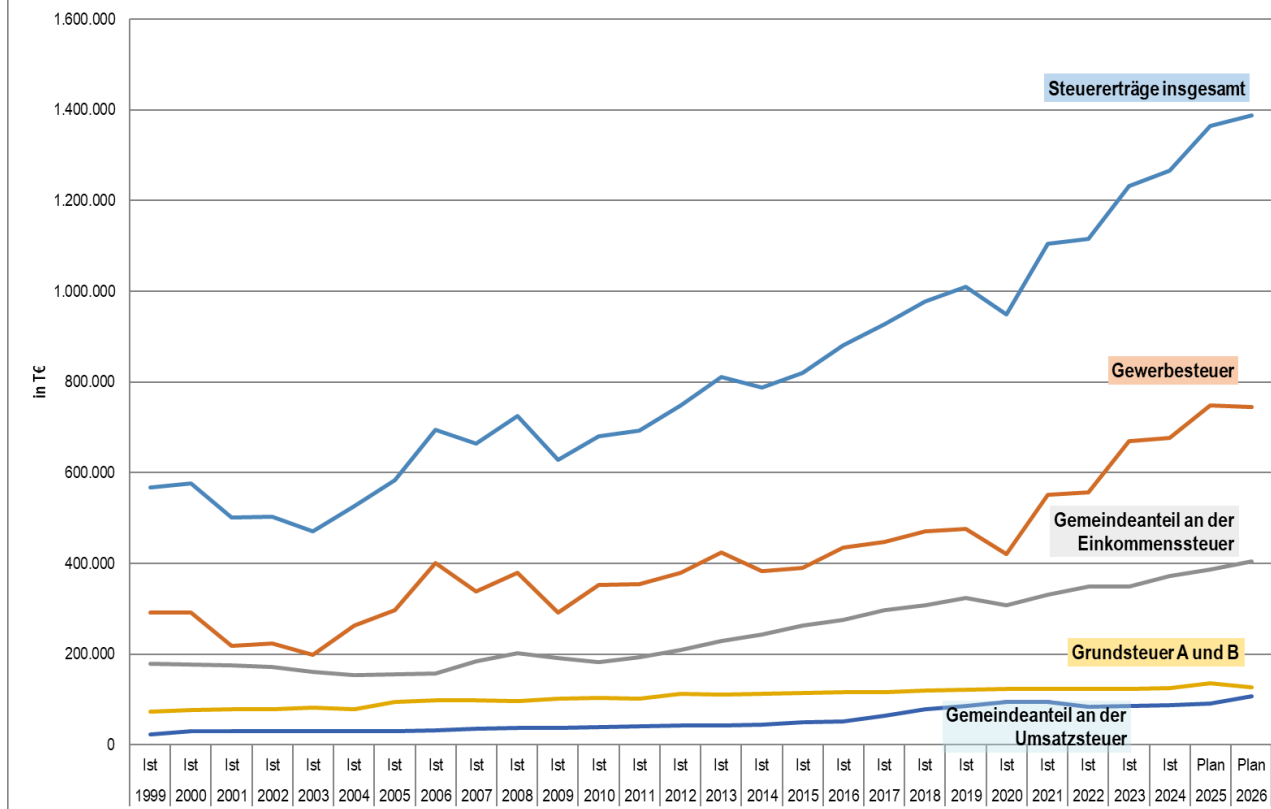
Der Grundsteuer B Hebesatz wurde im Jahr 2018 von 535 % um 20 Prozentpunkte auf 555 % erhöht. Im Rahmen der Grundsteuerreform kam es im November des Jahres 2024 zu einer Neufestlegung des Grundsteuerhebesatzes auf 780 %. Aufgrund der Erfahrungen mit dem neuen Hebesatz und unter dem Versprechen einer aufkommensneutralen Umsetzung hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 22.10.2025 den Hebesatz ab 2026 auf 750 % abgesenkt.

Die Hundesteuer wurde an die letzten Rechnungsergebnisse angepasst.

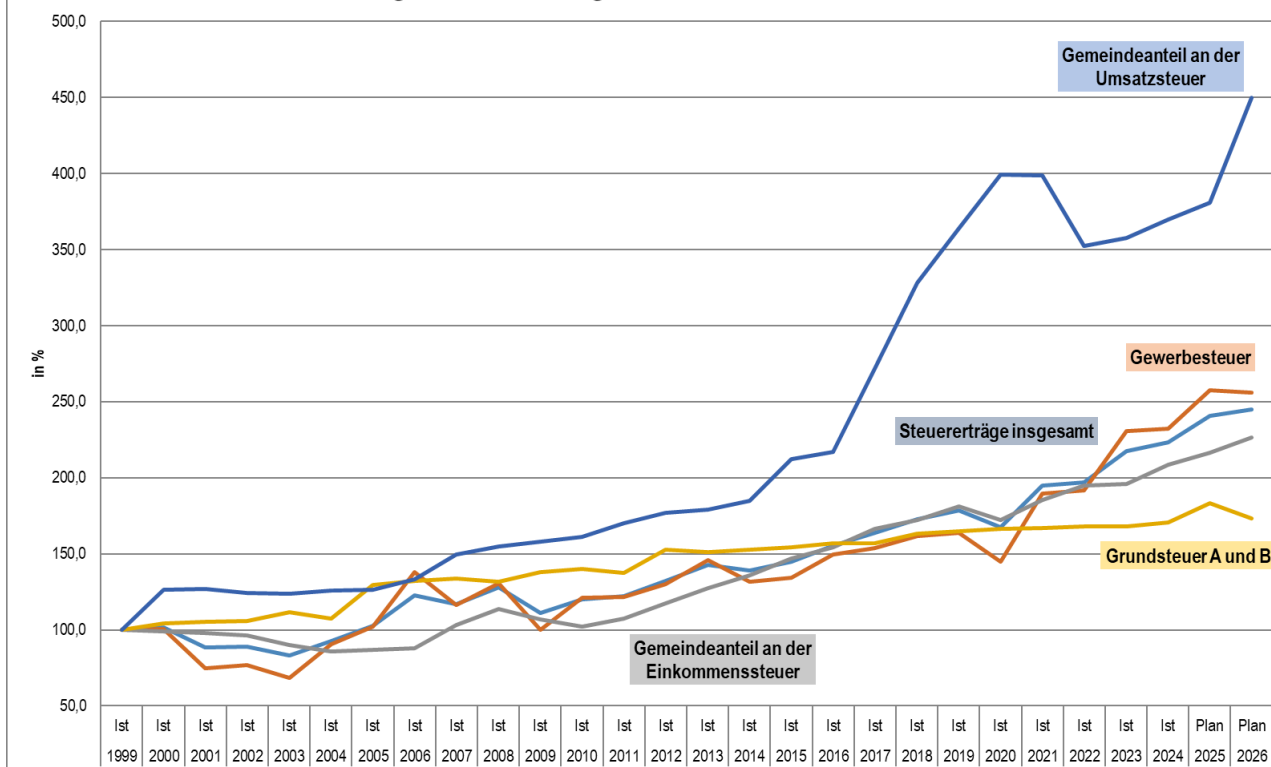
Die Zweitwohnungssteuer liegt konstant bei ca. 1,1 Mio. €.

Auf der folgenden Seite findet sich eine grafische Darstellung der Entwicklung der Steuererträge seit 1999. Die erste Tabelle zeigt die Entwicklung der absoluten Werte in den einzelnen Steuerarten. Bei einer Indexierung der Werte mit dem Basisjahr 1999 zeigen sich deutliche Unterschiede. Danach sind die Steuern seit dem Jahr 1999 insgesamt um 144,7 % gestiegen. Obgleich sie von der absoluten Höhe für Nürnberg eher nachgeordnete Bedeutung hat, ist die Umsatzsteuer, gemessen am Index, am stärksten gestiegen. Dies ist auch auf Sondereffekte zurück zu führen.

Entwicklung der Steuererträge: Absolute Werte seit 1999



Entwicklung der Steuererträge: Indexierte Werte seit 1999 (1999=100)



E.2.2 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen und sonstige Transfererträge

(in T€)	Plan 2026	Plan 2025	Ist 2024
Zuweisungen und Zuschüsse	-638.074	-618.423	-625.070
davon:			
Schlüsselzuweisungen vom Land	-265.000	-255.787	-271.180
Zuweisung zum Verwaltungsaufwand	-20.566	-20.433	-20.315
Zuweisungen Land Grunderwerbssteuer	-41.400	-44.250	-30.978
Einkommensteuerersatz (Familienleistungsausgleich)	-30.180	-30.500	-28.762
Zuweisungen Land	-31.683	-32.112	-39.761
Zuweisungen vom Land (Sozialtransfer)	-109.036	-101.487	-97.781
Zuweisung für Schulbetrieb/Beförderung	-119.947	-113.537	-114.709
Sonstige Zuweisungen, Zuschüsse und Spenden	-20.262	-20.317	-21.584
Sonstige Transfererträge	-6.416	-6.620	-7.560
davon:			
Leistungen von Sozialleistungsträgern außerhalb von Einrichtungen	-1.045	-1.184	-1.069
Sonstige Ersatzleistungen außerhalb von Einrichtungen	-326	-426	-1.080
Kostenbeiträge, Aufwendungsersatz und Kostenersatz in Einrichtungen	-2.271	-1.878	-1.852
Leistungen von Sozialleistungsträgern in Einrichtungen	-640	-639	-537
Sonstige	-2.134	-2.493	-3.022
insgesamt	-644.490	-625.043	-632.630

Die Planungen der Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen und der sonstigen Transfererträge liegen mit 644,5 Mio. € um 3,1 % oder 19,4 Mio. € über der Vorjahresplanung.

Die Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2026 liegen um 9,2 Mio. € über dem Vorjahreswert. Diese sind noch mit Unsicherheiten behaftet, da wichtige Eckwerte für die

Berechnung zum Zeitpunkt der Haushaltsplanerstellung noch nicht vorlagen.

Die Zuweisungen vom Land (Sozialtransfer) beinhalten den Landesanteil an den Betriebskostenzuschüssen für Kindertageseinrichtungen (Kitas) freier Träger.

Die übrigen Ansätze bewegen sich im Rahmen der planmäßigen Fortschreibung.

E.2.3 Erträge aus Leistungsentgelten

(in T€)	Plan 2026	Plan 2025	Ist 2024
Öffentlich-rechtliche	-101.241	-101.084	-104.744
davon:			
Verwaltungsgebühren	-21.926	-20.790	-23.137
Gebühren für öffentlich-rechtliche Nutzung	-35.653	-34.369	-31.990
Bestattungsgebühren	-3.078	-4.132	-2.929
Wohn- und Verpflegungsgebühren	-9.411	-10.536	-14.059
Eintrittsgelder	-12.699	-12.464	-13.542
Sonstige	-18.474	-18.793	-19.087
Privatrechtliche	-49.565	-47.177	-47.911
davon:			
Erträge aus Verkauf	-4.470	-4.480	-3.557
Miet-/Pachterträge	-21.855	-19.822	-21.375
Erbbauszinsen	-3.480	-3.243	-3.248
Ersatzleistungen	-2.793	-2.619	-3.117
Eintrittsgelder	-1.179	-1.477	-1.508
Teilnehmerbeträge	-4.930	-5.174	-4.823
Sonstige	-10.858	-10.362	-10.283
insgesamt	-150.806	-148.261	-152.655

Bei den Leistungsentgelten unterscheidet man in öffentlich-rechtlich und privatrechtlich erhobene Entgelte.

Insgesamt steigen die Leistungsentgelte der Stadt Nürnberg um 2,5 Mio. € (+ 1,7 %) gegenüber dem Plan 2025 auf rund 150,8 Mio. € an. Während die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte nur um ca. 0,2 Mio. € (+ 0,2 %) ansteigen, nehmen die privatrechtlichen Leistungsentgelte um 2,4 Mio. € (+ 5,1 %) zu.

Die „Gebühren für öffentlich-rechtliche Nutzung“ enthalten insbesondere die Besuchsgebühren für Tagespflege und städtische Kitas.

Die weiteren Ansätze wurden entsprechend der Erkenntnisse aus den Vorjahresergebnissen angepasst oder bewegen sich im Rahmen der planmäßigen Fortschreibung.

E.2.4 Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen

(in T€)	Plan 2026	Plan 2025	Ist 2024
Bund	-211.389	-205.236	-192.457
Land	-98.964	-60.379	-124.639
Gemeinden und Gemeindeverbände	-30.785	-29.074	-30.469
Bezirk (Sozialleistungen)	-22.579	-17.158	-14.365
Zweckverbände und kommunale Sonderrechnungen	-20.583	-19.108	-23.113
Eigenbetrieb NüSt	-351	-332	-285
Eigenbetrieb ASN	-797	-960	-725
Kommunalunternehmen Klinikum	-4.594	-4.584	-2.889
Eigenbetrieb SUN	-1.590	-1.571	-1.695
Eigenbetrieb NüBad	-371	-307	-367
Eigenbetrieb FSN	-21	-15	-21
Eigenbetrieb SÖR	-3.276	-3.143	-3.277
Verwaltungskostenerstattungen (VKE) Eigenbetriebe	-13.399	-13.126	-9.114
Private Unternehmen	-16.257	-14.867	-13.683
Staatstheater Nürnberg	-325	-495	-394
insgesamt	-425.281	-370.355	-417.493

Mit einem Planwert von 425,3 Mio. € liegen die Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen in der Planung 2026 um 54,9 Mio. € oder 14,8 % über den Ansätzen der Vorjahresplanung. Die wichtigsten Größen werden sich wie folgt entwickeln:

- Der Bund erstattet die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Diese sind mit einem Anstieg von 2,0 Mio. € geplant. Die Beteiligung an den Kosten der Unterkunft (SGB II) liegt aufgrund höherer Aufwendungen für lfd. KdU und BuT um 4,2 Mio. € über dem Vorjahresplanwert.
- Die Erstattungen vom Freistaat Bayern enthalten ab 2026 auch im Plan die Erstattungen für das Deutschlandticket. Diese sind mit 52 Mio. € veranschlagt und sind zur Weiterleitung an die StWN vorgesehen.
- Bei den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wurde mit einer Reduktion von 14,5 Mio. € geplant. Diese werden in voller Höhe vom Freistaat Bayern übernommen werden.
- Erstattungen von Gemeinden enthalten unter anderem Gastschulbeiträge und Zahlungsverpflichtungen bei Personalwechsel.
- Die Erstattungen vom Bezirk im Bereich der Inobhutnahmen sind entsprechend der erstattungsfähigen Aufwendungen geplant und um 5,7 Mio. € höher angesetzt.
- Private Erstattungen steigen im Bereich der Integrierten Leitstelle den Aufwendungen entsprechend um 1,0 Mio. €.

E.2.5 Erträge aus der Auflösung Sonderposten, sonstige ordentliche Erträge, Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen

(in T€)	Plan 2026	Plan 2025	Ist 2024
Auflösung Sonderposten	-59.415	-55.623	-56.504
Sonstige ordentliche Erträge	-53.361	-53.275	-71.079
davon:			
Ordnungsrechtliche Erträge (Bußgelder)	-510	-515	-575
Verzugs- und Beitreibungsentgelte	-2.026	-2.026	-3.627
Erträge aus der Gewährung von Bürgschaften, Gewährverträge usw.	-621	-621	-1.365
Ausgleichszahlungen	-1.200	-1.200	-223
Konzessionsabgabe	-41.080	-41.080	-39.885
Aktivierte Bauzeitinsen	-550	-550	-1.344
Sonstiges	-7.374	-7.283	-24.060
Aktivierte Eigenleistungen, Honorare	-8.323	-12.727	-7.828
Bestandsveränderungen	0	0	-181
insgesamt	-121.099	-121.625	-135.592

Die ertragswirksame Auflösung von Sonderposten fällt im Jahr 2026 um 3,8 Mio. € oder 6,8 % höher aus als in der Vorjahresplanung. Dies korrespondiert mit den Abschreibungen - soweit die Investitionen mit Zuwendungen finanziert wurden.

Der unter der Position „Sonstiges“ im Rechnungsergebnis regelmäßig relative hohe Betrag resultiert überwiegend aus Auflösungen von Rückstellungen, insbesondere Instandhaltungsrückstellungen. Hinzu kommen

Wertänderungen bei Veräußerung von Vermögen oder Nachaktivierungen.

Die Aktivierten Eigenleistungen resultieren aus Bauinvestitionen und werden entsprechend der MIP-Planung in den Ergebnishaushalt übernommen.

E.2.6 Personal- und Versorgungsaufwendungen

(in T€)	Plan 2026	Plan 2025	Ist 2024
insgesamt	912.071	884.255	825.897

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen steigen insgesamt gesehen im Vergleich zu der Vorjahresplanung um 27,8 Mio. € oder 3,1 % und im Vergleich zum Ist 2024 um 86,2 Mio. € oder 10,4 % an.

Von den Personal- und Versorgungsaufwendungen entfallen im Haushaltsjahr 2026 766,5 Mio. € oder 84,0 % (Vorjahr 705,2 Mio. € oder 79,7 %) auf die Personalaufwendungen (= Aufwendungen für aktive Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter) und 145,2 Mio. € oder 16,0 % (Vorjahr: 179,1 Mio. € oder 20,3 %) auf die Versorgungsaufwendungen (= Aufwendungen für Versorgungsempfänger).

Einzeln betrachtet entwickeln sich die Personal- und Versorgungsaufwendungen wie folgt:

Personalaufwendungen (in T€)	Plan 2026	Plan 2025	Ist 2024
Bezüge und Vergütungen	563.343	550.258	524.573
davon:			
Beamte (ohne Lehrkräfte)	104.504	105.176	99.465
Beamte-Lehrkräfte	104.111	99.278	94.491
Arbeitnehmer	347.967	338.925	322.749
Sonstige Vergütungen	6.761	6.879	7.868
Beiträge zu Versorgungskassen	26.688	24.851	24.651
Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und pauschalierte Lohnsteuer	81.967	68.645	68.234
Beihilfen und Unterstützungsleistungen	11.050	10.380	11.647
Rückstellungen	83.430	51.054	89.341
davon:			
Sonstige Rückstellungen für Aktive	-1.520	-1.936	-1.528
Zuführung/Auflösung Pensionsrückstellung	67.000	44.120	73.139
Zuführung/Auflösung Beihilferückstellung	17.950	8.870	17.730
insgesamt	766.478	705.188	718.446

Ausgehend vom Planwert 2025 ist bei den Personalaufwendungen im Jahr 2026 mit den folgenden Entwicklungen zu rechnen:

Lässt man die Rückstellungsbuchungen außer Betracht, so steigen die Personalaufwendungen im Jahr 2026 um 28,9 Mio. € oder 4,4 % gegenüber dem Vorjahresplan. Die Steigerung ist neben den kostendämpfenden Auswirkungen des in 2022 beschlossenen Personaleinsparpakets vor allem auf die Tarifierhöhungen bei den Beschäftigten und die Besoldungserhöhungen bei den Beamten zurückzuführen. Bei der Planung wurde mit der beschlossenen Tarifierhöhung (2,8% ab Mai 2026 und Anhebung Weihnachtsgeld) sowie einem Anstieg von Aufwendungen für Besoldungen von 3,0 % gerechnet.

Die Rückstellungszuführungen beziehungsweise -auflösungen für die aktiven Beamtinnen und Beamten fallen

nach dem aktuell vorgeschriebenen gesetzlichen Berechnungsmodus, der zu starken Schwankungen führen kann, im Jahr 2026 insgesamt im Saldo um 32,4 Mio. € oder 63,4 % höher aus als in der Vorjahresplanung. Aufgrund von Unwägbarkeiten bei der Planung (wie zum Beispiel bei der Anzahl der Sterbefälle und der Ein- und Austritte von Beamten/innen bei der Stadt) sind die Planansätze dieser Rückstellungen immer mit Unsicherheiten behaftet.

Die Position „Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ...“ muss unter anderem aufgrund von Tarifsteigerungen und steigenden Beitragssätzen zur Sozialversicherung gegenüber der Planung 2025 um 13,3 Mio. € oder 19,4 % erhöht werden.

Für das Haushaltsjahr 2026 werden die Versorgungsaufwendungen wie folgt geplant:

Versorgungsaufwendungen (in T€)	Plan 2026	Plan 2025	Ist 2024
Beamte (inklusive Lehrkräfte)	116.294	107.986	107.181
Arbeitnehmer	5.603	6.677	5.965
Beihilfen für Versorgungsempfänger	21.100	20.400	21.810
Neutralisation Versorgung und Beihilfen	-141.822	-133.991	-133.638
Rückstellungen	144.418	177.995	106.133
davon:			
Zuführung/Auflösung Pensionsrückstellung	116.143	150.032	82.118
Zuführung/Auflösung Beihilferückstellung	28.275	27.963	24.015
insgesamt	145.593	179.067	107.451

Die Versorgungsaufwendungen sinken gegenüber dem Vorjahresplan insbesondere wegen der Rückstellungsbildung um 33,5 Mio. € beziehungsweise 18,7 % auf 145,6 Mio. €.

Die Rückstellungsbildungen sind unter anderem abhängig von den Steigerungsraten der Pensionen.

E.2.7 Sachaufwendungen und Abschreibungen

(in T€)	Plan 2026	Plan 2025	Ist 2024
Sachaufwendungen	371.973	336.212	409.922
davon:			
Verbrauchsmittel und Gebrauchsgegenstände	15.029	14.066	14.663
Strom, Gas, Wasser/Abwasser	31.642	30.543	37.434
Gebäudeunterhalt und -technik	47.099	51.377	38.124
Unterhalt sonstiges Grundvermögen	7.890	7.045	7.484
Gebäudereinigung, Müll, Kanal usw.	33.500	31.218	29.993
Lehrmittel, Schülerbeförderung, Tagespflege	34.997	34.568	30.683
Erstattungen an Dritte	232.842	173.141	233.042
Sonstiges	-31.026	-5.746	24.384
Neutralisation Rückstellungen Sach-/Dienstleistl.	0	0	-5.885
Abschreibungen	127.661	128.781	126.118
insgesamt	499.634	464.993	536.040

Die Sachaufwendungen und Abschreibungen steigen im Vergleich zum Vorjahresplanwert insgesamt um 7,4 % oder 34,6 Mio. € auf 499,6 Mio. €.

Die geplanten Aufwendungen für Strom, Gas und Fernwärme erhöhen sich um 1,1 Mio. € aufgrund weiterhin hoher Gaspreise.

Die Aufwendungen für Gebäudeunterhalt und -technik reduzieren sich um 4,3 Mio. € oder 8,3 %. Diese Entwicklung ist überwiegend im Zusammenhang mit der Planung der Maßnahmen im mittelfristigen Investitionsplan (MIP) zu sehen.

Die Aufwendungen im Sammelposten „Gebäudereinigung, Müll, Kanal, usw.“ erhöhen sich um 2,3 Mio. € oder 7,3 %. Dies ist vor allem mit höheren Aufwendungen für Gebäudereinigung (1,3 Mio. €) zu begründen.

Die Aufwendungen für Tagespflegepersonal erhöhen sich um 0,3 Mio. €.

Die Erstattungen an Dritte steigen um 59,7 Mio. € oder 34,5 %. Erstmalig in der Planung berücksichtigt ist die

Weiterleitung der Erstattungen für das Deutschlandticket an die VAG im erwarteten Umfang von 52,0 Mio. €. Die Erstattungen an SÖR steigen um 9,2 Mio. € oder 7,5 %. Die Erstattungen an Gemeinden für den grenzüberschreitenden Verkehr werden mit 2,4 Mio. € geplant. Reduzierungen der Ansätze erfolgen bei Erstattungen an Dritte bei den Erstattungen an SUN (Vorjahr 2,8 Mio. € als Defizitübernahme 2009 bis 2023) und in der Inobhutnahme aufgrund einer Umstrukturierung (1,0 Mio. €).

In der Position „Sonstiges“ werden erst einmal auch Budgetbelastungen aus beschlossenen Sparpaketen und Einsparungsaufträgen gesammelt, so dass sich an dieser Stelle in Summe ein negativer Wert ergeben kann. Im Vollzug des Jahres 2026 werden die Budgetbelastungen dann entsprechend der getroffenen Einsparmaßnahmen auf die jeweiligen Dienststellen/Organisationseinheiten umgeschichtet. Im Haushalt 2026 wurde ein weiteres Sparpaket im Umfang von 29,1 Mio. € beschlossen und in dieser Position mit eingeplant.

E.2.8 Transferaufwendungen

(in T€)	Plan 2026	Plan 2025	Ist 2024
Transferaufwendungen Sozialbereich (direkt)	699.755	678.527	629.085
davon:			
Zuschüsse an soziale Einrichtungen (gesetzlich/vertraglich - Art. 1/2)	198.894	184.540	176.367
Zuschüsse an soziale Einrichtungen (freiwillig - Art. 4/5)	24.693	23.688	19.657
Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter (SGB XII)	112.488	109.042	98.320
Hilfe zur Pflege (SGB XII)	0	7	6
Hilfe zur Gesundheit (SGB XII)	10.478	10.173	10.011
Sonstige Hilfen außerhalb von Einrichtungen	6.313	6.137	6.037
Familien- und Jugendhilfe	146.021	133.126	123.374
Asylbewerberleistung. (HLU und andere Hilfen)	31.805	46.516	39.631
Alg II, vor allem Kosten der Unterkunft (SGB II)	153.260	152.568	143.537
Bildungs- und Teilhabepaket	15.803	12.710	12.134
Sonstiges	0	20	11
Bezirksumlage	288.680	283.960	233.672
Weitere Transferaufwendungen	182.355	195.632	206.666
davon:			
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Verlustausgleiche)	84.420	80.980	85.016
Verlustausgleiche Eigenbetriebe und verbundene Unternehmen	42.085	58.517	67.268
Gewerbesteuerumlage	55.850	56.135	48.475
Zuführungen zu Rückstellungen	0	0	5.907
Neutralisation Rückstellungen (Transfer.)	-1.136	-17.671	-1.721
insgesamt	1.169.654	1.140.448	1.067.702

Die Transferaufwendungen werden in Sozialtransferaufwendungen (Transferaufwendungen Sozialbereich) und weitere Transferaufwendungen unterteilt. Inhaltlich kann die Bezirksumlage den Sozialtransferleistungen zugerechnet werden, da die Aufgabenschwerpunkte des Bezirks ebenfalls im Sozialbereich liegen. Aufgrund der finanziellen Bedeutung wird die Bezirksumlage jedoch eigenständig ausgewiesen.

Sozialtransferaufwendungen

Sozialleistungen, Zuschüsse an soziale Einrichtungen

Weitere Transferaufwendungen

Weitere Zuschüsse und Zuweisungen, Verlustausgleiche, Gewerbesteuerumlage, Krankenhausumlage

Bezirksumlage

Die Transferaufwendungen steigen insgesamt um 29,2 Mio. € oder 2,6 %. Mit einem Anteil von 42,3 % an den ordentlichen Aufwendungen sind die Transferaufwendungen neben den Personal- und Versorgungsaufwendungen (Anteil von 33,0 %) der größte Kostenblock innerhalb der ordentlichen Aufwendungen.

Transferaufwendungen Sozialbereich

Die Sozialtransferaufwendungen umfassen die klassischen Sozialleistungen, die die Stadt selbst zu tragen hat, wie beispielsweise die Kosten der Unterkunft im SGB II oder die Familien- und Jugendhilfen. Hinzu kommen die Zuschüsse an soziale Einrichtungen, insbesondere an die freien Träger der Kindertagesstätten. Diese Teilmenge der Transferaufwendungen repräsentiert mit einem Volumen von 699,8 Mio. € ein Viertel der gesamten ordentlichen Aufwendungen. Gedanklich hinzu addieren sollte man an dieser Stelle noch die Bezirksumlage, die aufgrund der Aufgabenschwerpunkte des Bezirks im Wesentlichen ebenfalls aus Sozialausgaben besteht. Zusammen stellen diese Positionen mit insgesamt 998,5 Mio. € circa 35,8 % der ordentlichen Aufwendungen des Nürnberger Stadthaushalts dar.

Die Planansätze im Sozialbereich beruhen auf der Fortschreibung der Ergebnisse 2024 unter der Berücksichtigung aktueller Prognosen und Erwartungen (zum Beispiel Auswirkungen im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg).

Die Zuschüsse an soziale Einrichtungen (gesetzlich/vertraglich) steigen um 14,4 Mio. € auf 198,9 Mio. €. Hintergrund ist hier insbesondere der Betriebskostenzuschuss für die Kindertageseinrichtungen freier Träger.

Zuschüsse an soziale Einrichtungen (freiwillig) steigen um 1,0 Mio. € auf 24,7 Mio. €. Dies ist insbesondere auf Tarifierhöhungen im Förderbereich zurückzuführen.

Der Posten „Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)“ wird um 3,4 Mio. € oder 3,2 % über dem Vorjahresansatz geplant. Im Kapitel 4 (Grundsicherung und Erwerbsminderung) steigt der Ansatz aufgrund des kontinuierlichen Anstiegs bei der Anzahl Leistungsberechtigter sowie der Fallkosten um 2,0 Mio. €. Diese werden vollständig vom Bund erstattet. Die Ansätze für Leistungen nach Kapitel 3 (Hilfe zum Lebensunterhalt) werden um 1,4 Mio. € angehoben.

Die Hilfe zur Pflege ist vollständig auf den Bezirk übergegangen. Etwaige zeitversetzt noch abgerechnete „Nachläuferkosten“ werden vom überörtlichen Träger erstattet.

Für die „Hilfe zur Gesundheit (SGB XII)“ werden 0,3 Mio. € oder 3,0 % höhere Aufwendungen veranschlagt.

In der Familien- und Jugendhilfe liegt der Planwert 2026 um 12,9 Mio. € oder 9,7 % über dem Vorjahresplanwert. In 2025 waren die Kosten überplanmäßig angestiegen, weshalb die Planansätze über die Nachtragshaushaltssatzung nach oben hin korrigiert worden sind. Die Planung erfolgt auf Basis der aktuellen Fallzahlen inklusive der prognostizierten Fallzahl- und Fallkostensteigerungen:

- Im Bereich der Inobhutnahme steigen die Aufwendungen um 3,7 Mio. € oder 25 % wegen des höheren Bedarfs und höherer Betreuungsstandards. Zudem werden vermehrt kostenintensive Einzelsettings notwendig.
- Eingliederungshilfen werden mit 2,5 Mio. € oder 7,2 % über dem Vorjahresplan veranschlagt. Es ist eine starke Erhöhung der Entgelte im Bereich der Heimunterbringung und eine steigende Komplexität der Fallkonstellationen mit Bedarf an Spezialunterbringung zu verzeichnen. Insbesondere im Bereich der Integrationshelfer sind auch stark steigenden Fallzahlen festzustellen.
- Hilfen zur Erziehung werden mit einer Steigerung um 2,2 Mio. € oder 3,6 % gegenüber dem Vorjahr erwartet.
- Weitere Steigerungen sind auch in den Kindertagespflege mit 4,0 Mio. € oder 20,4 % zu erwarten. Ursächlich sind stark steigende Fallkosten und steigende Fallzahlen.

Für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden 31,8 Mio. € (Vorjahr 46,5 Mio. €) im Jahr 2026 eingeplant. Die Aufwendungen werden vollständig vom Freistaat Bayern erstattet.

Die Position „Alg II, vor...“ beinhaltet die Kosten der Unterkunft und Heizung für Leistungsberichtigte Bürgergeld (bis 31.12.2022 Arbeitslosengeld II). 2026 erhöht sich der Planansatz um 0,7 Mio. € im Vergleich zur Vorjahresplanung auf 153,3 Mio. €. Im Planansatz berücksichtigt sind regelmäßige Kostensteigerungen für Mietkosten.

Der Ansatz für Bildung und Teilhabe (BuT) erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Mio. €, insbesondere für Mittagsverpflegung.

Bezirksumlage

Die Bezirksumlage wurde entsprechend dem aktuellen Kenntnisstand für 2026 mit 288,7 Mio. € geplant. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahreswert beträgt 4,7 Mio. € (1,7 %) und 55,0 Mio. € (23,5 %) gegenüber dem Rechnungsergebnis 2024. Nur über den kommunalen Finanzausgleich des Landes konnte im Jahr 2026 das Haushaltsloch des Bezirks Mittelfrankens reduziert werden. Ohne diesen Ausgleich hätte die Stadt Nürnberg circa 23,5 Mio. € zusätzlich an den Bezirk zahlen müssen.

Weitere Transferaufwendungen

Die weiteren Transferaufwendungen mit 182,4 Mio. € beziehungsweise 6,6 % der ordentlichen Aufwendungen beinhalten sonstige Ausgleichszahlungen. Dies sind zum Beispiel die Gewerbesteuerumlage, Verlustausgleiche an städtische Töchter und Eigenbetriebe, weitere Zuschüsse aufgrund gesetzlicher und sozialer Verpflichtungen, die allerdings nicht den Sozialbereich betreffen, sowie Zuweisungen an das Land. Die weiteren Transferaufwendungen sinken im Vergleich zum Plan 2025 insgesamt um 13,3 Mio. € oder 6,8 %.

Der Posten „Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Verlustausgleiche)“ erhöht sich um 3,4 Mio. € auf 84,4 Mio. €. Er beinhaltet weitere Zuschüsse, die aus gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen entstehen, beispielsweise an das Germanische Nationalmu-

seum, das Staatstheater oder die Nürnberger Symphoniker. Die Kosten für das Sozialticket im ÖPNV sowie das Innovationspaket im VGN und das Schülerticket und Verbandsumlage sind mit insgesamt 18,13 Mio. € veranschlagt (Vorjahr 15,98 Mio. €). Der Zuschuss für die Stiftung Staatstheater erhöht sich auf 25,48 Mio. € (Vorjahr 23,73 Mio. €).

Die Verlustausgleiche an die Eigenbetriebe NüBad, FSN, SUN sowie an die Städtischen Werke Nürnberg und die noris inklusion gGmbH wurden insgesamt um 16,4 Mio. € niedriger als im Vorjahr veranschlagt. Die Verringerung ist insbesondere bei StWN festzustellen. Eingeplant sind für die Städtischen Werke Nürnberg 20 Mio. € (Vorjahr 30 Mio. €), NüBad 8,9 Mio. € (Vorjahr 9,8 Mio. €), Klinikum 9,3 Mio. € (Vorjahr 10,9 Mio. €), Frankenstation Nürnberg (FSN) 1,6 Mio. € (Vorjahr 2,3 Mio. €), noris inklusion 2,1 Mio. € (Vorjahr 2,9 Mio. €) sowie NüSt (Vorjahr 2,3 Mio. €).

Entsprechend der Gewerbesteuererträge wird auch die Gewerbesteuerumlage geplant und aufgrund niedriger Gewerbesteuererträge mit Minderaufwendungen von 0,3 Mio. € veranschlagt.

Neutralisation Rückstellungen (Transfer.)

Der Posten „Neutralisierung Zahlung Aufwandsrückstellungen“ wird differenziert unter den Sachaufwendungen, Transferaufwendungen und Sonstigen ordentlichen Aufwendungen ausgewiesen. Im Bereich der Transferaufwendungen werden überwiegend Verlustausgleiche an Eigenbetriebe und verbundenen Unternehmen aus im Vorjahr gebildeten Rückstellungen gezahlt.

E.2.9 Sonstige ordentliche Aufwendungen

(in T€)	Plan 2026	Plan 2025	Ist 2024
Sonstiger Personal- und Dienstaufwand	11.543	9.393	7.096
Entschädigung für Mitglieder des Stadtrats	2.693	2.720	2.584
Betriebsmittel (konsumtive MIP-Maßnahme)	28.812	34.096	28.089
Miet- und Pachtaufwand Immobilien, Erbbauzins	38.580	30.643	27.391
Mieten/Pachten/Leasing bewegliche Sachen	6.157	5.776	5.910
Mietaufwand für Heime und Pensionen	2.600	2.260	2.067
Kosten für Sachverständige und Gutachten	5.936	6.081	5.888
Nutzungsentgelte, Pflege Software, Lizenzen	24.667	18.270	12.926
Vergütungen für Leistungen Dritter	22.257	20.403	15.659
Versicherungsbeiträge (inklusive KUV)	8.795	8.567	8.215
Aufwendungen aus Ausgleichszahlungen	0	0	0
Sonstige	28.572	29.292	43.711
Neutralisation Rückstellungen (Sonst. Aufw.)	0	0	-1.510
insgesamt	180.612	167.501	158.026

Die Planwerte für die sonstigen ordentlichen Aufwendungen steigen gegenüber dem Vorjahresansatz um 13,1 Mio. € oder 7,8 %.

Unter dem Posten „Sonstiger Personal- und Dienstaufwand“ werden seit 2025 unter anderem die Fahrtkostenzuschüsse für Mitarbeitende (Jobticket) im Umfang von 1,9 Mio. € ausgewiesen. Zudem ist in dem Posten ein Anstieg der Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten für die Kommunalwahl (+ 1,1 Mio. €) sowie Fortbildungskosten (+ 0,3 Mio. €) enthalten.

Bei den „Betriebsmitteln (konsumtive MIP-Maßnahme)“ handelt es sich um nicht aktivierungsfähige Bestandteile von im MIP veranschlagter Investitionen (dort gesondert ausgewiesen).

Die Mietaufwendungen steigen um 7,9 Mio. € oder 25,9 %. Ursächlich ist der geplante Umzug von städtischen Dienststellen in das Stadthaus Q im Laufe des Jahres 2026.

Die Softwarekosten steigen weiter deutlich um 6,4 Mio. € bzw. 35 % an. Dies ist sowohl der weiteren Digitalisierung als auch erheblichen Preissteigerungen in den Nutzungsverträgen für Software geschuldet. Davon entfallen circa 5,7 Mio. € auf den Bereich der zentralen IT.

Die „Vergütungen Leistungen Dritter“ steigen um 1,9 Mio. € oder 9,1 %. Diese sind insbesondere auf den Sonderstab Kaufhof (+ 1,0 Mio. €) sowie das Stadthaus Q (+ 0,8 Mio. €) zurückzuführen.

Unter „Sonstige“ sind im Jahr 2026 unter anderem die folgenden größeren Aufwandspositionen enthalten:

- Portokosten: 2,6 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €),
- Drucksachen/Vordrucke: 1,8 Mio. € (Vorjahr: 1,8 Mio. €),
- Gebühren (insbesondere im Bereich Personaldienstleistungen) 1,3 Mio. € (Vorjahr: 1,6 Mio. €),
- Mitgliedschaften: 1,4 Mio. € (Vorjahr: 1,4 Mio. €),
- Veranstaltungen: 1,0 Mio. € (Vorjahr: 1,4 Mio. €),

- Künstlerhonorare: 1,2 Mio. € (Vorjahr: 1,3 Mio. €),
- Stellenausschreibungen 1,0 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €).
- Transport- und Umzugskosten 1,3 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €).

E.2.10 Finanzergebnis (Finanzerträge und Zinsaufwendungen)

(in T€)	Plan 2026	Plan 2025	Ist 2024
Finanzerträge	-11.898	-15.290	-15.079
davon:			
Zinserträge	-4.594	-4.702	-9.518
Erträge Gewinnanteile aus Beteiligungen	-5.304	-6.888	-6.842
Verzinsung Gewerbe-/Umsatzsteuer § 233a AO	-1.800	-3.500	1.559
Stundungszinsen und andere Finanzerträge	-200	-200	-278
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	47.778	40.878	49.562
davon:			
Zinsaufwendungen Investitionskredite	39.877	38.477	40.931
Erstattungszinsen (Gewerbsteuer)	7.700	2.200	8.463
Sonstige Zinsaufwendungen	201	201	168
insgesamt	35.880	25.588	34.483

Das Finanzergebnis fällt mit rund 35,9 Mio. € im Plan 2026 um 10,3 Mio. € schlechter aus als im Vorjahresplan.

Bei den Erträgen aus Beteiligungen ist ein Rückgang von 0,5 Mio. € bei der kommunalen Verkehrsüberwachung geplant. Die Ausschüttung der Sparkasse ist in Höhe des letzten Rechnungsergebnisses und damit um 1,1 Mio. € unterhalb des Vorjahresplans veranschlagt.

Veränderungen ergeben sich aus den Gewerbesteuer-nachzahlungen und -erstattungen. Aufgrund eines Verfassungsgerichtsurteils und in Folge dessen umfangreicher gesetzlicher Neuregelungen - unter anderem des Referenzzinssatzes und der Karenzzeiten - war die Gewerbesteuerverzinsung nach § 233a stark reduziert. Für 2026 werden die Erstattungszinsen unter Berücksichtigung der neuen Zinssätze und von Nachholeffekten im Saldo mit einem Fehlbetrag 5,9 Mio. € angesetzt, wobei

einem Ertrag von 1,8 Mio. € Aufwendungen in Höhe von 7,7 Mio. € gegenüberstehen.

Die Zinsaufwendungen für Investitionskredite werden gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Mio. € höher geplant. Die Entwicklung der Zinsaufwendungen seit ihrem Höhepunkt im Jahr 2005 mit 63,3 Mio. € (inklusive der Erstattungszinsen Gewerbesteuer) zeigt weiterhin noch eine Entlastung aufgrund des in den vergangenen Jahren niedrigen Zinsniveaus.

Die Zinsaufwendungen bleiben eine Risikoposition im städtischen Haushalt, sollte das Zinsniveau weiter steigen oder auf hohem Niveau verharren.

F. Vorbemerkungen Finanzhaushalt

Der Finanzhaushalt stellt im Gegensatz zum Ergebnishaushalt, der auf der Grundlage der doppelten Buchführung das Ressourcenaufkommen und den Ressourcenverzehr über Erträge und Aufwendungen vollständig abbildet, auf die unterjährigen Zahlungsströme ab. Daher sind im Finanzhaushalt nur zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen berücksichtigt (beispielsweise sind Aufwendungen aus Abschreibungen nicht zahlungswirksam und erscheinen deshalb nicht in dem Finanzhaushalt). Der Finanzhaushalt zeigt Mittelherkunft und Mittelverwendung und den Bestand an Finanzmitteln auf. Aus sämtlichen Zahlungsbewegungen ergibt sich die Veränderung des Finanzmittelbestandes zum Bilanzstichtag. Der Finanzhaushalt ist mit der betrieblichen Kapitalflussrechnung vergleichbar.

Der Finanzhaushalt enthält in den einzelnen Spalten

- die Ansätze für das aktuell geplante Haushaltsjahr (Plan 2026),
- die Planansätze des Vorjahres (Plan 2025),
- die Ist-(Rechnungs-)Ergebnisse des Vorvorjahres (RE - oder Ist - 2024) und
- zur Darstellung der mittelfristigen Haushaltsentwicklung die Planansätze der folgenden drei Haushaltsjahre (Plan 2027, Plan 2028 und Plan 2029).

Der Finanzhaushalt ist inhaltlich in die drei Bereiche

- laufende Verwaltungstätigkeit,
- Investitionstätigkeit und
- Finanzierungstätigkeit

gegliedert.

Grundstruktur Finanzhaushalt
Einzahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit <i>Steuern, Gebühren, Zinsen ...</i>
Auszahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit <i>Personal, Sachmittel,</i>
Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit <i>Zuwendungen, Beiträge, ...</i>
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit <i>Baumaßnahmen, Vermögensverb., ...</i>
Ergebnis aus Investitionstätigkeit
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit <i>Kreditaufnahmen, ...</i>
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit <i>Schuldentilgung, ...</i>
Ergebnis aus Finanzierungstätigkeit
Gesamtergebnis

Ein wichtiger Grundsatz zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit ist, dass ein positiver Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit mindestens zur Finanzierung der Tilgungsleistungen und, soweit möglich, zur Finanzierung der Investitionen reichen sollte.

Mit dem im Haushaltsplan geplanten Überschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von 89,2,0 Mio. € kann die Stadt Nürnberg die Tilgungen der Investitionskredite (80,0 Mio. €) und der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte (22,1 Mio. €) noch nicht vollständig finanzieren. Gegenüber dem Entwurf konnte eine wesentliche Verbesserung herbeigeführt werden. Es besteht aber immer noch eine Unterdeckung in Höhe von 12,9 Mio. €.

Zur Finanzierung der anstehenden Investitionen wird deshalb zusätzlich die Aufnahme neuer Kredite notwendig. Das Jahr 2026 wird im Kernhaushalt mit einer Nettoneuverschuldung (= Saldo aus Finanzierungstätigkeit) von 67,9 Mio. € (Vorjahr: 99,8 Mio. €) geplant, die weiterhin der sehr hohen Investitionstätigkeit geschuldet ist.

Aufgrund erheblicher Konsolidierungsanstrengungen fällt der Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von 192,0 Mio. € gegenüber den Vorjahresplanzahlen (293,9 Mio. €) um 101,9 Mio. € niedriger aus.

Unter der Position „Tilgung aus kreditähnlichen Vorgängen“ werden unter anderem auch Tilgungen für ÖPP/ÖÖP-Projekte ausgewiesen.

Es wird mit einem Anfangsbestand an Finanzmitteln für den Haushaltsplan 2026 in Höhe von 200 Mio. € (Vorjahr 275 Mio. €) gerechnet.

Wichtiger Hinweis:

Der SAP-Logik folgend, haben Einzahlungen ein negatives, Auszahlungen ein positives Vorzeichen. Daher sind auch Defizite mit Pluszeichen und Überschüsse mit einem Minuszeichen versehen.

F. Finanzhaushalt

Ein- und Auszahlungsarten	Plan 2026	Plan 2025	RE 2024	Mittelfristige Finanzplanung		
				Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
	€	€	€	€	€	€
1 Steuern und ähnliche Abgaben	-1.387.665.000	-1.364.379.000	-1.235.050.600	-1.445.969.602	-1.489.251.077	-1.532.233.949
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-638.018.149	-618.413.765	-623.055.501	-663.164.981	-683.977.615	-698.097.509
3 + Sonstige Transfereinzahlungen	-6.415.150	-6.620.593	-7.767.289	-6.639.681	-6.838.872	-7.038.061
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelt	-100.851.526	-100.724.133	-101.735.112	-102.868.556	-104.925.927	-106.983.299
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	-49.322.737	-46.837.465	-46.807.630	-50.309.191	-51.315.375	-52.321.559
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-425.281.934	-370.354.435	-401.310.414	-437.930.700	-449.478.252	-461.025.805
7 + Sonstige Einzahlungen lfd. Verwaltung	-53.597.805	-56.851.191	-60.029.357	-54.541.070	-55.503.197	-56.465.328
8 + Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-4.594.298	-4.701.669	-9.603.155	-4.632.580	-4.679.526	-4.727.771
S1 = Einzahl.laufende Verwaltungstätigkeit (= 1-8)	-2.665.746.600	-2.568.882.252	-2.485.359.058	-2.766.056.361	-2.845.969.841	-2.918.893.282
9 - Personalauszahlungen	683.669.831	654.794.331	630.120.654	700.743.072	714.757.933	728.772.794
10 - Versorgungsauszahlungen	142.989.000	135.055.000	135.164.088	146.563.725	149.495.000	153.159.094
11 - Auszahl. für Sach- und Dienstleistung.	407.414.050	382.515.762	409.780.023	415.553.269	439.825.218	468.348.168
12 - Transferauszahlungen	1.149.581.121	1.151.753.491	1.036.609.315	1.217.632.729	1.251.324.290	1.282.510.847
13 - Sonstige Auszahlungen lfd. Verwaltung	145.238.275	127.888.351	116.154.952	152.124.360	155.148.117	158.238.759
14 - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	47.699.140	40.799.490	49.907.776	54.485.600	62.607.331	70.565.524
S2 = Auszahl. laufende Verwaltungstätigkeit (= 9-14)	2.576.591.416	2.492.806.425	2.377.736.808	2.687.102.755	2.773.157.889	2.861.595.186
S3 = Saldo laufende Verwaltungstätigkeit (=S1, S2)	-89.155.183	-76.075.827	-107.622.250	-78.953.606	-72.811.953	-57.298.096
15 + Einzahl. aus Investitionszuwendungen	-286.150.000	-215.696.000	-126.757.715	-339.246.000	-245.034.000	-160.693.000
16 + Einzahl. aus Beiträgen u.ä. Entgelten	-3.842.000	-7.342.000	-4.159.546	-2.340.000	-2.339.000	-2.627.000
17 + Einzahl. Veräußerung von Sachvermögen	-16.500.000	-16.500.000	-9.064.075	-66.000.000	-30.000.000	-30.600.000
18 + Einzahl. Veräußerung v. Finanzvermögen	-3.076.000	-3.164.400	-3.825.205	-2.250.000	-1.974.000	-1.974.000
19 + Einzahl. sonstige Investitionstätigkeit	-1.916.000	-1.942.000	-2.020.085	-1.842.000	-1.739.000	-1.657.000
S4 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (=15-19)	-311.484.000	-244.644.400	-145.826.626	-411.678.000	-281.086.000	-197.551.000
20 - Auszahl. für Erwerb von Grundstücken	15.647.000	16.277.000	88.417.083	14.801.000	15.101.000	14.801.000
21 - Auszahl. für Baumaßnahmen	406.219.000	400.998.900	238.827.243	585.360.120	487.969.600	358.480.792
22 - Auszahl. Erwerb bewegl. Sachvermögen	20.921.000	33.672.000	22.145.704	19.240.000	19.743.000	14.786.000
23 - Auszahl. für Erwerb von Finanzvermögen	25.030.200	52.860.300	67.370.288	26.000.000	30.000.000	31.000.000
24 - Auszahl. für Investitionsförderungen	34.833.000	33.984.000	25.447.674	36.210.000	45.588.000	43.398.000
25 - Auszahl. sonstige Investitionstätig.	800.000	800.000	2.707.100	800.000	800.000	800.000
S5 = Auszahlungen aus Investitionstätig. (= 20-25)	503.450.200	538.592.200	444.915.092	682.411.120	599.201.600	463.265.792
S6 = Saldo aus Investitionstätigkeit (= S4, S5)	191.966.200	293.947.800	299.088.466	270.733.120	318.115.600	265.714.792
S7 = Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlb. (= S3, S6)	102.811.017	217.871.973	191.466.216	191.779.514	245.303.647	208.416.696
26a + Einzahlungen aus Kreditaufnahmen	-170.000.000	-200.000.000	-125.000.000	-280.000.000	-280.000.000	-280.000.000
26b + Einz., Kreditaufnahme wirtsch.gleichk.	0	0	0	0	0	0
S8 = Einzahlungen aus Finanzierungstätig. (=26a, 26b)	-170.000.000	-200.000.000	-125.000.000	-280.000.000	-280.000.000	-280.000.000
27a - Auszahlungen für die Kredittilgung	80.062.500	79.025.500	125.655.327	90.903.160	88.647.423	75.749.068
27b - Ausz., Tilgung kreditähnlicher Rechtsg	22.078.000	21.214.000	20.863.176	22.448.000	31.686.000	39.868.000
S9 = Auszahlungen aus Finanzierungstätig. (=27a, 27b)	102.140.500	100.239.500	146.518.502	113.351.160	120.333.423	115.617.068
S10 = Saldo Finanzierungstätigkeit (= S8, S9)	-67.859.500	-99.760.500	21.518.502	-166.648.840	-159.666.577	-164.382.932
S11 = Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= S7, S10)	34.951.517	118.111.473	212.984.718	25.130.673	85.637.070	44.033.764
28 Anfangsbestand an Finanzmitteln	-200.000.000	-275.000.000	-392.602.368	-165.048.483	-139.917.810	-54.280.740
28a +/- Saldo durchlaufende Posten	0	0	24.348.545	0	0	0
S12 = vorauss. Endbestand an Finanzmitteln (=S11, 28, 28a)	-165.048.483	-156.888.527	-155.269.105	-139.917.810	-54.280.740	-10.246.976
29 + vorauss. Anfangsbestand sonst. Liquid.	0	0	0	0	0	0
S13 = vorauss. Endbestand Liquiditätsreserven (=S12 und 29)	-165.048.483	-156.888.527	-155.269.105	-139.917.810	-54.280.740	-10.246.976

G. Liquidität und Kassenkredite

Entwicklungen im Jahr 2024

Das Jahr 2024 begann aufgrund der guten Zahlen aus 2023 mit einem entsprechend hohen Bestand an Geldmitteln. Aufgrund gesetzlicher Änderungen für kommunale Kreditemächtigungen, steigender Zinsen für Kredite und weiterhin hoher Gewerbesteuerzahlungen wurde der Weg eines strategischen Liquiditätsabbaus eingeschlagen, der bis zum Jahresende andauerte. Dadurch und wegen hoher Mittelabflüsse vor allem in den ersten Monaten des Jahres hatte sich der Liquiditätsstand der Stadtkasse bald in etwa auf dem Durchschnitt der Vorjahre eingependelt. Durch ungeplante größere Auszahlungen im zweiten Halbjahr wie z. B. den Ankauf des Kaufhof-Gebäudes einschließlich Folgekosten hat sich der Liquiditätsbestand weiter verringert. Die Gewerbesteuerzahlungen konnten im zweiten Halbjahr das hohe Niveau halten und haben so die Liquidität der Stadtkasse zum Jahresende 2024 auf einem zwar deutlich geringeren, aber weiterhin ausreichenden Stand stabilisiert.

Aufgrund verspäteter Zahlungseingänge zum Monatsende wurde zweimal für jeweils wenige Tage die Aufnahme eines Kassenkredits getätigt.

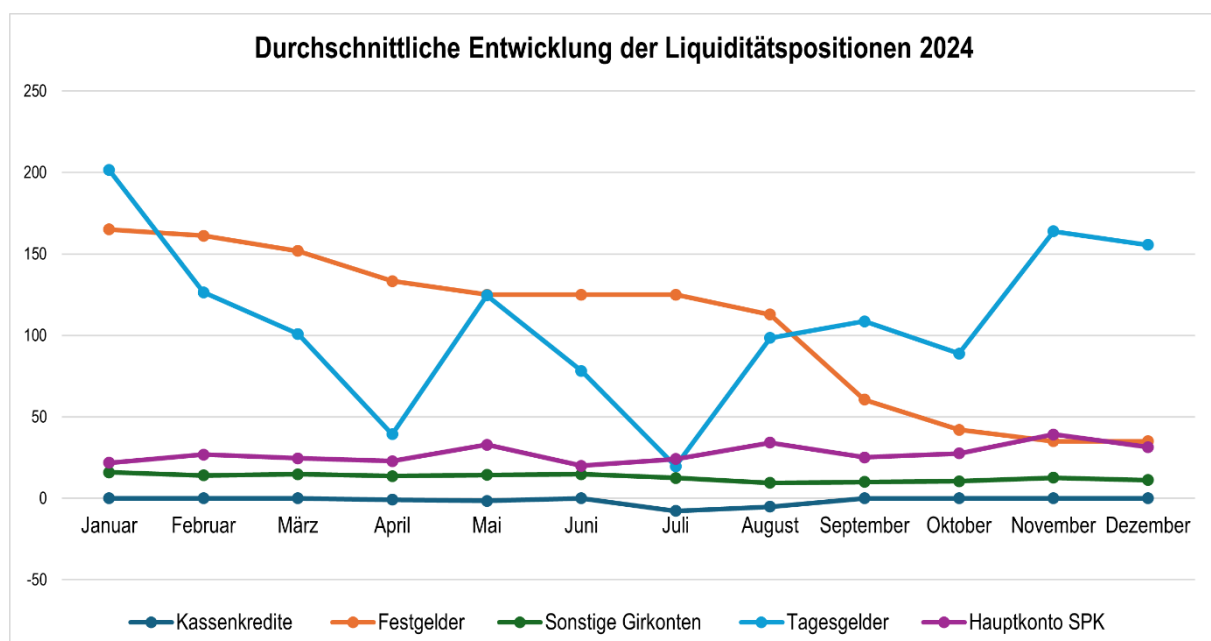
Die untenstehende Grafik zeigt den Verlauf der Kassenkredite, der angelegten Festgelder, Tagesgelder sowie der Kontenstände der Cash-Konten (getrennt nach dem Hauptkonto bei der Sparkasse und den sonstigen Girokonten der Stadtkasse) während des gesamten Jahres 2024.

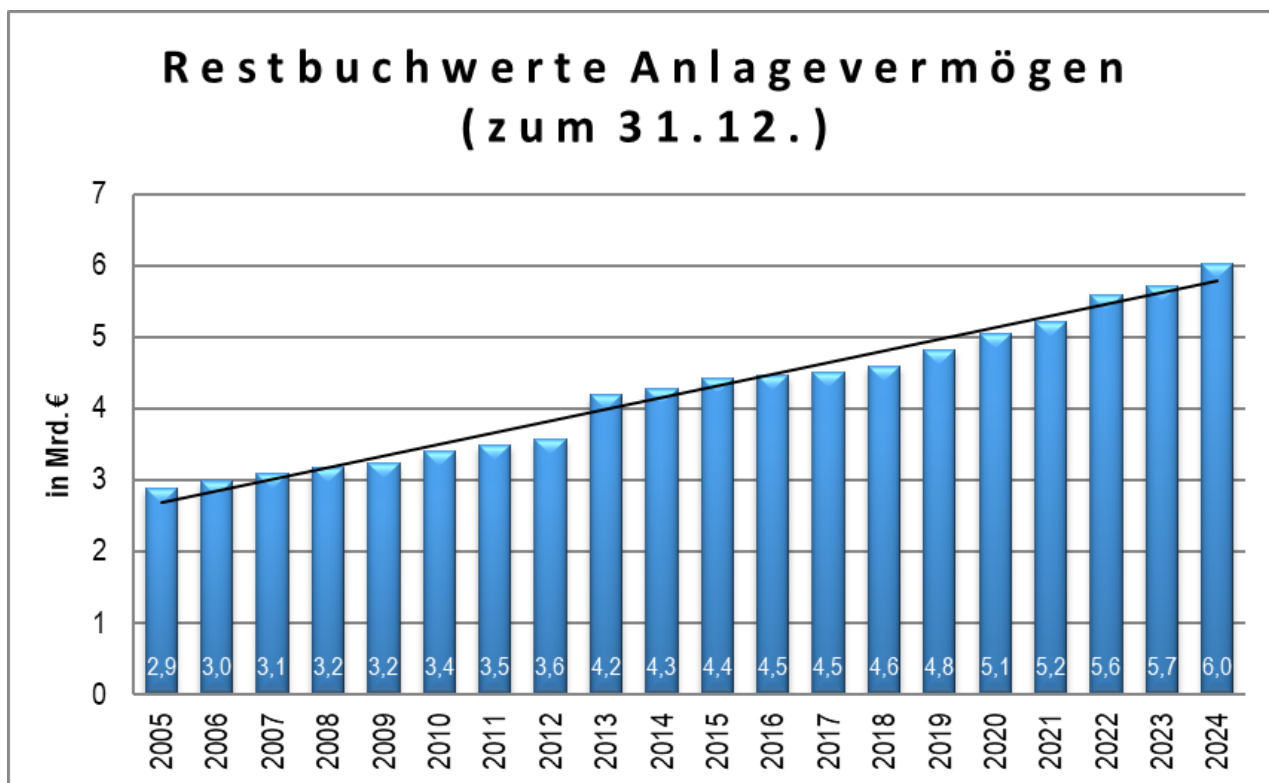
Entwicklungen im Jahr 2025

Der geringere Liquiditätsbestand zum Jahresanfang 2025 zog sich aufgrund weiter hoher Auszahlungen durch das erste Halbjahr 2025. Hieran änderten auch die Gewerbesteureinzahlungen nichts, die weiterhin hoch auf dem Niveau der Vorjahre lagen. Zur Finanzierung der investiven Auszahlungen waren deshalb deutlich höhere Darlehensaufnahmen aus bestehenden Kreditemächtigungen erforderlich als noch 2024. Im ersten Halbjahr 2025 mussten zudem aufgrund unvorhergesehen verspätet eingegangener Einzahlungen für einen kurzen Zeitraum Kassenkredite aufgenommen werden.

Im zweiten Halbjahr hat sich die Liquidität wieder stabilisiert. Zudem ist für den Jahresverlauf weiterhin mit hohen Gewerbesteureinzahlungen zu rechnen.

Durch den Kassenkreditrahmen der Stadtkasse von 280 Mio. EUR ist dabei weiterhin sichergestellt, dass die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen jederzeit gewährleistet ist.





Wie der Grafik zu entnehmen ist, weist das städtische Anlagevermögen entsprechend der Investitionstätigkeit in den letzten Jahren einen deutlichen Trend nach oben auf.

Die tatsächliche Entwicklung des Anlagevermögens in den Jahren 2025 und 2026 wird stark von den bilanziellen Aktivierungen abhängen. Hier sind gegenüber den dargestellten Werten noch deutliche Verschiebungen zu erwarten, die unter anderem auf den Baufortschritt im Vergleich zu den angesetzten Mitteln zurückgeführt werden können.

Investitionen in den Jahren 2026 - 2029

Die städtischen Investitionen werden im Mittelfristigen Investitionsplan (MIP) festgeschrieben und wirken sich mittelbar auf den Ergebnishaushalt aus. Sie belasten das Ergebnis in den Folgejahren durch Abschreibungen und durch die finanzierungsbedingten Zinsaufwendungen. Ferner entstehen bei neuen Einrichtungen dauerhaft zusätzliche Folge-/Betriebskosten (Personal, Unterhalt etc.).

Der Mittelfristige Investitionsplan wird mit seinem zugehörigen Investitionsprogramm ausführlich im Band 1, Gliederungspunkt J behandelt. Auf die Ausführungen dort wird verwiesen.

Im MIP-Zeitraum 2026 bis 2029 wurden insbesondere nachfolgende Maßnahmen fortgeschrieben (die in den Klammerzusätzen dargestellten Zahlen sind die aktuell geplanten investiven Auszahlungsmittel im MIP-Zeitraum):

- Neubau Schulzentrum Südwest (113,0 Mio. €)
- Brücke Frankenschnellweg über MDK und SWT (50,0 Mio. €)
- StWN: Investitionszuschuss (30 Mio. €)
- Martin-Behaim-Gymnasium: Schulerweiterung ÖÖP (26,5 Mio. €)
- Neubau Berufliche Schule B13/ BON (20,8 Mio. €)
- Umgestaltung Obstmarkt (14,6 Mio. €)
- Stadthaus Q (8,8 Mio. €)

- Bayernstraße (5,9 Mio. €)
- Großer Hardwaretausch ILS 2023 (4,6 Mio. €)
- Dianastr.: Neubau Jugendtreff Gibitzenhof mit Kindergarten (1,6 Mio. €)

In den Grafiken auf den folgenden Seiten werden zum einen die Bruttoinvestitionen und zum anderen der städtische Finanzierungsanteil nach Investitionsschwerpunkten für den Zeitraum 2026 bis 2029 dargestellt.

Darüber hinaus wurden wichtige Projekte in den MIP aufgenommen (die in den Klammerzusätzen dargestellten Zahlen beziehen sich nur auf investive Auszahlungsmittel im MIP-Zeitraum), wie beispielsweise:

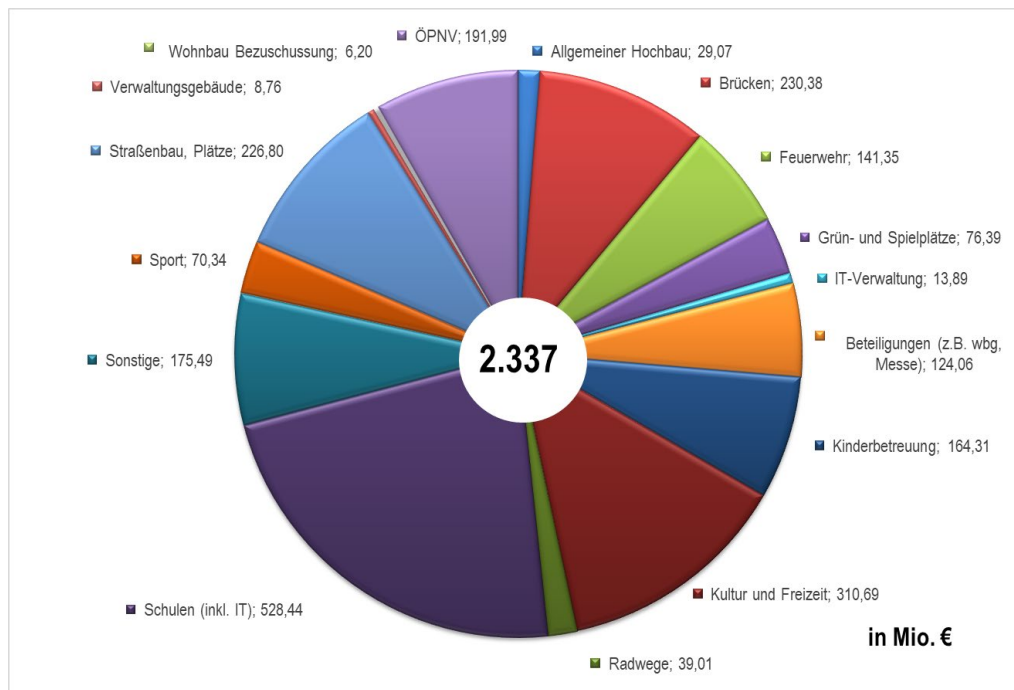
- Neubau Integrierte Leitstelle und Kabeleinheit (103,3 Mio. €)
- Startchancen-Programm Schulen - Säule I (45,7 Mio. €)
- Reutersbrunnenstr. 34, Neubau KJND und KJHZ (28 Mio. €)
- Plärrer – Umgestaltung (25,2 Mio. €)
- Thumenberger Weg Brücke und Straße (22 Mio. €)
- TSV Altenfurt: Investitionszuschuss (6,5 Mio. €)
- B1, Augustenstr. 30, Generalsanierung (6 Mio. €)
- Amberger Straße – Fahrradstraße (5,5 Mio. €)

Schwerpunkte werden in Zukunft nach wie vor weitere Maßnahmen aus dem Paket „Bildung und Betreuung“, die Erneuerung von Straßen und Brücken sowie die Sanierung von U-Bahnhöfen sein. Außerdem werden Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität des städtischen Gebäudebestands und die Umsetzung des Mobilitätsbeschlusses an Bedeutung gewinnen.

Investitionsschwerpunkte 2026 bis 2029: Bruttoinvestitionen (MIP)

Im Zeitraum 2026 bis 2029 wird mit Bruttoinvestitionen (dargestellt werden ausschließlich die investiven Bestandteile) in Höhe von 2,34 Mrd. € (im Vorjahr:

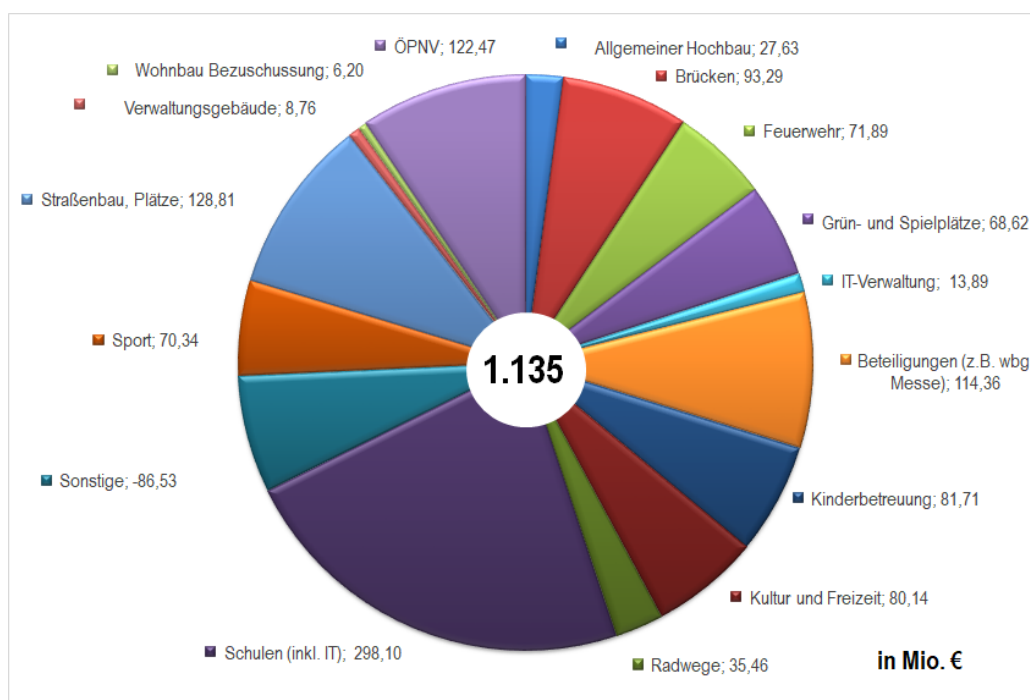
2,44 Mrd. €) gerechnet. Dieser Betrag verteilt sich im Einzelnen auf die folgenden Investitionsschwerpunkte:



Investitionsschwerpunkte 2026 bis 2029: Städtische Mittel (MIP)

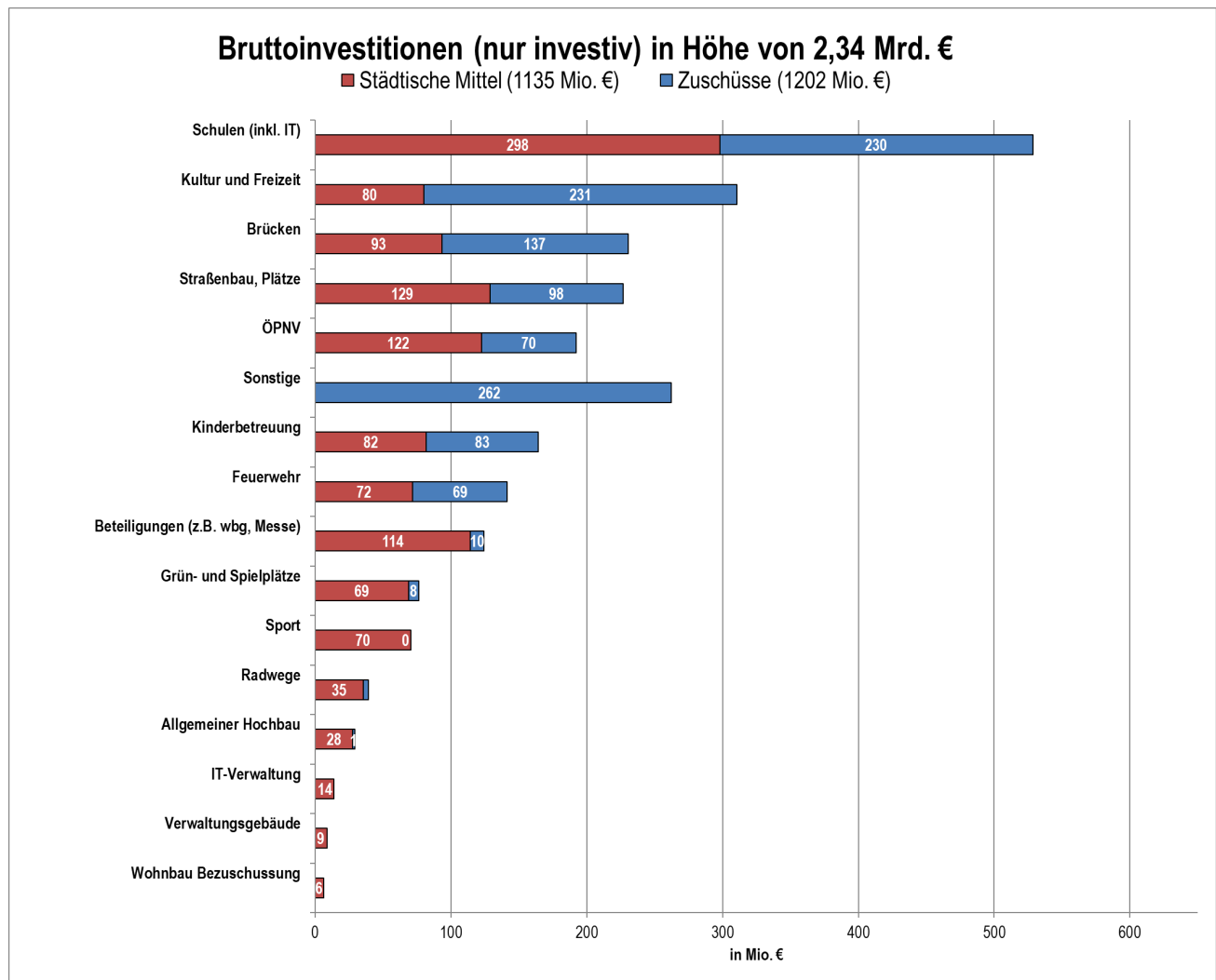
Im Zeitraum 2026 bis 2029 werden für die Bruttoinvestitionen in Höhe von 1,14 Mrd. € (im Vorjahr: 1,32 Mrd. €) städtische Mittel (nur investiv) zur Finanzierung eingeplant. Die städtischen Mittel verteilen

sich im Einzelnen auf die folgenden Investitionsschwerpunkte:



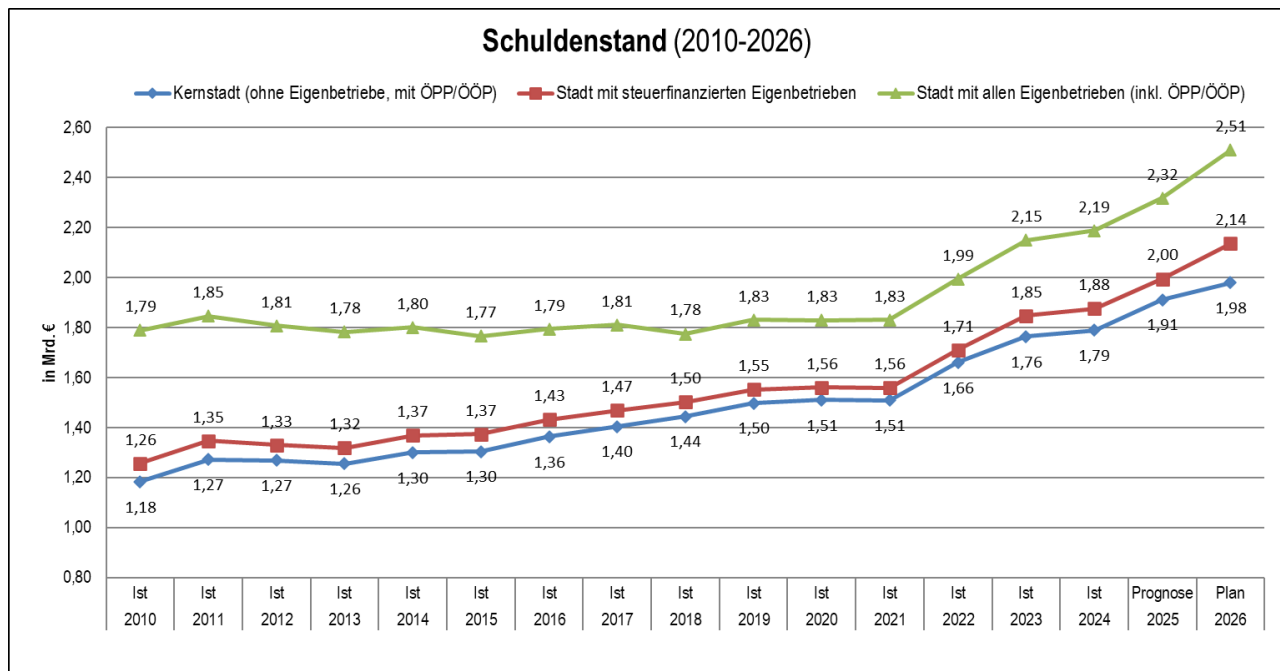
In der nachfolgenden Grafik werden die Inhalte der beiden vorstehenden Grafiken nochmals in einer Gesamtschau dargestellt:

Investitionsschwerpunkte 2026 bis 2029 (nur investive Bestandteile)



Hinweis: Im Investitionsschwerpunkt „Sonstige“ sind bei den „Städtischen Mitteln“ die Mittelabflusskorrekturen (siehe MIP, Maßnahmennummer 1323) enthalten.

I. Verbindlichkeiten und Schulden



Die vorstehende Grafik zeigt den Schuldenstand der Stadt Nürnberg

- ohne Eigenbetriebe (nur Kernhaushalt),
- mit den steuerfinanzierten Eigenbetrieben und
- mit allen Eigenbetrieben zusammen.

Die Schulden der städtischen Eigenbetriebe werden bezüglich ihrer Refinanzierung in die zwei Kategorien „steuerfinanziert“ und „Kostendecker“ unterteilt. Zu den steuerfinanzierten Eigenbetrieben zählen:

- Service Öffentlicher Raum (SÖR)
- NürnbergBad (NüBad)
- Frankenstadion (FSN)
- NürnbergStift (NüSt).

Bei SÖR, NüBad und FSN muss jeweils der Verlustausgleich und somit auch Teile des Schuldendienstes aus dem Kernhaushalt bedient werden. NüSt wird aufgrund seiner Kreditaufnahmen für Investitionen in den nächsten Jahren ebenfalls weiterhin in dieser Kategorie geführt. Aus diesen Gründen sind diese Schulden in der Bewertung theoretisch dem Kernhaushalt zu zuordnen. Anders gestaltet es sich bei der Stadtentwässerung und Umweltanalytik (SUN) sowie bei der Abfallwirtschaft (ASN). Diese Eigenbetriebe stellen externe Kostendecker dar, d.h. sie müssen ihre Aufwendungen und ihren

Kapitaldienst aus Einnahmen und Gebühren komplett selbst refinanzieren.

Zum Jahresende 2024 lagen die Schulden des Kernhaushalts der Stadt Nürnberg bei 1,79 Mrd. €. Darin enthalten sind die Verbindlichkeiten aus Krediten (also die klassischen Darlehen von Sparkassen und Banken und Schultscheindarlehen) sowie die Verbindlichkeiten aus ÖPP/ÖÖP-Verträgen (sogenannte kreditähnliche Rechtsgeschäfte). Die Stadt Nürnberg trägt hiermit explizit der wachsenden Bedeutung dieser kreditähnlichen Rechtsgeschäfte Rechnung, indem sie die Refinanzierung dieser ÖPP- und ÖÖP-Projekte – im Gegensatz zu anderen Kommunen – in die Verschuldenszahlen mit aufnimmt.

Zum Jahresende 2025 werden die Verbindlichkeiten der Stadt inklusive der Verpflichtungen aus ÖÖP/ÖPP-Projekten voraussichtlich auf 1,91 Mrd. € steigen. Der Anstieg in Höhe von rund 122 Mio. € gegenüber dem Vorjahr resultiert aus Kreditaufnahmen für Investitionen. Die Verbindlichkeiten aus ÖÖP/ÖPP-Projekten bleiben etwa auf Vorjahresniveau.

Auch im Jahr 2026 sind von der Stadt Nürnberg umfangreiche Investitionen zu finanzieren. Die Nettoneuverschuldung im Jahr 2026 wird voraussichtlich 67,9 Mio. € betragen. Damit steigt die Verschuldung der Kernstadt

inklusive aller ÖPP- und ÖÖP-Projekte zum Ende des Jahres 2026 auf 1,98 Mrd. €.

Die äußere Verschuldung der Eigenbetriebe lag Ende 2024 bei 398,3 Mio. € und erhöht sich bis Ende 2025 auf voraussichtlich 407,5 Mio. €. Der Anstieg zum Vorjahr resultiert hauptsächlich aus Kreditaufnahmen beim Eigenbetrieb Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg für Investitionsmaßnahmen.

Bis Ende 2026 wird die Verschuldung der Eigenbetriebe gemäß den vorliegenden Wirtschaftsplänen unter Berücksichtigung der Tilgungen um rund 123,1 Mio. € auf dann 530,5 Mio. € ansteigen. Darin enthalten sind neue Darlehen beim Eigenbetrieb Stadtentwässerung und Umweltanalytik in Höhe von 91 Mio. €, Kreditaufnahmen bei SÖR für den Bau einer Betriebszentrale in Höhe von ca. 60 Mio. € und weitere Darlehen in Höhe von 17 Mio. € beim Eigenbetrieb NürnbergBad für die Sanierung des Volksbads.

In den folgenden Übersichten werden der voraussichtliche Stand der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften sowie Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO entsprechend dem vom Bayerischen Staatsministerium des Innern veröffentlichten Haushaltsmuster zu § 1 Abs. 3 Nr. 4 KommHV-Doppik dargestellt.

**Übersicht über den
voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen
Rechtsgeschäften¹⁾ sowie Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO**

Arten der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften	Stand zu Beginn des Vorjahres 2025	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2026 ¹⁴⁾	mit einer Restlaufzeit der Verbindlichkeiten von			Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2026
	T€	T€	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	T€	T€
	1	2	3	4	5	6	7
1. Anleihen²⁾	-	-	-	-	-	-	-
2. Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten³⁾	1.541.502	1.662.424	-	-	-	89.938	1.752.362
2.1 vom Bund	-	-	-	-	-	-	-
2.2 vom Land	-	-	-	-	-	-	-
2.3 von Gemeinden und Gemeindeverbänden	-	-	-	-	-	-	-
2.4 von Zweckverbänden u. dgl.	-	-	-	-	-	-	-
2.5 vom öffentlichen Bereich	233.383	222.706	10.677	42.709	169.320	-10.677	212.029
2.6 von Sondervermögen	-	-	-	-	-	-	-
2.7 von verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-	-
2.8 von Beteiligungen	-	-	-	-	-	-	-
2.9 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	-	-	-	-	-	-	-
2.10 vom Kreditmarkt ⁴⁾	1.308.119	1.439.718	67.087	325.662	1.046.969	100.615	1.540.333
Summe Verbindlichkeiten aus Anleihen und Investitionskrediten (1. + 2.)	1.541.502	1.662.424	-	-	-	89.938	1.752.362
3.1 Kreditähnliche Rechtsgeschäfte aus ÖÖP/ÖPP-Projekten	248.182	248.647				-22.036	226.611
Summe Verbindlichkeiten aus Anleihen und Investitionskrediten sowie ÖÖP/ÖPP-Projekten	1.789.685	1.911.071	-	-	-	67.902	1.978.973

Arten der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften	Stand zu Be- ginn des Vor- jahres 2025	Stand zu Be- ginn des Haus- haltsjahres ¹⁴⁾ 2026	mit einer Restlaufzeit der Verbindlichkeiten von			Veränderung im Haus- haltsjahr +/-	Stand am Ende des Haushalts- jahres 2026
	T€	T€	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	T€	T€
	1	2	3	4	5	6	7
3.2 Weitere kreditähnliche Rechtsgeschäfte^{5), 6)}	92	81				-12	69
3.21 Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	-	-				-	-
3.22 Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften	-	-				-	-
3.23 Leasinggeschäfte	-	-				-	-
3.24 Leibrentenverträge	60	55				-5	50
3.25 Schuldübernahmen	-	-				-	-
3.26 Verträge über die Durch- führung städtebaulicher Maßnahmen	-	-				-	-
3.27 Verpflichtung zur Ge- währung von Schulden- diensthilfen an Dritte	-	-				-	-
3.28 Sonstige einer Kreditauf- nahme gleichkommende Vorgänge	32	26				-7	19
4. Summe Verbindlichkeiten aus Anleihen und Investiti- onskrediten, ÖÖP/ÖPP-Pro- jekten und weiterer kredit- ähnlicher Rechtsgeschäfte	1.789.777	1.911.152	-	-	-	67.890	1.979.042
Nachrichtlich:							
1. Innere Darlehen von rechtlich unselbststän- digen Einrichtungen	4.900	4.000				-900	3.100
2. Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung⁷⁾	398.305	407.495	-	-	-	123.050	530.546
2.1 aus Krediten	387.849	401.978	-	-	-	123.317	525.295
2.2 aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	10.456	5.517				-267	5.251

Übersicht über Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO,

Art. 66 Abs. 2 LKrO, Art. 64 Abs. 2 BezO –

voraussichtlicher Stand der eventuellen Zahlungsverpflichtungen und Vorbelastungen ohne Bilanzierung (Eventualverbindlichkeiten)

Arten der Eventual- verbindlichkeiten ⁸⁾	Stand zu Beginn des Vorjahres 2025	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2026	Veränderung im Haus- haltsjahr +/-	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2026
	T€	T€	T€	T€
	1	2	3	4
1. Bürgschaften^{9),10)}	504.402	515.718	-12.510	503.208
1.1 an Sondervermögen	0	0	0	0
1.2 an verbundenen Unternehmen	482.801	495.775	-11.000	484.800
1.3 an Beteiligungen	14.076	13.398	-670	12.730
1.4 an sonstigen öffentlichen Bereich	410	370	-40	330
1.5 an sonstigen privaten Bereich	7.115	6.176	-830	5.346
2. Sonstige kreditähnliche Rechts- geschäfte ohne Bilanzierung¹¹⁾				
2.1 – 2.5 ... wie 1.1 – 1.5	-	-	-	-
3. Weitere Haftungsverhältnisse nach § 75 KommHV-Doppik^{12),13)}				
3.1 – 3.5 ... wie 1.1 – 1.5	-	-	-	-

¹⁾ In der **Verbindlichkeitenübersicht der Haushaltplanung** nach § 1 Abs. 3 Nr. 4 KommHV-Doppik sind auszuweisen:

- in Spalte 1 der Stand der Verbindlichkeiten zum 1. Januar des dem Haushaltsjahr vorhergehenden Jahres (= laufendes Haushaltsjahr);
- in Spalte 2 – nach dem zeitlichem Fortschritt der Haushaltplanung - der voraussichtliche oder tatsächliche Stand der Verbindlichkeiten zum 1. Januar des Haushaltsjahres; dieser sollte mit dem Stand der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember des dem Haushaltsjahr vorhergehenden Jahres grundsätzlich übereinstimmen;
- in den Spalten 3 bis 5 der Stand der Verbindlichkeiten zum 1. Januar des Haushaltsjahres, gegliedert nach Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr, von einem bis fünf Jahren und von mehr als fünf Jahren;
- in Spalte 6 der Saldo aus den voraussichtlichen Zu- und Abgängen an Verbindlichkeiten während des Haushaltsjahres (z. B. durch Kreditaufnahme und Kredittilgung);
- in Spalte 7 der voraussichtliche Stand der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Stand zum 1. Januar zuzüglich der Zugänge und abzüglich der Abgänge während des Haushaltsjahres).

²⁾ Soweit sonstige Verbindlichkeiten aus Wertpapierverschuldung bestehen (z. B. durch die Umwandlung von Krediten entstandene Wertpapiere), sind diese bei Nr. 1 auszuweisen.

³⁾ Endfällige Darlehen sind gesondert zu vermerken.

⁴⁾ KfW-Kredite sowie Kredite von Landesbanken und Sparkassen sind unter Nr. 2.10 auszuweisen diese Einrichtungen als Kreditinstitute und nicht als sonstige öffentliche Sonderrechnungen.

⁵⁾ Unter Nr. 3 sind alle gewissen Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften auszuweisen (vgl. Art 72 Abs. 1 GO); hierzu zählen z.B. Leasing- und Leihrentenverträge, Verlustübernahmen sowie Bürgschaftsverpflichtungen, soweit die Kommune tatsächlich in Anspruch genommen wird. Davon unbeschadet bleibt deren Ausweis als ungewisse Verbindlichkeiten unter den Rückstellungen bzw. – als nur mögliche Zahlungsverpflichtung ohne Bilanzansatz – unter den Haftungsverhältnissen (vgl. § 75

KommHV-Doppik). Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sind in Anlehnung an den Kontenrahmen nach Arten zu untergliedern. Im Übrigen gelten die Grundsätze der IMBek vom 5. Mai 1983 (AllIMBI S. 408).

- ⁶⁾ Unter Nr. 3 sind jeweils die sich aus dem Wirtschaftlichkeitsvergleich (§ 12 KommHV-Doppik) ergebenden Projektkosten anzugeben (vgl. dazu auch IMBek vom 6. Februar 2007 Nr. 6 (AllIMBI S. 187); dabei sind der Gesamtbetrag und der investive Anteil gesondert darzustellen. Dies gilt auch, wenn im Vorjahr bzw. im Haushaltsjahr keine Zahlungen angefallen sind bzw. anfallen. Soweit die Kommune voraussichtlich nicht oder nicht in voller Höhe in Anspruch genommen wird (z. B. aus Geschäftsbesorgungsverträgen), gelten die Grundsätze zur Darstellung von Haftungsverhältnissen (vgl. § 75 KommHV-Doppik). Ergänzend wird auf die im Rahmen des Wirtschaftlichkeitsvergleichs erforderliche Risikoabschätzung verwiesen. Zur Risikoabschätzung vgl. Nr. 6 der IMBek vom 6. Februar 2007 (AllIMBI S. 187); bei ÖPP-Modellen vgl. PPP-Leitfaden Teil 2 S. 9 im Internet unter:

http://www.innenministerium.bayern.de/imperia/md/content/stmi/bauen/themen/ppp/leitfaden_teil2.pdf

- ⁷⁾ Schulden der Eigenbetriebe, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.
- ⁸⁾ Haftungsverhältnisse sind dadurch gekennzeichnet, dass sie eine Eventualverbindlichkeit begründen. Eventualverbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten, aus der die Kommune nur unter bestimmten Umständen, mit deren Eintritt sie nicht ernsthaft rechnet, in Anspruch genommen werden kann. Die Vermerkplicht setzt voraus, dass die Eventualverbindlichkeiten betragsmäßig angegeben werden können. Sind diese quantifizierbar, so sind sie in Höhe der maximalen Inanspruchnahme aus den Haftungsverhältnissen zu vermerken. Die Risikoeinschätzung einer Zahlungsverpflichtung ist gesondert zu erläutern. Die Haftungsverhältnisse sind grundsätzlich nach Empfängerbereichen und Arten zu untergliedern. Weitergehende Erläuterungen können nach den örtlichen Verhältnissen geboten sein. Insbesondere empfiehlt es sich, bestellte Sicherheiten zugunsten der Kommune darzustellen. Im Übrigen gelten die Grundsätze der IMBek vom 5. Mai 1983 (AllIMBI S. 408).
- ⁹⁾ Bürgschaften für Förderungen können zusammengefasst dargestellt werden, die Risikoeinschätzung ist zu erläutern.
- ¹⁰⁾ Haftungsverhältnisse gegenüber Sondervermögen und verbundenen Unternehmen gesondert auszuweisen. Haftungsverhältnisse gegenüber Kommunalunternehmen sind gesondert anzugeben („Davon-Vermerk“ bei verbundenen Unternehmen). Bürgschaften für den sonstigen privaten Bereich werden insbesondere für Vereine, aber auch für Privatpersonen vergeben (z.B. Alternative zu Mietkautionen).
- ¹¹⁾ Unter Nr. 2 sind insbesondere Gewährverträge und Sicherheiten zugunsten Dritter darzustellen.
- ¹²⁾ Unter Nr. 3 sind insbesondere mögliche Verpflichtungen aus der Verlustabdeckung von Sondervermögen, verbundenen Unternehmen (hier Spezialfall Kommunalunternehmen als „Davon-Vermerk“) und Beteiligungen zu dokumentieren, soweit diese nicht in der Bilanz bereits als Rückstellung bzw. Verbindlichkeit auszuweisen sind.
- ¹³⁾ Verpflichtungsermächtigungen sind gesondert im Muster zu § 1 Abs. 3 Nr. 3 KommHV-Doppik (Anlage 8) darzustellen.
- ¹⁴⁾ Anmerkung Stadt Nürnberg: voraussichtlicher prognostizierter Stand zum 01.01.2026

J. Kurzzusammenfassung der wirtschaftlichen Lage ausgewählter Beteiligungen

Die Stadt Nürnberg erfüllt ihre vielfältigen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt nicht nur durch ihre klassischen Dienststellen der Stadtverwaltung. Einen nicht unerheblichen Teil der Aufgaben hat die Stadt Nürnberg auf Unternehmen übertragen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Die Unterjährige Finanzberichterstattung basiert auf den zur Jahresmitte vorliegenden Jahresabschlüsse 2024 und den Quartalsberichten aus dem Jahr 2025.

Aus Konzernholding-Sicht sind im Jahr 2024 die Herausforderungen für die städtischen Beteiligungen multifaktoriell. Der Ukraine-Krieg, der Konflikt im Nahen Osten sowie die Handlungen der neuen US-Administration haben weiterhin Einfluss auf die Energieversorgung, sowie das generelle Preis- und Zinsniveau und sind somit auch ausschlaggebend für die Ergebnisentwicklungen der städtischen Tochterunternehmen.

Der Geschäftsverlauf 2024 der **VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg** spiegelt einerseits die hohe Bedeutung des Personennahverkehrs, andererseits aber auch die Auswirkungen der allgemeinen Kostenentwicklung und der Angebotserweiterung sowie die schwierige Personallage insbesondere im Bereich des Fahrpersonals wider. Das Jahresergebnis vor Verlustübernahme stellte sich in Höhe von TEUR -109.724 dar. Eine besondere Rolle spielten auch wieder das im Vorjahr eingeführte D-Ticket.

Das Jahresergebnis der **N-ERGIE** vor Gewinnabführung lag bei 174.457 T€. Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der N-ERGIE entwickelte sich 2024, trotz der volatilen Energiemärkte und der politischen Unwägbarkeiten, insgesamt deutlich positiver als prognostiziert.

Das Ergebnis des **StWN-Konzerns** (Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 12.242) wurde 2024 weiter von der positiven Entwicklung der N-ERGIE und der VAG geprägt, wenngleich der außergewöhnlich hohe Gewinn der N-ERGIE aus dem Jahr 2023 nicht mehr erreicht werden konnte. Die allgemeinen wirtschaftlichen, politischen und strukturellen Rahmenbedingungen sowie die forcierte Umsetzung der Energie- und Verkehrswende, einhergehend mit gestiegenen Preisen sowie Finanzierungskosten, wirken zukünftig dämpfend auf die Ergebnisse der N-ERGIE und der VAG.

Das Jahresergebnis (€ -18,1 Mio.) des **Klinikums** ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen und fiel besser aus als im Wirtschaftsplan (€ -24,8 Mio.) erwartet. Insgesamt sind auch weiterhin Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung der Finanzsituation erforderlich.

Im Jahr 2024 lag die Anzahl an Passagieren am **Albrecht Dürer Airport Nürnberg** mit 4,0 Mio. knapp unter dem Plan. Der Konzernumsatz erreichte eine Höhe von 99.512 TEUR (+7.359 TEUR ggü. Plan). Der Jahresfehlbetrag verringerte sich um 9.905 TEUR auf 5.563 TEUR im Vergleich zur Planung.

Im Geschäftsjahr 2024 erzielte die **wbg Nürnberg GmbH** mit 17,4 Mio. EUR ein im Vergleich zum Vorjahr um rd. 8,7 Mio. EUR höheres Jahresergebnis. Die Umsatzerlöse aus der Bewirtschaftungstätigkeit sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 Mio. EUR gestiegen, dies lässt sich vorrangig auf höhere Sollmieten und Umsatzerlöse aus abgerechneten Betriebskosten zurückführen.

In 2024, dem Jahr ihres 50sten Jubiläums, verzeichnete die **NürnbergMesse** den höchsten Umsatz ihrer Unternehmensgeschichte und schloss mit einem Jahresergebnis von 26.035 T€. In diesem Jubiläumsjahr fanden im Portfolio der NürnbergMesse weltweit 154 Veranstaltungen statt, an denen sich 33.196 Aussteller beteiligten, eine Gesamtnettofläche von 1.189.191 m² belegt wurde und diese sich vor 1.578.135 Besuchern präsentierten.

Das Geschäftsjahr 2024 der **Noris-Arbeit gGmbH** zeigte sich im bekannten Verlauf. Neue Maßnahmen mit neuen Förderinstrumenten konnten geplant und gestartet werden. Der Noris-Arbeit gGmbH ist es gelungen, für beendete Vorhaben adäquate Nachfolgeprojekte zu akquirieren und neue Projektideen fördertechnisch umzusetzen. Auf der Grundlage des Geschäftsverlaufs ergab sich in 2024 ein Jahresüberschuss in Höhe von 377 T€ (im Vorjahr: -271 T€).

Das Jahresergebnis der **NOA.kommunal GmbH** liegt gegenüber dem Vorjahresergebnis (229.270 €) um rund 78 T€ niedriger als im Vorjahr. Einfluss auf die Höhe des Jahresergebnisses hat die Tatsache, dass die Förderung der Personalkosten von Mitarbeitern im Teilhabechancengesetz degressiv verläuft und sich viele dieser Mitarbeiter in den letzten Jahren der Förderung befinden.

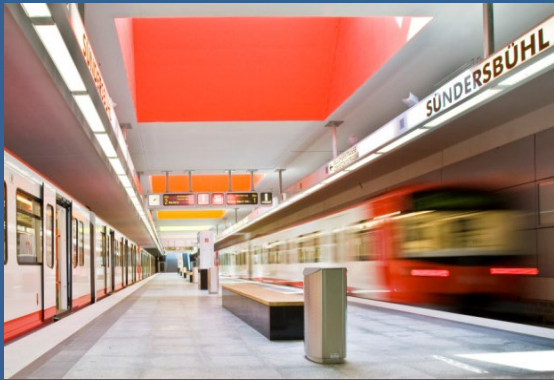
Der Arbeitsbereich der **noris inklusion gGmbH** stand auch im Jahr 2024 unter dem externen Einfluss der weltwirtschaftlichen Unwägbarkeiten durch die geopolitischen Krisen und den daraus resultierenden Unsicherheiten bei Auftraggebern im Bereich der Industriefertigung. Im Geschäftsjahr 2024 wurde ein negatives Jahresergebnis in Höhe von T€- 865 ausgewiesen.

Die **Projektentwicklungsgesellschaft der Stadt Nürnberg mbH** wurde mit Stadtratsbeschluss vom

25.06.2025 für neue Aufgaben (Entwicklung von Flächen bis zur realen Bebauungsreife) beauftragt. Dies umfasst die Projektentwicklung für das Projekt "Südlich der Kriegsopfersiedlung (Mühlweg)", die Projektentwicklung für das Projekt "Schmalau-Ost" und für das Projekt „Tiefes Feld“.

Die **Landesgartenschau 2030 Nürnberg GmbH** hatte die für 2024 geplanten Investitionen in Höhe von TEUR 970 nicht erreicht. Die LGS Nürnberg 2030 GmbH ist nach dem Gesellschaftsvertrag mit der Vorbereitung, Planung, und Durchführung der Landesgartenschau Nürnberg im Jahr 2030 betraut.

VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg



Das Jahresergebnis der VAG vor Verlustübernahme betrug -109.724 T€. Es wurde auf Basis des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags von der StWN übernommen.

Der Geschäftsverlauf 2024 der VAG spiegelt einerseits die hohe Bedeutung des Personennahverkehrs, andererseits aber auch die Auswirkungen der allgemeinen Kostenentwicklung und der Angebotserweiterung sowie die schwierige Personallage insbesondere im Bereich des Fahrpersonals wider. Eine besondere Rolle spielten auch wieder das im Vorjahr eingeführte D-Ticket und dessen Sonderformen (D-Ticket Job, Bayerisches Ermäßigungsticket, D-Ticket Nürnberg-Pass).

Zum 1. Januar 2024 wurden die Fahrpreise im Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) über alle Tarifstufen um durchschnittlich 7,7 % erhöht. Der Preis des D-Tickets blieb gleichzeitig unverändert. Die mit dem D-Ticket entstehenden Fahrgeldmindereinnahmen und vertrieblischen Umsetzungskosten werden auf Basis der Richtlinien D-Ticket ÖPNV Bayern 2024 vom 22. Januar 2024 vollständig ausgeglichen. Der vorläufige Ausgleich für das Jahr 2024 lag bei rund 62.254 T€.

Das D-Ticket hatte weiterhin einen wesentlichen Einfluss auf die operativen Geschäftsprozesse im Vertrieb und Marketing, die Ticket- und Nachfragestruktur sowie das Mobilitätsverhalten der Fahrgäste. Insgesamt stieg die Anzahl der Abonentinnen und Abonenten bei der VAG (einschließlich 365-Euro-Ticket VGN für Selbstzahlende) bis zum Jahresende (Stand 10. Dezember 2024) auf rund 281.000 (Vorjahr 239.000), davon 259.000 D-Tickets. Die Zahl der betreuten Firmen im Jobticket erhöhte sich zum Jahresende (Stand 31. Dezember 2024) auf 593 (Vorjahr 499). In der Kundenkommunikation sowie im Kundenservice resultierte hieraus ein hoher Servicebedarf.

Der Fahrgastbetrieb konnte im Jahr 2024 weitgehend stabil erbracht werden. Wegen baustellenbedingter Zusatzleistungen bei gleichzeitig hohen Krankenständen

wurden in Absprache mit dem Aufgabenträger ab Januar 2024 geringfügige Fahrplananpassungen im Busbereich erforderlich, die im Laufe des Jahres sukzessive fast vollständig wieder zurückgenommen werden konnten. Die Infrastruktur stand ohne größere Störungen für den Betrieb zur Verfügung.

Insgesamt wurde eine Verkehrsleistung von 24,0 Mio. Kilometern erbracht. Auf die U-Bahn entfielen davon 5,8 Mio. Kilometer, auf die Straßenbahn 4,0 Mio. Kilometer und auf den Busverkehr 14,2 Mio. Kilometer.

Alle neuen U-Bahn-Fahrzeuge des Typs G1 sind in Betrieb. Es bestehen Auflagen zur IT-Sicherheit, die zu weiterhin befristeten Inbetriebnahmegenehmigungen seitens der Technischen Aufsichtsbehörde führen.

Die Auslieferung der neuen Straßenbahnfahrzeuge der Baureihe GTA8 („Avenio“) wurde im Jahr 2024 fortgesetzt. Bis zum Jahresende wurden 21 der insgesamt 26 bestellten Fahrzeuge in den Fahrgastbetrieb überführt.

Im Jahr 2024 beschäftigte die VAG im Durchschnitt 2.143 Mitarbeitende (Vorjahr 2.083) und 105 zur Berufsausbildung Beschäftigte (Vorjahr 105).

Insgesamt entwickelte sich die Ergebnissituation des Unternehmens besser als erwartet – trotz der Auswirkungen der allgemeinen Kostenentwicklung in Folge der hohen Inflation sowie der schwierigen Personallage insbesondere im Bereich des Fahrpersonals.

Das Ergebnis der Geschäftstätigkeit (EGT) des Geschäftsjahres 2024 lag bei -109.586 T€ und damit 12.010 T€ bzw. 12,3% unter dem Vorjahresniveau, aber deutlich positiver als das Planergebnis von rund -134.710 T€. Nachfolgend werden die wesentlichen Einflüsse auf das Ergebnis dargestellt.

Im Berichtsjahr erhöhten sich die Umsatzerlöse insgesamt um 25.804 T€ bzw. 13,4 % auf 218.594 T€. Hierbei nahmen insbesondere die Verkehrserlöse im Vergleich zum Vorjahr deutlich zu.

Die Fahrgeldeinnahmen sanken leicht, trotz der Erhöhung der Fahrpreise im VGN um durchschnittlich 7,7 % über alle Tarifstufen hinweg, aufgrund der Verschiebung von den Bartarifen hin zum D-Ticket. Kompensiert wurde dieser Rückgang durch die vorläufigen Ausgleichszahlungen für die entstehenden Fahrgeldmindereinnahmen und vertrieblischen Umsetzungskosten aufgrund des D-Tickets. Diese Ausgleichsleistungen führten im Vergleich zum Vorjahr zu einem Anstieg der Erlöse und lagen im Jahr 2024 bei rund 58.214 T€ (Vorjahr 25.812 T€).

Die sonstigen Erträge reduzierten sich deutlich aufgrund geringerer Erträge aus der Auflösung von Rückstellun-

gen, vor allem für Verbund-Einnahmen, und dem Wegfall der Zuschüsse aus dem Corona-Rettungsschirm von Bund und Ländern (Vorjahr 4.000 T€).

Der Materialaufwand stieg im Vorjahresvergleich um 10.496 T€ auf 95.761 T€. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus höheren Aufwendungen für den Bezug von Energie und Fahrstrom sowie gestiegenen Aufwendungen für bezogene Leistungen von Fremden.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 8,0 % und war vor allem Folge des gestiegenen Personalstands und der Entgelterhöhungen im Rahmen des Tarifvertrags.

Das negative Jahresergebnis und somit der Zuschussbedarf erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr. Während sich die Umsatzerlöse infolge der Ausgleichsleistungen für das D-Ticket erhöhten, reduzierten sich die sonstigen Erträge aufgrund der geringeren Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie dem Wegfall der Zuschüsse aus dem Corona-Rettungsschirm. In Folge des gestiegenen Material- und Personalaufwands sowie der gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen lag das negative Jahresergebnis mit 109.724 T€ um 12.011 T€ unter dem des Vorjahres.

Dieses wird auf Basis des bestehenden Organschaftsvertrags von der Muttergesellschaft StWN ausgeglichen.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, sind unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Einbindung der VAG in den StWN-Konzern zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

Die VAG geht nach wie vor davon aus, dass dem ÖPNV eine tragende Rolle bei der Erreichung der Klimaziele zukommt und hierfür der Ausbau des Verkehrsangebots fortgesetzt wird, wenngleich die Finanzierung der Projekte schwieriger werden dürfte. Auch für die kommenden Jahre wird eine Erhöhung des ÖPNV-Anteils am Modal Split angestrebt, um den politisch und öffentlich formulierten Zielsetzungen zu Klimaschutz und Verkehrswende gerecht zu werden.

Im Rahmen der Wirtschaftsplanung wird im Geschäftsjahr 2025 mit einem negativen EGT in Höhe von rund 125.000 T€ bis 135.000 T€ gerechnet.

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2024 werden sich die Personalaufwendungen, der Materialaufwand infolge höherer Kosten für den Fahrstrom sowie die Abschreibungen aller Voraussicht nach erhöhen, während sich vor allem die Umsatzerlöse verbessert zeigen werden.

Der Aufsichtsrat genehmigte mit dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2025 Investitionen in Höhe von rund 110.000 T€. Die VAG rechnet für 2025 mit rund 33.000 T€ Zuschüssen der öffentlichen Hand. Die Förderquote

für den ÖPNV durch die öffentliche Hand variiert dabei je nach Investitionsmaßnahme.

N-ERGIE Aktiengesellschaft Nürnberg



Das Jahresergebnis 2024 der N-ERGIE lag vor Gewinnabführung bei 174.457 T€. Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der N-ERGIE entwickelte sich 2024, trotz der volatilen Energiemärkte und der politischen Unwägbarkeiten, insgesamt deutlich positiver als prognostiziert.

Das Ergebnis der Geschäftstätigkeit des Geschäftsjahres 2024 lag mit 180.206 T€ insgesamt 124.300 T€ bzw. 40,8 % unter dem Vorjahreswert und deutlich höher als geplant. Das Ergebnis des Geschäftsjahrs 2023 war geprägt durch eine außergewöhnliche Marktsituation, die zu singulären positiven Ergebnissen führte. Im Geschäftsjahr 2024 trat wieder eine Normalisierung des Marktumfelds ein. Nachfolgend werden die wesentlichen Einflüsse auf das Ergebnis dargestellt:

Die Erlöse aus Stromlieferungen (ohne Stromsteuer; inklusive Nebenerlöse) summierten sich auf 3.483.267 T€ und lagen 16,4 % unter dem Vorjahreswert. Im Key-Account-Segment verringerten sich die Verkaufserlöse im Wesentlichen durch die Weitergabe der deutlich geringeren Bezugskosten, welche durch die gestiegenen Netzentgelte nur teilweise kompensiert wurden. Zusätzlich wirkte sich ein Absatzrückgang bei den Weiterverteilern erlösmindernd aus.

Bei den übrigen Bestandskunden reduzierte sich die Absatzmenge nur leicht und erreichte annähernd das Vorjahresniveau. Im Gewerbekundensegment lagen die Verkaufserlöse infolge der geringeren Absatzmenge sowie der Weitergabe der deutlich niedrigeren Bezugskosten trotz der höheren Netzkosten unter dem Niveau des Vorjahres. Im Privatkundensegment wirkten sich die verringerte Absatzmenge sowie der unterjährig erfolgte Preisrückgang reduzierend auf die Erlöse aus. Die gestiegenen vorgelagerten Netzkosten wurden nicht vollständig an die Kunden weitergereicht. Vom Stromumsatz entfielen 81,2 % (Vorjahr 81,8 %) auf Key-Account-Kunden sowie 18,8 % (Vorjahr 18,2 %) auf Privat- und Gewerbekunden.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Stromabsatz der N-ERGIE um 2,3 % auf 15.378,1 Mio. kWh. Die Key-Account-Kunden stellten mit 90,2 % (Vorjahr 89,1 %) weiterhin die absatzstärkste Kundengruppe dar.

Im Rahmen der Normalisierung der Marktentwicklung reduzierten sich die Erlöse aus der Vermarktung von Strommengen von 1.080.727 T€ auf 877.789 T€.

Die Umsatzerlöse aus dem Erdgasverkauf (ohne Energiesteuer; inklusive Nebenerlöse) verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 22,0 % auf 1.069.029 T€. Im Key-Account-Segment führte ein Absatzrückgang zu einer geringeren Verkaufsmenge, was zusammen mit den rückläufigen Preisen (Weitergabe der geringeren Bezugskosten und höheren Netzentgelte) insgesamt zu einem deutlichen Rückgang der Verkaufserlöse führte.

Bei den Gewerbekunden verringerten sich die Verkaufserlöse insbesondere durch die Weitergabe der niedrigeren Bezugskosten und etwas höheren Netzentgelte, trotz Mengensteigerung. Bei den Privatkunden führte der rückläufige Absatz zusammen mit den unterjährig erfolgten Preissenkungen zu einem deutlich überproportionalen Rückgang der Verkaufserlöse. Die Erlöse im Key-Account Bereich hatten 2024 einen Anteil von 71,5 % (Vorjahr 72,8 %), im Privatkunden- sowie Gewerbekundenbereich von 28,5 % (Vorjahr 27,2 %) am Erdgasumsatz.

Bedingt durch die konjunkturelle Entwicklung, das Einsparverhalten der Kunden sowie die milde Witterung reduzierte sich die Gesamtabgabe im Erdgasgeschäft 2024 um 20,7 % auf 11.295,1 Mio. kWh. Mit einem Anteil von 81,2 % (Vorjahr 84,3 %) an der Gesamtabgabe stellten die Key-Account-Kunden die größte Abnehmergruppe dar.

Vergleichbar zum Gesamttrückgang der Umsatzerlöse aus dem Erdgasverkauf verminderten sich die Erlöse aus der Vermarktung von Gasmengen im Vergleich zum Vorjahr von 380.903 T€ auf 344.021 T€.

Die Umsatzerlöse (inklusive Nebenerlöse) im Bereich Fernwärme nahmen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 3,8 % auf 178.382 T€ ab. Der Erlösrückgang war auch in diesem Segment zum einen preisbedingt, da durch die geringen Preise des Einsatzstoffes Gas formelbedingt geringere Entgelte weitergegeben werden konnten, zum anderen nahm die Absatzmenge entsprechend dem Gasabsatz gegenüber dem Vorjahr leicht ab.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 10,4 %, was zum einen auf höhere Zuführungen zu den Altersteilzeitverpflichtungen und Pensionsrückstellungen zurückzuführen ist. Zusätzlich erhöhte sich der laufende Personalaufwand in Folge des gestiegenen Personalstands im Vergleich zum Vorjahr sowie durch die Umsetzung des Tarifabschlusses zum 1. Januar 2024.

Insgesamt lag das EGT der N-ERGIE deutlich unter dem Vorjahr jedoch über den Prognosen des mittelfristigen Wirtschaftsplans 2024. Diese positive Abweichung ist unter anderem Folge noch anhaltender Effekte aus den günstigen Marktgegebenheiten in den Geschäftsjahren 2022 und 2023. Zudem konnte die positive Entwicklung im Großkundenbereich aufrechterhalten werden. Entgegen wirkten unter anderem die nicht vollumfänglich an die Kunden weitergegebenen erhöhten Netznutzungsentgelte im Privatkundenbereich sowie die rückläufigen Entwicklungen im Bereich der Vermarktung von Mengen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien.

Im Rohergebnis von 345.365 T€ (Vorjahr 430.762 T€), das sich aus den Umsatzerlösen und Materialaufwendungen ergibt, spiegeln sich im Vorjahres-Ist-Vergleich die Abschwächung der positiven Effekte aus dem Groß- und Privatkundenbereich sowie der günstigen Vermarktung von beschafften Strommengen wider.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen aufgrund von Auflösungen von Rückstellungen über Plan, im Vergleich zum Vorjahr sind die sonstigen betrieblichen Erträge zurückgegangen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen übersteigen infolge von Zuführungen zur Einzel- und Pauschalwertberichtigung moderat sowohl den Planwert als auch den Vorjahreswert.

Das Finanzergebnis zeigt gegenüber dem Plan die positive Entwicklung der Tochterunternehmen, vor allem bei der Vermarktung von Kraftwerkskapazitäten. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ein Rückgang.

Die N-ERGIE tätigte im Berichtsjahr Investitionen in Höhe von 249.950 T€ (Vorjahr 252.227 T€). Davon entfielen 209.780 T€ (Vorjahr 152.372 T€) auf Sachanlagen, 27.190 T€ (Vorjahr 89.143 T€) auf Finanzanlagen und 12.980 T€ (Vorjahr 10.712 T€) auf immaterielle Vermögensgegenstände. Die Sachinvestitionen konzentrierten sich insbesondere auf Verteilungsanlagen sowie geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau. Im Bereich der Finanzanlagen erfolgte vor allem die Einzahlung in die Kapitalrücklage der N-ERGIE Netz in Höhe von 27.000 T€.

Aufgrund des Organschaftsverhältnisses erhält die Thüga als außenstehende Aktionärin 2024 eine Ausgleichszahlung in Höhe von 25.021 T€. Unter Berücksichtigung des Steueraufwands und nach Dotierung der Gewinnrücklage von 128.982 T€ waren 86.436 T€ an den Organträger Städtische Werke Nürnberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung (StWN), Nürnberg, abzuführen

Das Jahr 2024 war geprägt von der Konsolidierung der Märkte nach den Herausforderungen der Energiekrise. Die N-ERGIE nutzte dieses Jahr, um insbesondere im Bereich der Kundenabrechnung wieder prozessuale Stabilität zu erreichen, aber auch um die Neuausrichtung

der Abrechnungsplattform voranzutreiben. In diesem Zusammenhang wird die weitere Digitalisierung und Automatisierung von Kernprozessen gerade im Bereich der Medienabrechnung einen Schwerpunkt der Tätigkeiten in den kommenden Jahren darstellen sowie die N-ERGIE in die Lage versetzen auch künftig innovative und kundengerechte Versorgungslösungen anzubieten.

Die Geschäftsmodelle der N-ERGIE trotzen den wirtschaftlich schwierigen Zeiten sowie den mannigfaltigen Folgewirkungen der Energiekrise und zeigen sich krisensicher, zeitgleich wird der Druck auf die Kostenseite intern weiter hochgehalten.

Aufgrund der beschriebenen Effekte erwartet die N-ERGIE im verabschiedeten Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 ein weiterhin robustes und gutes Ergebnis, das moderat unter dem Niveau des Jahres 2024 liegen wird.

Städtische Werke Nürnberg GmbH



Höhe von 30 Mio. € ein deutlich negatives EGT im mittleren zweistelligen Mio. Bereich erwartet.

Die StWN ist als geschäftsleitende Konzernholding im Auftrag der Stadt Nürnberg als Alleingesellschafterin tätig.

Im Ergebnis erwirtschaftete die StWN GmbH im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 12.242 (Vorjahr: TEUR 10.189).

Die wirtschaftliche Tätigkeit der StWN GmbH lag überwiegend in der Geschäftsleitung der Konzernholding. Ohne Berücksichtigung von Zinsen, Steuern und einem Zuschuss des Gesellschafters ergab sich bei der Gesellschaft ein Fehlbetrag von 22.281 T€ (Vorjahr Überschuss 24.479 T€). Die Veränderung ist insbesondere auf die Ergebnisveränderungen bei den Tochterunternehmen zurückzuführen.

Aufgrund der Gewinnabführungsverträge der N-ERGIE und der VAG wird die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der StWN GmbH weitgehend von den erwirtschafteten Ergebnissen der Tochtergesellschaften beeinflusst. Im Jahr 2024 konnte der Jahresverlust der VAG in Höhe von -109.724 T€ nicht vollständig durch die Ergebnisabführung der N-ERGIE in Höhe von 86.436 T€ gedeckt werden. Aufgrund der Prognose eines Jahresverlustes von über 40.000 T€ hat die Stadt Nürnberg im Jahr 2024 über den 1. Nachtragshaushalt eine ertragswirksame Zuführung von 25.000 T€ zur Reduktion des absehbaren Fehlbetrages beschlossen.

Die allgemeinen wirtschaftlichen, politischen und strukturellen Rahmenbedingungen sowie die forcierte Umsetzung der Energie- und Verkehrswende, einhergehend mit gestiegenen Preisen sowie Finanzierungskosten, wirken zukünftig dämpfend auf die Ergebnisse der N-ERGIE und der VAG. Sie führen somit zu einer insgesamt rückläufigen Ergebnisprognose für 2025 für den StWN-Konzern im oberen zweistelligen Mio. Bereich.

Für die StWN GmbH wird im Vergleich zum Geschäftsjahr 2024 wird auch unter Berücksichtigung der seitens der Alleingesellschafterin eingeplanten Zuschüsse in

Klinikum Nürnberg



Das Jahresergebnis (€ -18,1 Mio.) des Kommunalunternehmens ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen und fiel besser aus als im Wirtschaftsplan (€ -24,8 Mio.) erwartet.

Das EBIT verschlechterte sich um € 3,3 Mio. gegenüber dem Vorjahr und das EBITDA um € 2,5 Mio. vor allem wegen der stark gestiegenen Personalaufwendungen aufgrund der Übernahme der KNSG. Gegenüber der Planung für 2024 (- € 17,3 Mio.) verbesserte sich das EBITDA um € 11,9 Mio. Ursächlich hierfür sind operative Margen, die sich nicht so stark verschlechterten, wie das noch im Wirtschaftsplan erwartet wurde.

Es flossen weitere krankenhausindividuelle Zahlungen als „Ausgleich für Steigerungen der Kosten für den Bezug von Erdgas, Wärme und Strom“ für Januar bis April 2024 (€ 3,8 Mio.) zu und es konnten verstärkte Apothekenverkäufe im Bereich GKV-Rezepte realisiert werden, da die Apotheke die ASV-Ambulanzen (ambulante spezialfachärztliche Versorgung), sowie deren Selbstzahler, verstärkt mit Medikamenten beliefert. Ferner konnten durch Preisanpassungen im Wahlleistungsbereich Unterkunft, durch zusätzliche Abrechnungsmöglichkeiten über weitere ASV-Angebote und generell fortschreitende Ambulantisierung die Umsatzerlöse jeweils deutlich gesteigert werden.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen wirkt sich der Sondereffekt aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von € 18,6 Mio. positiv aus. Im Vergleich zum Wirtschaftsplan stiegen die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge um insgesamt € 58,4 Mio. Jedoch nahmen auch die Betriebsaufwendungen mit € 802,5 Mio. im Vergleich zum Planansatz um € 46,5 Mio. deutlich zu. Ursächlich hierfür waren gestiegene Personalaufwendungen sowie Materialaufwendungen.

Die EBITDA-Marge liegt mit - 0,7 % im Geschäftsjahr um 1,7 %-Punkten über dem Plan. Weitere Abweichungen zur Planung ergaben sich im Finanzergebnis des Klinikums aufgrund eines in der Planung nicht vorgesehenen Forderungsverzichts an die ABC GmbH.

Das Klinikum stützt weiterhin das Eigenkapital der ABC GmbH und der Schaukel gGmbH. Es wurden Forderungsverzichte gegen Besserungsschein auf Gesellschafterdarlehen der ABC in Höhe von insgesamt € 3,7 Mio. erklärt. Wie in den Vorjahren erfolgte eine freiwillige Verlustübernahme der Schaukel gGmbH, um das negative Jahresergebnis auszugleichen.

Insgesamt liegen die Umsatzerlöse rund 5,4 % über dem Wirtschaftsplan. Der Anstieg der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr resultiert größtenteils aus der Steigerung der sonstigen Umsatzerlöse um € 8,4 Mio., der Erlöse aus ambulanten Krankenhausleistungen um € 3,9 Mio. und der Erlöse aus stationären Krankenhausleistungen um € 56,6 Mio.

Die Erlöse nach BPflV liegen erneut über Vorjahresniveau und damit deutlich über dem Niveau von 2019 (+ 14,9 % im Vergleich zu 2019 und + 9,8 % im Vergleich zu 2023). Die Erlössteigerung ist auf eine Preissteigerung auf Grundlage des Veränderungswertes in Höhe von 5,31 % sowie auf einen Anstieg der Auslastung zurückzuführen.

Erlöse aus Zusatzentgelten sind im Vergleich zum Vorjahr um € 2,5 Mio. gestiegen.

Die Erlöse aus Wahlleistungen Arzt konnten um 2,1 % gesteigert werden, die Erlöse aus sonstigen Wahlleistungen um 1,5 % und liegen damit leicht über Vorjahresniveau. Aufgrund von Preisanpassungen und höherer Inanspruchnahme konnten die Umsätze für die Wahlleistungen Zimmer im Vergleich zum Vorjahr um 16,7 % gesteigert werden.

Die ambulanten Erlöse erhöhten sich bedingt durch die fortschreitende Ambulantisierung sowie einer beschleunigten Abrechnung insgesamt um 9,6 %, wobei ambulantes Operieren (+ 50,3 %), sowie der Zuwachs an ASV-Teams (ambulante spezialfachärztliche Versorgung (+ 55,2 %)) besonders herausstechen. Durch das Auslaufen der Coronavirus-Impfverordnung im Frühjahr 2023 (inkl. der im Jahr 2023 bis zum 31. Juli erfolgten Endabrechnungen durch die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns) sanken die ambulanten Erlöse für Impfleistungen um 77,2 %, die aus IGeL-Leistungen generierten Umsätze reduzierten sich um 14,3 % im Vergleich zum Vorjahr.

Die sonstigen Umsatzerlöse sind um 10,4 % gestiegen, was im Wesentlichen auf höhere Erlöse aus Apothekenverkäufen (+ 16,6 %), Aufwandserstattungen für Explantationen (+ 343,6 %), gestiegene Verkäufe und Dienstleistungen an Dritte (+ 573,9 %), sowie ein Anstieg von Erlösen aus Sponsoring und Drittmitteln für Studien (+ 49,5 %) beruht.

Die periodenfremden Erlöse sanken um 117,5 % im Vergleich zum Vorjahr, begründet v. a. dadurch, dass die mit

der neuen Prüfverfahrensvereinbarung aus 2022 eingeführten Strafzahlungen erstmalig ganzjährig wirken.

Der Start in das Geschäftsjahr 2025 erfolgte wie bereits in den Vorjahren unter anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen. Hohe Krankheitsausfälle sowie Streikmaßnahmen der Belegschaft, Probleme bei der Abverlegung von Patienten, nach wie vor instabile Lieferketten sowie die nur zögerlich sinkende Inflation belasten das Ergebnis des Klinikums auch in den ersten Monaten der Jahres 2025. Die 4,3-prozentige Steigerung des Landesbasisfallwerts sowie eine nachgeschaltete Tarifraterhöhung können diese Mehrkosten sowie die steigenden Personalkosten keinesfalls vollumfänglich kompensieren.

Basierend auf diesen Ausführungen geht das Klinikum für das Geschäftsjahr 2025 von Umsätzen in Höhe von rund € 782 Mio., einem EBITDA von rund € -7,6 Mio. sowie einem Jahresergebnis von circa € -15,8 Mio. aus, wobei diese Ansätze je nach weiterer Entwicklung der Inflation, regulatorischer Eingriffe sowie etwaiger gesetzgeberischer Stützungsmaßnahmen der Krankenhäuser erheblichen Schwankungen unterliegen können.

Flughafen Nürnberg GmbH



Für das Jahr 2024 waren ein Konzernumsatz von 92.153 TEUR, ein daraus resultierender Jahresfehlbetrag von 15.468 TEUR und Passagierzahlen in Höhe von 4,2 Mio. geplant.

Die tatsächliche Anzahl an Passagieren lag mit 4,0 Mio. knapp unter dem Plan. Der Konzernumsatz erreichte 2024 eine Höhe von 99.512 TEUR (+7.359 TEUR ggü. Plan). Der Jahresfehlbetrag verringerte sich um 9.905 TEUR auf 5.563 TEUR im Vergleich zur Planung. Der im Vergleich zur Planung gestiegene Umsatz resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Luftverkehrserlösen sowie höheren Umsätzen im Non Aviation Bereich (Erlöse aus Parkumsätzen sowie Vermietung). Zudem wurde für das Jahr 2024 der Betrieb des Mietwagenservicecenters durch die FNSG aufgrund des Ausfalls des bisherigen Betreibers ungeplant übernommen. Zur positiven Planabweichung trugen auch Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von 2,1 Mio. EUR bei. Zusätzlich konnten durch die Anlage von Festgeld am Kapitalmarkt höhere Zinserträge erzielt werden als angenommen (+0,6 Mio. EUR ggü. Plan). Dies führte zu hohen ungeplanten Erträgen und damit zu einer Ergebnisverbesserung.

Auf der Aufwandsseite führten geringere Ausgaben für den Anlagenunterhalt (+1,7 Mio. EUR), für Beratungskosten und Marketingmaßnahmen zu großen Einsparungen. Demgegenüber stehen höhere Aufwendungen für Leiharbeit (-1,7 Mio. EUR) und gestiegene Kosten für Versicherungen sowie der Betriebssicherheit. Letztlich konnte ein wesentlich besseres Jahresergebnis als geplant erzielt werden.

Das Jahr 2024 zeichnete sich am Flughafen Nürnberg – wie auch im Vorjahr – durch eine ganzjährig stabile, wenn auch saisonal schwankende, Nachfrage nach Flugreisen aus. Bei über 4 Millionen Fluggästen lag die durchschnittliche Auslastung der Flugzeuge im Schnitt aller planmäßigen Linien- und Touristik-Verbindungen bei 83,4%. Damit übertrifft die Auslastung die Werte des vergangenen Jahres nochmals um 1,8 Prozentpunkte und erreicht somit erneut einen historischen Höchststand.

Betrachtet man die Veränderungsraten der Passagiere nach Monaten, so fällt auf, dass insbesondere im ersten Quartal sowie in den letzten beiden Monaten ein erhebliches Passagierwachstum gegenüber dem Vorjahr erzielt werden konnte.

Mit Beginn des Sommerflugplans wurde etwa wieder dieselbe Passagiermenge wie im Vorjahr erzielt. Der starke Anstieg der Passagierzahlen im Mai erklärt sich durch die Verschiebung der Pfingstferien in diesen Monat gegenüber dem Vorjahr.

Wie auch in den beiden Vorjahren wurde in der Sommerflugplanperiode 2024 das Niveau aus dem Jahr 2019 erreicht und teilweise sogar deutlich überschritten. Durch ausreichende Personal-Ressourcen und verstärkten Leiharbeitereinsatz im operativen Betrieb kam es zu keinen Betriebsbeeinträchtigungen. Im ersten Quartal sowie in den Monaten November und Dezember wurden rund 88% des Volumens im Vergleich zum Pre-Covid Jahr 2019 erreicht. Insgesamt lag die durchschnittliche Recovery Rate am Standort Nürnberg damit im Jahr 2024 bei 98%, während der bundesweite Durchschnitt noch bei 85% gegenüber 2019 lag.

Im Jahr 2024 wurden in allen Flugverkehrsarten rund 4,028 Millionen Passagiere am Albrecht Dürer Airport gezählt. Damit wuchs die Passagiermenge im Vergleich zu 2023 um 2,5% und lag nur noch 2,0% unter dem Jahresergebnis von 2019.

Im Jahr 2024 verzeichnete der Flughafen Nürnberg einen Rückgang im Linienverkehr, der sich insbesondere im Full-Service-Carrier Segment bemerkbar machte. Hier sank das Verkehrsaufkommen um 10,9% im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Rückgang ist maßgeblich auf den Wegfall drei wichtiger Verbindungen zurückzuführen. Die beiden Strecken nach Zürich (Swiss) und Wien (Austrian Airlines) wurden zum Ende des Sommerflugplans 2023, bzw. London-Heathrow (British Airways) im Februar 2024 eingestellt. Während Turkish Airlines weitgehend konstant blieb, konnten Wachstumsimpulse bei Lufthansa (+16,3%) sowie insbesondere bei KLM (+31,3%) erzielt werden. Die Busverbindung zum Flughafen München bestand auch 2024. Durch nur noch zwei tägliche Verbindungen an das Drehkreuz Paris (CDG) verliert Air France 22,5% Passagiere gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt verzeichnete der Flughafen Nürnberg in diesem Segment 777.746 Passagiere bei einer durchschnittlichen Flugauslastung von 73,5%. Jedoch zeigt sich in diesem Segment eine Zunahme der Gesamtauslastung um 5,6 Prozentpunkte gegenüber 2023.

Auch im Low-Cost-Segment musste der Flughafen ein Minus von 4,4% verzeichnen. Hier zeigte sich vor allem bei Ryanair ein erheblicher Rückgang des Verkehrsaufkommens um rund 140.000 Passagiere, was rund 11,0%

entspricht. Dieser Rückgang ist Teil eines deutschlandweiten Trends, da sich aufgrund hoher Standortkosten an deutschen Flughäfen Low-Cost-Carrier schwierigeren Rahmenbedingungen gegenübersehen. Trotz des Rückgangs bleibt Ryanair weiterhin die größte Airline am Flughafen Nürnberg und bietet einen Mix aus europäischen Städteverbindungen, touristischen Zielen im Mittelmeerraum sowie Flügen für das VFR-Segment (Visiting friends and relatives) nach (Süd-)Osteuropa an.

Im Berichtsjahr konnten auf Konzernebene Umsatzerlöse in Höhe von 99.512 TEUR (i. Vj. 100.335 TEUR) erzielt werden. Dies entspricht einem Rückgang von 0,8%. Durch die Ausgliederung des Duty-Free Shops in das Gemeinschaftsunternehmen Smartseller Flughafen Nürnberg GmbH & Co. KG sanken die Ladenumsätze der FNSG im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 Mio. EUR. Weiter sanken die Umsätze der FNEG (-0,2 Mio. EUR). Dies konnte nur zum Teil von steigenden Parkumsätzen in Höhe von 3,3 Mio. EUR, gestiegenen Non-Aviation Umsätzen von 0,4 Mio. EUR und gestiegenen Luftverkehrserlösen um 1,1 Mio. EUR, welche durch den moderaten Passagieranstieg bei gleichzeitiger Erhöhung der Entgelte um 2,4% verursacht wurden, kompensiert werden. Der vollständige Rückgang der Umsatzerlöse aus dem Frachtgeschäft der APG, aufgrund der Ausgliederung in die Joint Venture Gesellschaft (-1,1 Mio. EUR), konnte durch die unplanmäßige Übernahme des Betriebs des Mietwagenservicecenters in 2024 kompensiert werden (1,2 Mio. EUR).

Der Konzern schloss das Jahr 2024 mit einem negativen Ergebnis nach Steuern in Höhe von -5.563 TEUR ab. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Ergebnisverschlechterung um 2.672 TEUR. Das Operative Ergebnis verschlechtert sich, da steigende Kosten im Personalbereich sowie steigende Betriebskosten nicht direkt an die Kunden weitergegeben werden konnten.

Das EBITDA betrug im Jahr 2024 7.496 TEUR und liegt damit 3.992 TEUR unter dem Vorjahresniveau.

Das geplante Jahresergebnis 2024 konnte von -15.468 TEUR um +9.905 TEUR auf -5.563 TEUR verbessert werden. Diese positive Entwicklung erklärt sich aus einer Kombination von vielen operativen Ergebnisverbesserungen sowie den beschriebenen Einmaleffekten.

Für das Jahr 2025 ist aufgrund des weiterhin positiven Ausblicks und den bereits buchbaren Flugprogrammen über die verschiedenen Airlines hinweg mit steigenden Passagierzahlen zu rechnen. So werden 4,3 Mio. Passagiere erwartet. Damit wird ein Umsatz von 104.362 TEUR prognostiziert. Dennoch wurde im Vergleich zum Geschäftsjahr 2024 ein steigender Jahresfehlbetrag in 2025 um 5.496 TEUR auf 11.059 TEUR geplant. Ausschlaggebend hierfür sind die durch tarifbedingte Erhöhungen gestiegenen Personalkosten inkl. der Leihar-

beitskosten und die Zunahme der sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die durch den zusätzlichen Umsatz nicht aufgefangen werden können. Zum Stand Juni 2025 wird erwartet, dass sich das Jahresergebnis gegenüber dem Plan nahezu auf das Ergebnis 2024 verbessern wird.

Der Wirtschaftsplan für 2025 geht von einer Gesamtmenge in Höhe von 4,3 Millionen Passagieren aus. Dies würde etwa 4,9% mehr Passagieren als im Jahr 2019 vor der COVID Pandemie entsprechen. Somit würde sich erstmals eine Recovery über dem vorpandemischen Niveau ergeben.

wbg Nürnberg GmbH



Im Geschäftsjahr 2024 erzielte die wbg mit 17,4 Mio. EUR ein im Vergleich zum Vorjahr um rd. 8,7 Mio. EUR höheres Jahresergebnis. Die Umsatzerlöse aus der Bewirtschaftungstätigkeit sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 Mio. EUR gestiegen, dies lässt sich vorrangig auf höhere Sollmieten und Umsatzerlöse aus abgerechneten Betriebskosten zurückführen.

Die Umsatzerlöse aus Verkauf von Grundstücken liegen hingegen 4,8 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert, da in 2024 keine Übergabe des Bauträgers stattfand. Die Umsatzerlöse aus der Betreuungstätigkeit lagen 4,5 Mio. EUR über dem Vorjahreswert, was auf die Baufertigstellungen in der WBGJ und der daraus folgenden Abrechnung von Baubetreuungsleistungen zurückzuführen ist. Weiterhin positiv wirken sich die sonstigen betrieblichen Erträge (+3,1 Mio. EUR) aus, darunter insbesondere die Auflösung von Rückstellungen (+0,9 Mio. EUR) und erhaltene Investitionszuschüsse (+1,4 Mio. EUR). Der Aufwand für Baumaßnahmen lag mit 2,4 Mio. EUR deutlich unter dem Vorjahreswert, was auf die verstärkte Aktivierung von Maßnahmen zurückzuführen ist. Dem gegenüber stehen höhere Aufwendungen für die laufende und geplante Instandhaltung sowie die Mieterwechsel (+5,7 Mio. EUR).

Das Planergebnis wurde in 2024 um rd. 13,4 Mio. EUR übertroffen. Zum einen wurden aufgrund der in den letzten Jahren schwierigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und steigenden Anforderungen z.B. im Kontext Klimazielpfad Baumaßnahmen als bilanzpolitische Steuerungsmaßnahme verstärkt aktiviert (Abweichung rd. 5,5 Mio. EUR). Zum anderen waren einige Planansätze wie z.B. die prognostizierte Zinsentwicklung aufgrund der bestehenden Unsicherheiten konservativ gewählt. Im Detail ist die Abweichung unter anderem auf folgende Positionen zurückzuführen: höhere Umsatzerlöse aus der Betreuungstätigkeit (+2,4 Mio. EUR), geringere Aufwendungen für Baumaßnahmen (+5,5 Mio. EUR) durch die Aktivierung von Projekten sowie niedrigere Aufwendungen für die laufende und geplante Instandhaltung und dem Mieterwechsel (+1,5 Mio. EUR). Ebenfalls positiv wirken sich die Auflösung von

Rückstellungen (+1,7 Mio. EUR) und ein niedrigerer Personalaufwand (1,5 Mio. EUR) auf das Jahresergebnis aus. Gestiegenen Erträgen aus Beteiligung und Zinserträgen (+3,0 Mio. EUR) steht eine erhöhte Verlustübernahme der WBG Jobst (-1,2 Mio. EUR) gegenüber.

Die wbg weist eine positive wirtschaftliche Entwicklung und eine gute Ertragslage auf.

Die durchschnittliche Miete für Wohnen (Jahresdurchschnitt) ist in 2024 von 7,23 EUR/m² auf 7,40 EUR/m² angestiegen. Damit liegen die Mieten weiterhin deutlich unter dem Durchschnittswert des Nürnberger Mietspiegels (9,65 EUR/m²).

Die geplanten Instandhaltungskosten (30,02 EUR/m²) wurde mit 31,4 EUR/m² knapp überschritten. Weiterhin lag das angestrebte Investitionsziel mit 50,4 EUR/m² leicht unter dem Plan von 52,2 EUR/m².

Die Abweichung in der Instandhaltung wird wesentlich durch den Mehrbedarf von 800 TEUR gegenüber der Planung für die baulich kurzfristig erforderliche Dachsanierung Jenaer Straße geprägt.

Unter anderem konnten im Investitionsprojekt Eisenacher Str. 16-24 im Jahr 2024 durch gute Vergabeergebnisse ca. 1.300 TEUR gegenüber der Planung eingespart werden. Der ursprünglich für 2024 geplante Ankauf von Bestandsimmobilien in Höhe von 6,4 Mio. EUR wurde nicht realisiert.

Die wbg verwaltet insgesamt 16.565 eigene Mietwohnungen und 269 Gewerbeeinheiten. Von den Wohneinheiten sind 5.067 Wohnungen öffentlich gefördert, 911 Wohnungen hiervon sind einkommensorientiert gefördert (EOF). Im Rahmen der Bewirtschaftung fremder Immobilien verwaltet die wbg zum Bilanzstichtag 1.030 fremde Mietwohnungen und 191 Gewerbeeinheiten für verschiedene Unternehmen und Einrichtungen.

Im Jahr 2024 erhielten 1.117 Haushalte ein neues Zuhause (Vj.: 1.119). Die Mieterfluktuationsrate lag bei 6,8 % (Vorjahr: 6,5 %).

Die vergabebedingte Leerstandsquote (Leerstand > 3 Monate) lag zum 31.12.2024 bei 0,6 % (Vj: 0,3 %).

Im Kontext der zukunftsorientierten Ausrichtung des Wohnungsbestandes und der Umsetzung des Klimazielpfades wurden die Modernisierungsmaßnahmen des Bestandes weiter fortgeführt. Im Geschäftsjahr konnten 107 Wohneinheiten umfassend modernisiert werden. Im Zuge dessen konnten durch entsprechende Aufstockungen 18 Wohneinheiten neu geschaffen werden. 103 Wohnungen wurden einer Basismodernisierung unterzogen. Des Weiteren wurden zwei Umbaumaßnahmen (60 WE) in der Parkwohnanlage und im Quartier Langwasser fertiggestellt.

Zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums wurden im Geschäftsjahr 2024 die Bauarbeiten im Neubauprojekt Erhardstraße weitestgehend fertiggestellt. Ferner wurden zwei Typenhäuser im Quartier Langwasser fertiggestellt. Zum Jahreswechsel befanden sich 34 weitere Neubau-einheiten in Bau.

Für 2025 ist ein Jahresergebnis von voraussichtlich 11,6 Mio. EUR geplant.

Basierend auf der geplanten Bestandsentwicklung und -bewirtschaftung wird gegenüber 2024 eine Steigerung der Umsatzerlöse aus der Bewirtschaftungstätigkeit von 3,5 % erwartet (127,3 Mio. EUR; Vj.: 123,1 Mio. EUR).

Im Jahr 2025 werden die Modernisierungs- und Umbau-maßnahmen in den Quartieren Langwasser-Süd (50 WE) und in der Parkwohnanlage (48 WE) fortgeführt. Bei den Neubauvorhaben Grünwaldstraße 16 (34 WE), Pflegeheim AWO (1 GE) und 4 Tiny Houses ist jeweils die Fertigstellung vorgesehen.

Im Jahr 2025 sind im Bereich Bauträger 24 übergaben von Einheiten geplant.

Im Vergleich zum aktuellen Geschäftsjahr wird für 2025 ein um 5,8 Mio. EUR niedrigeres Jahresergebnis erwartet. Zwar steigen die Umsatzerlöse aus der Bewirtschaftungs- und Verkaufstätigkeit (in Summe 10,6 Mio. EUR), dem stehen jedoch gestiegene Instandhaltungsaufwendungen und höhere Baukosten als im Vorjahr gegenüber. Somit steigt das Rohergebnis nur um 1,2 Mio. EUR. Weiter kompensierend wirken sich höhere Personalaufwendungen (+3,9 Mio. EUR), niedrigere Finanzerträge, daraus insbesondere niedrigere Erträge aus Beteiligungen (-1,0 Mio. EUR) und höhere Zinsaufwendungen (+2,2 Mio. EUR) aus.

NürnbergMesse GmbH



In 2024, dem Jahr ihres 50sten Jubiläums, verzeichnete die NürnbergMesse den höchsten Umsatz ihrer Unternehmensgeschichte und schloss mit einem Jahresergebnis von 26.0 Mio. EUR.

In diesem Jubiläumsjahr fanden im Portfolio der NürnbergMesse weltweit 154 Veranstaltungen statt (2023: 177; 2022: 155), an denen sich 33.196 Aussteller beteiligten (2023: 28.135; 2022: 23.457), eine Gesamtnettofläche von 1.189.191 m² belegt wurde (2023: 904.466 m²; 2022: 841.612 m²) und die sich vor 1.578.135 Besuchern präsentierten (2023: 1.289.113; 2022: 989.338).

Der Umsatz der NürnbergMesse GmbH betrug 2024 285,7 Mio. EUR (2023: 194,2 Mio. EUR; 2022: 205,3 Mio. EUR) und lag damit wie auch der Konzernumsatz über Plan. Nach Veranstaltungsaufwendungen, Personalaufwendungen, Abschreibungen, sonstigen betrieblichen Aufwendungen, Bestandsveränderungen zuzüglich der sonstigen betrieblichen Erträge, des Beteiligungsergebnisses sowie Erträgen aus Gewinnabführungen erzielte die Gesellschaft ein operatives Ergebnis von 25,7 Mio. EUR (2023: -7,5 Mio. EUR; 2022: 1,3 Mio. EUR). Höhere turnusbedingte Ergebnisabführungen und zusätzliche Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen wirkten sich positiv aus. Die im Finanzergebnis ausgewiesenen Zuschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von 5,0 Mio. EUR erfolgten aufgrund der verbesserten Prognosen für die Folgejahre als Wertaufholung der in Vorjahren aufgrund vorübergehender coronabedingter Wertminderung außerplanmäßig abgeschriebenene Beteiligungsbuchwerte.

Das Ergebnis vor Steuern beläuft sich im Jahr 2024 auf 30,6 Mio. EUR (2023: -2,0 Mio. EUR; 2022: 4,8 Mio. EUR). Das EBITDA betrug 47,9 Mio. EUR (2023: 13,0 Mio. EUR; 2022: 23,3 Mio. EUR).

Der Umsatz der NürnbergMesse Group konnte gegenüber dem Vorjahr auf 367,8 Mio. EUR gesteigert werden (2023: 265, 1 Mio. EUR; 2022: 257, 1 Mio. EUR).

Die Eigen- und Partnerveranstaltungen im Inland erreichten einen Umsatz von 146,0 Mio. EUR (2023: 80,6

Mio. EUR; 2022: 106,4 Mio. EUR), die Gastveranstaltungen 56,9 Mio. EUR (2023: 55,0 Mio. EUR; 2022: 33,8 Mio. EUR) und das NürnbergConvention Center 6,2 Mio. EUR (2023: 14,3 Mio. EUR; 2022: 10,5 Mio. EUR). Der Umsatz des MesseService (einschließlich der Holtmann GmbH & Co. KG und der LEHRIEDER GmbH & Co. KG) lag bei 91,0 Mio. EUR (2023: 61,4 Mio. EUR; 2022: 63,2 Mio. EUR) und der Umsatz im Bereich International bei 67,7 Mio. EUR (2023: 53,7 Mio. EUR; 2022: 43,2 Mio. EUR). Der für das Jahr 2024 geplante Konzernumsatz von 340,0 Mio. EUR konnte damit deutlich übertroffen werden.

Nach Veranstaltungs- und Personalaufwendungen, Abschreibungen, sonstigen betrieblichen Aufwendungen, Bestandsveränderungen und zuzüglich der sonstigen betrieblichen Erträge sowie des Ergebnisses aus assoziierten Unternehmen und des Beteiligungsergebnisses erzielte die NürnbergMesse Group ein operatives Ergebnis von 28,6 Mio. EUR (2023: 3,2 Mio. EUR; 2022: 6,3 Mio. EUR). In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen enthalten. Der Anstieg des Personalaufwands resultiert insbesondere aus den gestiegenen Mitarbeiterzahlen und erhöhten Personalarückstellungen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich deutlich, insbesondere durch gestiegene Aufwendungen für Instandhaltung und Großreparaturen sowie Rechts- und Beratungskosten im Zusammenhang mit einer Unternehmenstransaktion und für Fremdleistungen, erhöht.

Das Ergebnis vor Steuern beläuft sich auf 29,6 Mio. EUR (2023: 3,6 Mio. EUR; 2022: 5,6 Mio. EUR). Das EBITDA betrug 56,8 Mio. EUR (2023: 28,4 Mio. EUR; 2022: 32,3 Mio. EUR).

Die Bilanzsumme der NürnbergMesse Group hat sich gegenüber dem Vorjahr um 83,9 Mio. EUR erhöht (NürnbergMesse GmbH: 80,6 Mio. EUR).

Bei der NürnbergMesse Group hat sich auf der Aktivseite das Anlagevermögen um 72,6 Mio. EUR erhöht (NürnbergMesse GmbH: 82,3 Mio. EUR). In das Anlagevermögen der Group wurden 100, 1 Mio. EUR und der GmbH wurden 100,3 Mio. EUR investiert. Neben Investitionen in das Sachanlagevermögen ist dies vor allem durch den Erwerb der WEKA Fachmedien GmbH (Umfirmierung in Componeers GmbH im März 2025) durch die EW GmbH & Co. KG geprägt. Wenngleich der Erwerb mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2025 erfolgt, wurde der Kaufpreis bereits Ende des Geschäftsjahres entrichtet. Insoweit liegen für den Beteiligungserwerb zum Bilanzstichtag entsprechend hohe Anzahlungen vor.

Das Umlaufvermögen hat sich um 11,3 Mio. EUR erhöht (NürnbergMesse GmbH: 3,0 Mio. EUR). Dies ist bei der Group im Wesentlichen auf den Anstieg der flüssigen

Mittel und bei der GmbH auf höhere Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen zurückzuführen.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um 43,9 Mio. EUR erhöht (NürnbergMesse GmbH: 46,0 Mio. EUR). Ursächlich hierfür ist neben dem erzielten Jahresüberschuss im Wesentlichen die Einzahlung einer weiteren Tranche der durch die Hauptgesellschafter beschlossenen Eigenkapitalerhöhung in Höhe von 20,0 Mio. EUR. Das gesamte Eigenkapital beträgt 289,3 Mio. EUR (NürnbergMesse GmbH: 305,8 Mio. EUR).

Die Rückstellungen erhöhen sich um 8,7 Mio. EUR (NürnbergMesse GmbH: 6,9 Mio. EUR). Im Wesentlichen ist dies auf höhere Personalrückstellungen, Rückstellungen für ausstehende Rechnungen, Rückstellungen für Instandhaltung und Steuerrückstellungen zurückzuführen.

Die gesamten Verbindlichkeiten haben sich um 30,8 Mio. EUR erhöht (NürnbergMesse GmbH: 27,6 Mio. EUR). Dies ist insbesondere auf die Erhöhung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 48,6 Mio. EUR (NürnbergMesse GmbH: 49,3 Mio. EUR) zurückzuführen, die im Wesentlichen mit der Neuaufnahme eines Darlehens im Zusammenhang mit der Finanzierung des Beteiligungserwerbs an der Componeers GmbH in Verbindung stehen. Gegenläufig wirkte der messeturnusbedingte Rückgang der erhaltenen Anzahlungen um 11,4 Mio. EUR (NürnbergMesse GmbH: 12,8 Mio. EUR).

Zum 31.12.2024 ist das Anlagevermögen der Nürnberg Messe Group zu 102,8 % (NürnbergMesse GmbH: 99,4 %) durch Eigenkapital und mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt. Im Vorjahr betrug dieser Wert 86,8 % (NürnbergMesse GmbH: 85,8 %).

Die NürnbergMesse hat bereits im Jahr 2021 auf Basis einer umfassenden Wesentlichkeitsanalyse ihre erste Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet. Im Berichtsjahr hat sie erneut eine Wesentlichkeitsanalyse unter Einbezug aller Tochtergesellschaften vorgenommen, um die für sie wichtigen Nachhaltigkeitsthemen als Grundlage für die Strategieformulierung zu bestimmen. Bei der Durchführung der Analyse erfolgte eine vollständige Orientierung an den Vorgaben der ESRS, um die Konformität mit der CSRD zu gewährleisten. Die Führungsrolle im Rahmen der Wesentlichkeitsanalyse für die gesamte NürnbergMesse Group übernahm die NürnbergMesse GmbH als größtes Unternehmen des Konzerns, bei dem die Verantwortung für die Prozesssteuerung lag.

Beeinträchtigende Unsicherheitsfaktoren bleiben 2025 vor allem der andauernde Krieg in der Ukraine, der Konflikt zwischen Israel und der Hamas sowie die protektionistische Politik der neuen US-Administration. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die deutsche Messebranche trotz ähnlich schwieriger Rahmenbedingungen 2024 ein

überaus erfolgreiches Messejahr erlebte, welches die NürnbergMesse mit einem Umsatzrekord abschloss.

Im Jahr 2025 will die NürnbergMesse an ihr erfolgreiches Jubiläumsjahr anschließen. Vor dem Hintergrund einer stabilen Nachfrage nach ihren Fachmessen und Kongressen blickt die NürnbergMesse optimistisch auf dieses veranstaltungsschwächere ungerade Jahr und erwartet für das Geschäftsjahr 2025 einen Konzernumsatz von ca. 350 Mio. EUR, wovon ca. 241 Mio. EUR auf die NürnbergMesse entfallen. Das Unternehmens- bzw. Konzernergebnis wird sich dabei voraussichtlich auf einen hohen einstelligen bzw. niedrigen zweistelligen negativen Millionenbetrag belaufen.



Das Geschäftsjahr 2024 zeigte sich im bekannten Verlauf. Neue Maßnahmen mit neuen Förderinstrumenten konnten geplant und gestartet werden. Der Noris-Arbeit gGmbH ist es gelungen, für beendete Vorhaben adäquate Nachfolgeprojekte zu akquirieren und neue Projektideen fördertechnisch umzusetzen. Auf der Grundlage des Geschäftsverlaufs ergab sich in 2024 ein Jahresüberschuss in Höhe von 377 T€ (im Vorjahr: -271 T€).

Im Geschäftsjahr 2024 wurden Umsatzerlöse von rund 11,5 Mio.€ erzielt. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um gut 400 T€. Die Zunahme der Umsatzerlöse ist insbesondere auf den Start der neuen ESF-Förderperiode zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (149 T€; im Vorjahr: 193 T€) beinhalten wie im Vorjahr auch Erträge aus der Herabsetzung von bestehenden Rückstellungen, Spenden und Versicherungsentschädigungen.

In den Sozialkaufhäusern sind in 2024 im Vergleich zum Vorjahr die Umsatzerlöse auf Grund veränderter Marktbedingungen gesunken. Von Seiten des Jobcenters als auch des Sozialamtes nahm die Anzahl ausgestellter Kostenübernahmeerklärungen im Geschäftsjahr 2024 ab. Die hohe Anzahl an Kostenübernahmen in den vergangenen Jahren kam auf Grund der Zuwanderung ukrainischer Bürger zu Stande. Im gleichen Verhältnis sind auch die Aufwendungen für den Wareneinsatz gesunken.

In der gesamten Position Materialaufwand sind auch Aufwendungen für freie Mitarbeiter enthalten. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Honorarkosten im Geschäftsjahr 2024 um 323 T€ auf 288 T€ gesunken. Wesentlicher Grund hierfür ist das sogenannte Herrenberg-Urteil, das die bisherige Praxis der Honorargestaltung in bestimmten Leistungsbereichen als nicht mehr rechtmäßig bewertet. In der Folge mussten zahlreiche Verträge neu bewertet und angepasst werden. Leistungsvergaben im Zuge der Rechtsanpassung wurden daraufhin intern neu organisiert und zusätzliche Einsparungen im Bereich des Materialaufwandes hierdurch erzielt.

In 2024 gab es im Bereich der Lohnkosten keine nennenswerte Veränderung. Die gesamten Personalaufwendungen beliefen sich in 2024 auf insgesamt 7.333 T€ (im Vorjahr: 7.430 T€). Auch hier zeigen sich die Folgen des Herrenberg-Urteils; bisherige Tätigkeiten, die durch Honorarkräfte erbracht wurden, wurden in 2024 auf sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse (wie Werkstudentenverträge) umgestellt. Die Personalkosten spiegeln somit in erster Linie die Umsetzung der rechtlichen Vorgaben und die Absicherung einer rechtssicheren Beschäftigungspraxis wider.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um rund 253 T€ (2024: 2.401 T€; im Vorjahr: 2.148 T€). Die Steigerung ergibt sich u. a. durch erhöhte Raumkosten, Kosten für Energieaudit und weitere Unternehmenszertifizierungen, Test-Lizenzen im Bereich der Berufsorientierung sowie durch Investitionen in Infrastruktur und Raumausstattung.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sind im aktuellen Geschäftsjahr in Höhe von 31 T€ (im Vorjahr: 53 T€) angefallen. Sonstige Steuern sind in Form von Kfz-Steuern angefallen.

Insgesamt schließt das Geschäftsjahr 2024 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 377 T€ ab und zeigt damit einen positiven Trend auf. Im Jahresabschluss 2024 konnte die bilanzielle Überschuldung, die zum Stichtag 31. Dezember 2023 noch bestand, vollständig abgebaut werden.

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 wurden insgesamt 146 Personen (im Vorjahr: 146 Personen) bei der Noris-Arbeit gGmbH durch Arbeits- oder Ausbildungsvertrag beschäftigt. Die Belegschaftsstärke ist somit unverändert.

Um die Geschäftstätigkeit im bisherigen Umfang zukünftig sichern zu können, benötigt die Noris-Arbeit gGmbH neben den Umsatzerlösen in den Sozialkaufhäusern Zuschüsse durch Fördermittelgeber sowie durch die Gesellschafterin. Das geplante Auftragsvolumen ist nach heutigen Erkenntnissen gesichert.

In dem vom Aufsichtsrat und Gesellschafter genehmigten Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 wird von Umsatzerlösen in Höhe von 12,3 Mio.€ und einem leicht positiven Jahresergebnis ausgegangen. Die im Wirtschaftsplan getroffene Prognose stand unter der Prämisse, dass Projektvorhaben im beantragten Umfang genehmigt werden und die Auslastung von Maßnahmen im geplanten Umfang realisiert werden kann.

Die betriebswirtschaftliche Auswertung unterstützt den für das Geschäftsjahr 2025 zugrunde gelegten Planungsansatz. Auf Basis des derzeitigen Kenntnisstandes und anhand einer aktuellen Planungsrechnung wird davon ausgegangen, dass das Geschäftsjahr 2025 insgesamt planmäßig verlaufen wird.

Die NOA.kommunal Gesellschaft mit beschränkter Haftung wurde am 15. Dezember 2014 von der Stadt Nürnberg gegründet. Sie ist alleinige Gesellschafterin. Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben, für die keine spezifischen Fachkenntnisse erforderlich sind. Die Aufgabenzuständigkeit verbleibt bei der Stadt, deren Dienststellen und Eigenbetrieben. Diese können einzelne oder geschlossene Aufgaben vertraglich der NOA.kommunal übertragen, wenn sie hierfür keine eigenen Ressourcen vorhalten bzw. nutzen können. Dies umfasst z. B. Reinigungsdienst im Innen- und Außenbereich, Helfertätigkeiten, insbesondere im Grünbereich, Arbeiten bei Transport, Räumung und Umzug und vieles mehr.

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss in Höhe von 150.984 €.

Das Jahresergebnis liegt gegenüber dem Vorjahresergebnis (229.270 €) um rund 78 T€ niedriger als im Vorjahr. Einfluss auf die Höhe des Jahresergebnisses hat die Tatsache, dass die Förderung der Personalkosten von Mitarbeitern im Teilhabechancengesetz degressiv verläuft. Im Geschäftsjahr 2024 waren verhältnismäßig viele Personen bereits in den letzten beiden Jahren der Förderdauer. Eine Förderung ist maximal für fünf Jahre möglich. Das Teilhabechancengesetz wurde zum 1. Januar 2019 eingeführt. Eine handelsrechtliche Berücksichtigung dieses Umstandes ist nicht möglich.

Insgesamt liegen die Umsatzerlöse mit 5,45 Mio.€ in 2024 um 252 T€ höher als im Vorjahr (5,2 Mio.€). In den Umsatzerlösen sind 2,35 Mio.€ (Vorjahr: 2,53 Mio.€) Personalkostenzuschüsse enthalten.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe betreffen im Wesentlichen den Einkauf von benötigtem Verbrauchsmaterial, insbesondere für die Maler-, Reinigungs- und Grünsparte. Hinzu kommen Fremdleistungen in der Sparte „Betreuung des Personenschiffahrtshafens“, die die elektrische Betriebssicherheit im Hafengelände gewährleisten.

Die Personalaufwendungen betrugen im Jahr 2024 rund 4,2 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr hat sich eine Erhöhung um rund 283 T€ ergeben. Im Geschäftsjahr 2024 erreichte die NOA.kommunal eine Personalförderquote von rund 66 %.

Die Möglichkeiten des Teilhabechancengesetzes (THCG) führen nach wie vor zu einem starken Interesse der Stadt Nürnberg an längerfristig angelegten Rahmen-

verträgen und zu einer Steigerung des Auftragsvolumens. Die Auftragslage ist als positiv einzustufen. Entsprechend der vom Aufsichtsrat beschlossenen Wirtschaftsplanung für 2025 ist im operativen Geschäft von einem Umsatz in Höhe von rund 5,8 Mio. € und unter Zugrundelegung eines konservativen Planungsansatzes von einem Gewinn in Höhe von 154 T€ auszugehen.

noris inklusion gemeinnützige GmbH



Der Arbeitsbereich der noris inklusion stand auch im Jahr 2024 unter dem externen Einfluss der weltwirtschaftlichen Unwägbarkeiten durch die geopolitischen Krisen und den daraus resultierenden Unsicherheiten bei Auftraggebern im Bereich der Industriefertigung. Im Geschäftsjahr 2024 wurde ein negatives Jahresergebnis in Höhe von T€- 865 ausgewiesen.

Im Jahr 2024 konnte die noris inklusion gGmbH insgesamt die Position der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.530 verbessern. T€ 645 der Erhöhung entfielen dabei auf Arbeitserlöse und Einnahmen, T€ 1.885 auf Erstattungen durch Kostenträger.

Die Summe der Arbeitserlöse im Arbeitsbereich der noris inklusion gGmbH konnten dabei im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr, trotz der anhaltenden wirtschaftlichen Unwägbarkeiten bei einigen Kunden erhöht werden, indem Preisanpassungen bei laufenden Aufträgen umgesetzt wurden.

Positive Auswirkungen auf die Summe der Arbeitserlöse hatte im Jahr 2024 vor allem die Erhöhung der Produktionserlöse im Werk Süd und die Absatzmehrmung im Einzelhandel der Natur-Erlebnis-Gärtnerei, dem Marktplatz Marienberg (T€ 99 mehr gegenüber dem Jahr 2023).

Verbessert zeigte sich zudem der Bereich der ausgelagerten Arbeitsplätze: T€ 55 mehr an Umsatzerlöse durch die Platzierung von Mitarbeitenden mit Behinderung auf Arbeitsplätze bei externen Unternehmen trug dieser Bereich zu den Umsätzen im Arbeitsbereich bei.

Ein weiterer Beitrag zur Erhöhung der Umsatzerlöse bei noris inklusion gGmbH im Jahr 2024 gegenüber dem Jahr 2023 resultiert im Bereich der beiden Kitas aus der notwendigen Anhebung der Elternbeiträge sowie der Beiträge für Verpflegung und Arbeitsmaterialien. Dadurch erhöhten sich die Umsatzerlöse aus Arbeitserlösen und Einnahmen. Bei den Umsatzerlösen wirkt zudem eine Veränderung der Buchungslogik: Ein Teil der bisher unter Erstattungen von Kostenträgern enthaltene Elternbeiträge, werden nun unter Arbeitserlösen und

Einnahmen verbucht (in Summe ergibt dies T€ 171 mehr unter der Position Arbeitserlöse und Einnahmen als im Vorjahr).

Im Bereich Wohnen trug das hinzugekommene Wohnheim Braillestraße mit seinen 24 Wohneinheiten zu der Gesamterhöhung der Umsatzerlöse bei noris inklusion gGmbH bei.

Bei den Erlösen aus Erstattungen von Kostenträgern ist eine Erhöhung, um T€ 1.885 zu verzeichnen. Diese Erhöhung der Erstattungen ist ca. zur Hälfte auf Anpassungen der Refinanzierung durch die Kostenträger gegenüber 2023 und zur anderen Hälfte auf die neu hinzugekommenen Erstattungen für das Wohnheim Braillestraße zurückzuführen.

Das Geschäftsfeld Wohnen besteht seit September 2023 aus vier Wohnheimen mit 124 Plätzen. Das hinzugekommene Wohnheim Braillestraße mit 24 Plätzen konnte aufgrund mangelnder personeller Ausstattung erst Ende des Jahres 2024 die vollen 24 Plätze belegen. Mit 122 Plätzen (Vorjahr 124) zum 31.12.2024 ist das Ambulant Betreuten Wohnen (ABW) ein stabiles Geschäftsfeld.

Der Bereich Freizeit mit dem Schwerpunkt der Einrichtungen der Tagesbetreuungen für Erwachsene nach dem Erwerbsleben (TENE) ist kontinuierlich ausgelastet (44 Menschen mit Behinderung zum Bilanzstichtag 2024 bestätigen den Wert aus dem Vorjahr).

Gegenüber der beschriebenen deutlichen Steigerung der Umsatzerlöse aus den Geschäftsfeldern der noris inklusion gGmbH steht eine niedriger ausfallende Erhöhung des Aufwands, wodurch sich der Jahresfehlbetrag 2024 deutlich besser als im Jahr 2023 darstellt.

Die Schwerpunkte der Aufwandserhöhung liegen im Personalaufwand (T€ 1.599, v.a. aufgrund der Tarifsteigerungen im TVöD sowie des hinzugekommenen WH Braillestraße) und in den Abschreibungen (T€ 328, durch die Fertigstellung des Baues WH Braillestraße und die damit begonnene Abschreibung).

Die Ergebnisse der Beteiligungen der noris inklusion (BUNI, noris gastro und noris inklusion kommunal), sind ein weiterer Einflussfaktor auf das Jahresergebnis der noris inklusion und werden deshalb im Folgenden erläutert.

Der Kultur- und Freizeittreff BUNI, der mit dem Ziel betrieben wird, behinderten und nicht behinderten Menschen kulturelle, soziale und sportliche Freizeitangebote zu offerieren, stellt sich auch im Jahr 2024 als gleichbleibender Aufwand für gesellschaftliche Teilhabe im Sozialraum dar, den sich noris inklusion und die Lebenshilfe Nürnberg je hälftig teilen.

In der Tochterfirma noris gastro gGmbH war das Geschäftsjahr 2024 das umsatzstärkste Jahr der Unterneh-

mensgeschichte. Der deutliche Anstieg der Umsatzerlöse bei geringerem Anstieg der Aufwendungen führte zu einem nahezu ausgeglichenem Betriebsergebnis bei der Gastronomie-Tochter der noris inklusion. Preiserhöhungen für Speisen und Getränke wurden umgesetzt, um insbesondere die erste von drei Stufen an gestiegenen Personalaufwänden (Tariferhöhung im Jahr 2024 gem. Tarifvertrag der NGG) kompensieren zu können. Im Jahr 2025 folgen zwei weitere Tariferhöhungen für das Personal in der Gastronomie.

Die Tochterfirma noris inklusion kommunal gGmbH hatte im Geschäftsfeld Grünpflege für die Stadt Nürnberg weiterhin eine stabile Auftragslage, die nur durch leichte Schwankungen aufgrund zeitweise anfallender Zusatzarbeiten beeinflusst wird.

Die Umsätze im Geschäftsfeld Bürodienstleistung (Schwerpunkte Druck und Scanning) konnten stabil gehalten werden. Insgesamt konnte im Geschäftsjahr 2024 ein gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändertes Betriebsergebnis erzielt werden. Im Gesamten zeigt sich, dass die Ausgründung der kommunalen Tochterfirma als Modell zur rechtssicheren Vergabe trägt. Die Auftragslage stellt sich in beiden Geschäftsfeldern stabil dar, wodurch 60 Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung gesichert werden.

Das Betriebsergebnis der noris inklusion gGmbH beträgt im Jahr 2024 T€ -85 (Vorjahr T€ -747). Dieses Betriebsergebnis ergänzt um das Finanzergebnis (T€ -650; Vorjahr T€ -505), die übernahmen der Verluste der Beteiligungen T€ -109 (T€ -81 Buni, T€ -19 ni-kommunal gGmbH und T€ -8 noris gastro gGmbH; Vorjahr T€ -155) und der Steuern (T€ -21 Vorjahr T€ -29) ergibt einen Jahresfehlbetrag von T€ -865 (Vorjahr T€ -1.437).

Die noris inklusion gGmbH erwirtschaftet aktuell 72% der Gesamterlöse über die Entgelte der Sozialleistungsträger. Damit wird deutlich, dass das Sozialunternehmen für die angebotenen Leistungen auch kostendeckende Entgelte Erlösen muss. Der Werkstattbereich erwirtschaftet aktuell 64% der Gesamterlöse über Entgelte durch die Sozialleistungsträger.

Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 geht die noris inklusion gGmbH (inkl. BUNI, noris gastro und noris inklusion kommunal) von einem Jahresergebnis in Höhe von T€ -1.275 aus.

Das Gesamtergebnis entwickelte sich im ersten Quartal 2025 entsprechend dem Plan - es bestand lediglich eine marginale Abweichung vom Plan in Höhe von T€ -13,2 (-2,6 %).

In Abwägung aller Gesichtspunkte und unter Berücksichtigung der seit Bestehen der gGmbH gelebten Praxis einer jährlichen Verlustübernahme durch die Alleingesellschafterin „Stadt Nürnberg“, geht die Geschäftsführung der noris inklusion gGmbH davon aus, das Geschäftsjahr 2025 positiv bewältigen zu können.

Projektentwicklungsgesellschaft der Stadt Nürnberg mbH

Der Zweck des Unternehmens ist die Förderung der Stadtentwicklung auf dem gesamten Gebiet der Stadt Nürnberg. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Entwicklung und die Vermarktung von Grundstücken und Immobilien jeder Art auf dem Gebiet der Stadt Nürnberg, die Übernahme von umfassenden Dienstleistungsaufgaben für die Stadt Nürnberg bei der Entwicklung von Grundstücken und Immobilien jeder Art, jeweils ausschließlich als öffentlicher Zweck im Sinne von Art. 87 Abs. 1 Nr. 1 der Bayerischen Gemeindeordnung und nur örtlich innerhalb der Grenzen des Nürnberger Stadtgebiets.

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2024 noch ohne Geschäftsbetrieb und hat aufgrund von Verwaltungs- und Prüfungskosten einen Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 10.028,50 erwirtschaftet.

Mit Beschluss vom 21.07.2021 hat der Ältestenrat die Stadtverwaltung beauftragt, die Reaktivierung, Umstrukturierung, Umbenennung und Ausstattung der seit dem Jahr 1997 bestehenden und seit dem Jahr 2015 ruhend gestellten Projektentwicklungsgesellschaft St. Leonhard-Nord mbH (PEG) zwecks Entwicklung städtischer Wohnbau- und Gewerbeflächen zu prüfen, die damit verbundenen Fragestellungen zu klären und die erforderlichen Beschlussfassungen im Stadtrat bzw. dessen Ausschüssen vorzubereiten. Die Satzung ist hierfür entsprechend angepasst worden und die Gesellschaft mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet worden.

Mit Stadtratsbeschluss vom 25.06.2025 wurde die Projektentwicklungsgesellschaft der Stadt Nürnberg mbH nachfolgend beauftragt:

Mit der Projektentwicklung für das Projekt "Südlich der Kriegsopfersiedlung (Mühlweg)", mit der Projektentwicklung für das Projekt "Schmalau-Ost" und für das Projekt „Tiefes Feld“ mit der Definition einer Projektentwicklung.

Die reaktivierte PEG hat in 2025 ihre operative Tätigkeit in den drei Pilotprojekte aufgenommen (Tiefes Feld, Schmalau-Ost und Kriegsopfersiedlung).

Landesgartenschau Nürnberg 2030 GmbH

Die Gesellschaft wurde am 4. Mai 2023 von den Gesellschaftern Stadt Nürnberg und der Bayerischen Landesgartenschau GmbH als alleinige wirtschaftliche und

rechtliche Trägerin der Landesgartenschau Nürnberg 2030 gegründet.

Die LGS Nürnberg 2030 GmbH ist nach dem Gesellschaftsvertrag mit der Vorbereitung, Planung, und Durchführung der Landesgartenschau Nürnberg im Jahr 2030 betraut. Für den Durchführungshaushalt sind 24.000.000 € festgelegt. Zur Finanzierung des Durchführungshaushaltes werden erwirtschaftete Eintrittsgelder, Miet- und Pachteinahmen, ein Eigenanteil der Stadt Nürnberg sowie eingeworbene Sponsorengelder eingesetzt.

Die aktuell bereits anfallenden Kosten für die Durchführung werden über finanzielle Mittel aus einem Betriebsmittelkredit der Stadt Nürnberg gedeckt.

Die für 2024 geplanten Investitionen beliefen sich auf TEUR 970. Diese wurden nicht in dem geplanten Umfang umgesetzt, da eine Verausgabung der geplanten Mittel vom Abschluss eines landschafts- und freiraumplanerischen Wettbewerbs abhängig ist und im Folgenden von der Beauftragung eines Planungsbüros und mit dem Beginn der Planungs- und Baumaßnahmen. Die Stadt Nürnberg hat sich als Ausloberin des Wettbewerbs dafür entschieden, mehrere Wettbewerbe aufeinanderfolgend zu veröffentlichen. Ziel war es, eine hohe Qualität bei den Wettbewerbsergebnissen zu erzielen.

Der Stadtrat hat am 19. Juni 2024 die grundsätzliche Veröffentlichung von vier Wettbewerben für die Landesgartenschau Nürnberg 2030 beschlossen. Der Aufsichtsrat wurde am 7. Mai 2024 über die Absicht und Art der Ausschreibungen informiert. Eine Veröffentlichung des ersten Verfahrens, des sogenannten Dachwettbewerbs, erfolgte Anfang November 2024. Der Abschluss des Dachwettbewerbs und eine anschließende Beauftragung eines ersten Planungsbüros durch die LGS Nürnberg 2030 GmbH, wird aus diesem Grund erst nach der Sommerpause 2025 erfolgen. Im Berichtsjahr wurden aus diesem Grund nur TEUR 3 in das Anlagevermögen investiert. Der Abschluss der folgenden Wettbewerbe erstreckt sich bis zum Ende des Jahres 2026.

Das Planergebnis i.H.v. TEUR -530 wurde um TEUR 262 übertroffen. Aufgrund der sich veränderten Situation im Wettbewerbsverfahren der Investition, wurden in dessen Folge auch keine Gelder für die Ausstellungsplanung verausgabt. Darüber hinaus sind auch Marketing- und Veranstaltungsmaßnahmen abhängig vom Abschluss der Wettbewerbe, bzw. dem Beginn der Planungen. Erst ab diesem Zeitpunkt werden konkrete Themen und Fakten für eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit geschaffen werden.

Darüber hinaus fielen für den bedarfsgerechten weiteren Auf- und Ausbau der Geschäftsstelle, sowie die geplanten Leistungen des Gesellschafters ByLGS im Bereich der Allgemeinen Verwaltung, geringere Aufwendungen im Vergleich zur Planung an.

Für das Jahr 2025 sind Investitionen in Höhe von TEUR 1.460 (VJ TEUR 970) für Vorbereitende Maßnahmen, Bau und Planungskosten vorgesehen.

Für den laufenden Betrieb wird gemäß Wirtschaftsplan 2025 bei Umsatzerlösen von TEUR 0 ein Jahresverlust von TEUR 1.050 erwartet.

Aktuell sind keine Entwicklungen zu erkennen, die eine Überschreitung der im Wirtschaftsplan eingestellten und genehmigten Mittel bedingen.

Stadion Nürnberg Betriebs GmbH

Das Geschäftsjahr 2024 wurde mit einem positiven Ergebnis von 563 T€ abgeschlossen. Das Ergebnis vor Steuern als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator betrug im Jahr 2024 TEUR 787 (Vorjahr: TEUR 158) und lag damit deutlich über dem geplanten Ergebnis vor Steuern von TEUR 46. Das Jahresergebnis der Stadion Nürnberg Betriebs-GmbH betrug im Jahr 2024 TEUR 563 (Vorjahr: TEUR 124).

Der Vertrag mit dem 1. FC Nürnberg wurde nach Ablauf der Vertragslaufzeit zum 30. Juni 2013 kontinuierlich, bis zwischenzeitlich 30. Juni 2027, verlängert.

Die Namensrechte des Stadions sind seit 01.01.2024 an DATEV eG vergeben. Die Gesellschaft hat mit DATEV einen anerkannten und zuverlässigen Partner zur Fortführung des Namens „Max-Morlock-Stadion“ bis 31.12.2026 gewonnen.

Ein weiterer wichtiger Geschäftsbereich ist das Eventgeschäft. Seit dem 17. April 2016 stemmt die Gesellschaft das wachsende Geschäftsfeld mit eigenen Ressourcen sehr erfolgreich und hat bereits bewiesen, sowohl Groß- als auch Kleinveranstaltungen professionell und erfolgreich abwickeln zu können. Dieser Geschäftsbereich wächst stetig an.

Die Umsatzerlöse als finanzieller Leistungsindikator betrugen im Jahr 2024 TEUR 7.322 und lagen damit TEUR 2.044 über dem Vorjahresumsatz in Höhe von TEUR 5.278. Die Steigerung der Umsatzerlöse resultiert maßgeblich aus dem Eventbetrieb, der mit einem Umsatzanteil von TEUR 3.467 (Vorjahr: TEUR 1.868) entscheidend zu dem Geschäftsjahreserfolg beitrug. Dabei sind besonders das DFB-Länderspiel Deutschland-Ukraine mit einem Umsatz in Höhe von TEUR 665, und ein Firmensommerfest mit einem Beitrag von TEUR 571 hervorzuheben.

Die wesentlichen Chancen und Risiken sind mit der Zugehörigkeit des 1. FC Nürnberg zur 1. oder 2. Bundesliga verbunden. Bei einem möglichen Aufstieg des 1. FC Nürnberg in die 1. Bundesliga zur Saison 2025/2026

werden sich die Einnahmen der Gesellschaft aus dem Nutzungsentgelt nahezu verdoppeln.

Die Gesellschaft ist wirtschaftlich gut aufgestellt und die liquiden Mittel sind ausreichend, um Engpässe zu vermeiden.

Klee-Center GmbH, Existenzgründerzentrum Nürnberg

Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb und Unterhalt eines Existenzgründerzentrums in der Stadt Nürnberg und die Erledigung aller damit verbundenen Tätigkeiten, wie zum Beispiel die Verwaltung von Baulichkeiten, die Förderung und Betreuung von Gründern sowie die Akquisition von Mietern.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts liegt noch kein geprüfter Jahresabschluss für das Jahr 2024 vor.

Nach aktueller Datenlage hat die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2024 mit einem positiven Ergebnis von 2 T€ abgeschlossen.

wbg Immohold Verwaltungs-GmbH

Die die Geschäftstätigkeit der wbg Immohold Verwaltungs-GmbH beschränkt sich auf die Haftungsübernahme und Geschäftsführung für die wbg Immohold GmbH & Co KG.